



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Der Demokratie- und Sozialismusbegriff Otto Bauers
Staatsvorstellungen und Gesellschaftserwartungen zwischen
Monarchie, Republik und Diktatur

verfasst von | submitted by

Felix Leo Bahl BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2026

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 803

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Geschichte

Betreut von | Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Peter Becker

Danksagung

Mein besonderer Dank gilt meinem Betreuer Univ.-Prof. Dr. Peter Becker, der mich mit seiner Geduld und seinen hilfreichen Anmerkungen beim Verfassen sehr unterstützt hat.

Meiner Familie für die Geduld und die ständige Unterstützung in jeglicher Hinsicht; besonders meinem Vater und meiner Schwester für das Lektorat der Arbeit.

Meinen Freund*innen, die während Schreibblockaden und Motivationsverlust erfolgreich Ablenkung schaffen konnten.

Den Professor*innen und Kommiliton*innen, die durch hilfreiche Vorschläge und Einwände in den Uni-Seminaren die Themeneingrenzung und -bestimmung maßgeblich erleichtert haben.

Abstract (English)

This master's thesis examines the ideology of Otto Bauer in regard to his socialist and democratic ideas in the late Habsburg Monarchy and the First Republic of Austria. By drawing on socialist and democratic thinkers, an intellectual-historical connection between these figures and Bauer is established. The central thesis is that Bauer consistently sought to legitimize his actions in socialist terms, whether in his writings, speeches, or articles. Accordingly, the primary source corpus consists mainly of the nine-volume collected works of Bauer.

The concepts of socialism and democracy that Bauer had developed earlier in his life were put to a severe test during the First Republic. By examining key events, the thesis investigates how Bauer applied or modified his theories in order to implement them in practical politics. The central findings are that Bauer formulated socialist ideas respectively the socialization of the state as response to all major events; however, he seldomly was able to implement these ideas either because he lacked decisive support within the party or among key constituencies, or because his plans were thwarted by the governing Christian Social Party.

Abstract (Deutsch)

Diese Masterarbeit bearbeitet die Ideologie Otto Bauers in Hinblick auf seine sozialistischen und demokratischen Vorstellungen in der späten Habsburgermonarchie und der Ersten Republik Österreichs. Anhand sozialistischer und demokratischer Vordenker*innen wird ein ideengeschichtlicher Bezug von diesen auf Bauer hergestellt. Zentrale These dabei ist, dass Bauer seine Handlungen stets sozialistisch legitimieren wollte, sei dies in Schriften, Reden oder Artikeln. Der Quellenkorpus besteht dementsprechend hauptsächlich aus der neun-bändigen Werkausgabe Bauers.

Die Sozialismus- und Demokratieverständnisse, die Bauer sich in seinem früheren Leben aneignete, wurden während der Ersten Republik stark auf die Probe gestellt. Anhand zentraler Ereignisse wird eruiert, wie Bauer seine Theorien anwandte bzw. auch abänderte, um diese realpolitisch umsetzen zu können. Zentrale Ergebnisse sind, dass Bauer auf alle Ereignisse Antworten hatte, die er sozialistisch legitimierte; er setzte diese aber kaum um, da ihm entweder der entscheidende Rückhalt in der Partei bzw. den Klientelen fehlte, oder weil die Christlich-Soziale Regierungspartei seine Pläne durchkreuzte.

Inhalt

Einleitung	5
Fragestellungen	7
Forschungsstand	8
Aufbau	10
Quellen und Methodik.....	10
1. Vorgeschichte der demokratischen Institutionen/Machthabenden der Republik	11
1.1 Arbeiterbewegung/SDAP in der Spätmonarchie: politischer Sozialismus in Österreich	13
1.1.1 Vor dem Einigungsprozess 1889	13
1.1.2 Etablierung in der Politik	16
1.2 Sozialdemokratische Forderungen von Mitspracherecht in der Habsburgermonarchie (übergreifend in die Republik)	23
1.2.1 Frauenrechte	23
1.2.2 Internationale Vernetzung.....	25
2. Begriffsannäherungen	27
2.1 Sozialismus.....	27
2.1.1 Utopischer Sozialismus	28
2.1.2 Wissenschaftlicher Sozialismus (Marxismus).....	31
2.1.3 Politischer Sozialismus (Sozialdemokratie).....	36
2.1.4 Anarchismus/Syndikalismus	41
2.2 Demokratie	45
2.2.1 Demokratiedefinition(en) und Demokratiekrriterien.....	47
2.2.2 Soziale Demokratie – als Konzept der SDAP	49
2.2.3 Libertäre Demokratie – als Gegenkonzept der CS	51
2.2.4 Bauers Demokratiebegriff in Abgrenzung zu anderen Politikern der SDAP	54
3. Die Erste Republik als Zerreißprobe für Bauers Ideenwelt: sozialistische Revolution, Klassenkampf oder demokratischer Parlamentarismus?	59
3.1 Gewalt	59

3.1.1 Soziale und politische Revolutionsfantasien.....	59
3.1.2 Paramilitärische Organisationen.....	62
3.1.3 Das Ende der Republik.....	67
3.2 Parteien (Aufbau, Verantwortlichkeit, Zusammensetzungen).....	72
3.2.1 Innerparteilicher Aufbau	72
3.2.2 Regierung – Koalition, Umsetzung, Beendigung, Verweigerung	74
3.2.3 Oppositionsverantwortung	78
3.3 Internationales	81
3.3.1 Anschlussfantasien	81
3.3.2 Wirtschaftskrise(n) und deren ‚Lösungen‘	84
3.3.3 Sozialistische Internationale.....	86
3.4 Gesellschaft	88
3.4.1 Einbringungsmöglichkeiten der Gesellschaftsschichten	89
3.4.2 Repräsentationsoptionen	92
3.4.3 Problembekämpfung und Volkserziehung.....	94
Fazit – Ausblick Bauers auf die sozialistische Zukunft	96
Literaturverzeichnis.....	103
Quellenverzeichnis	108

Der Demokratie- und Sozialismusbegriff Otto Bauers

Staatsvorstellungen und Gesellschaftserwartungen zwischen Monarchie, Republik und Diktatur

Einleitung

Österreich stand ab 1918 vor einem gänzlich neuen Konzept der Staatsführung, als die Monarchie von einer Republik abgelöst wurde. Politische Führungsfiguren waren maßgeblich an diesem Übergangsprozess beteiligt, konnten ihre Erfahrungen und Erwartungen einbringen und wurden damit betraut, die neuen Staatskonstruktionen zu repräsentieren. Die damit einhergehende Demokratisierung gab verschiedenen Gesellschaftsschichten erstmalig die Möglichkeit sich gleichberechtigt an der Formung und Zukunft des Staates zu beteiligen; zumindest auf dem Papier hätte dies der Fall sein sollen.

Otto Bauer (1881-1938) war davon aber nicht überzeugt. Insbesondere er und in Teilen auch seine Partei, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs (SDAP), sahen mit den neuen demokratischen Rechten den Klassenkampf noch nicht als überwunden an. Bauers Ideologie war somit vom Historischen Materialismus bzw. einem von Karl Marx inspirierten Sozialismus geprägt, bei welchen die Beendigung der historisch etablierten Unterdrückung der Arbeiterschicht das höchste Ziel war. Die neue Staatsform sah er als ein Mittel an, um dies zu erreichen.¹

Konkret soll sich diese Arbeit mit dem Demokratie- und dem Sozialismusbegriff Bauers beschäftigen. Warum Bauer in diesem Kontext interessant ist, begründet sich darauf, dass er einerseits der führende Theoretiker in der SDAP war und zahlreiche Schriften verfasste, die sein Denken und Handeln erklären sollten; andererseits führte er den linken Flügel (im Gegensatz dazu stand Karl Renner als Anführer des rechten Flügels) in der Partei an, welcher sich stark auf Karl Marx berief.² Bauer hatte also – angelehnt an Marx – durchaus revolutionäre Aspekte in seinem Denken, was andere Politiker*innen dazu anregte, ihn unter anderem als Bolschewisten zu bezeichnen. Bolschewismus (nach Lenin – siehe Kap. 2.1.3) war dabei

¹ Ridvan Ciftci, Andreas Fisahn, Thilo Scholle (Hg.), *Marxismus als Sozialwissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus* (Baden-Baden 2018) 131.

² Fritz Kaufmann, *Sozialdemokratie in Österreich. Idee und Geschichte einer Partei von 1889 bis zur Gegenwart* (Wien/München 1978) 147.

negativ konnotiert und sollte Bauer so framen, dass er über Leichen gehen würde, um seine Ziele zu erreichen.³

Bauer wurde/wird zusätzlich als der ideologische Gegenspieler der bedeutendsten Politiker der ‚gegnerischen‘ Christlich-Sozialen (CS) Partei angesehen. Vor allem Ignaz Seipel und Engelbert Dollfuß sind hier zu nennen – diese sind auch die, die sich intensive Wortgefechte mit Bauer lieferten und die ihn versuchten zu verunglimpfen; bspw. mit dem schon erwähnten Vorwurf des Bolschewismus aber auch mit Worten wie ‚Verbalradikalist‘ oder dem Vorwurf, dass seine Dialektik unbeständig und opportunistisch wäre.⁴

Dass Bauer sein Leben dem Sozialismus widmen sollte, war aber keinesfalls vorprogrammiert: Er war der Sohn eines bürgerlichen, wohlhabenden Vaters, der Besitzer einer Textilfirma war. Die Fokussierung Bauers auf sozialistische Texte (hauptsächlich die von Marx) führte aber dazu, dass er sich schon in Gymnasialzeit von den Wertevorstellungen seiner Eltern emanzipierte; dabei lehnte er es auch ab die Unternehmen seines Vaters zu übernehmen, um nicht in den Strudel des Kapitalismus hineingezogen zu werden.⁵

Stattdessen sympathisierte der junge Otto schon in Gymnasialzeiten mit der Arbeiterbewegung und ihrer Schirmpartei. Während seiner Studienzeit beteiligte er sich an Sitzkreisen mit anderen Sozialist*innen, in welchen über Marx, Sozialismus, Demokratie etc. diskutiert wurde. Die Personen, die in diesen Sitzkreisen zugegen waren, sollten später manche der führenden Vertreter*innen des Austromarxismus werden (neben Bauer bspw. noch Karl Renner, Friedrich Adler (Sohn des Parteigründers Victor) oder Max Adler).⁶

Bauer war zwar nie der offizielle Parteivorsitzende (das war Karl Seitz von 1918 bis 1934, welcher aber ab 1923 auch Wiener Bürgermeister war und seinen Fokus deshalb auf die Landespolitik setzte), wurde aber intern als der Parteiführer angesehen. Einerseits lag dies an seinem Ansehen, welches er sich durch präzise wissenschaftliche Abhandlungen und theoretisches sowie rhetorisches Geschick erarbeitete; andererseits an der großen Anzahl an Würdenträger*innen innerhalb der Partei, die Renner ablehnten, da dieser den CS zu nahegestanden hätte und da dessen Standpunkte für viele Genoss*innen zu volatil waren:

³ Norbert *Leser*, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis (Frankfurt/Wien/Zürich 1968) 120.

⁴ Richard *Kende*, Otto Bauer. Person und Politik (1881-1938) 414. In: *Leviathan* Vol. 17 N. 3 (1989) 409-431.

⁵ Richard *Saage*, Otto Bauer. Ein Grenzgänger zwischen Reform und Revolution (Berlin 2021) 11.

⁶ Günther *Sandner*, Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie (Wien 2012) 16.

Einmal wäre er Monarchist, dann Republikaner gewesen; an einem Tag wäre er für ein starkes, unabhängiges Österreich eingestanden, an einem anderen für einen Anschluss an Deutschland.⁷

Bauers Beziehungen zu den CS können wohl bestenfalls als aneckend beschrieben werden, eher aber als feindschaftlich. Dies begann schon 1923, als er bei der Debatte um die Genfer Sanierung vom damaligen Kanzler Ignaz Seipel als Verbalradikalist bezeichnet wurde (Bauer warf Seipel daraufhin Landesverrat vor, da letzterer das Land an die Alliierten verkaufen wollen würde), intensivierte sich im Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen Schutzbund und Heimwehr und fand spätestens unter der Kanzlerschaft Dollfuß⁸ seinen Höhepunkt, da Bauer und dieser ständig Wortgefechte im Nationalrat austrugen.⁸

Ab 1901 verfasste Bauer zahlreiche Schriften zu Sozialismus, Marxismus und Arbeiterschaft. 1907 wurde er zum Sekretär der SDAP im Reichsrat ernannt, wurde Mitherausgeber der Monatszeitschrift ‚Der Kampf‘ und war Redaktionsmitglied der Arbeiterzeitung. Aufgrund der Tatsache, dass er im Ersten Weltkrieg in russische Kriegsgefangenschaft geriet, konnte er erst nach seiner Freilassung 1917 wieder in der österreichischen Politik mitwirken. Er spielte eine wichtige Rolle in der Gründung der Republik und war ab 1918 der erste Außenminister der Republik (aufgrund seines Mentors Victor Adler, der sich kurz vor seinem Tod im November 1918 dafür einsetzte, dass Bauer diesen Posten erhalten sollte); in diesem Amt setzte er sich intensiv für den Anschluss Österreichs an Deutschland ein und er verfolgte ‚seinen‘ austromarxistischen Kurs, der Hauptgegenstand dieser Arbeit sein soll.⁹

Fragestellungen

Die Arbeit beschäftigt sich hauptsächlich mit dem theoretischen Gedankenapparat Otto Bauers. Ausgehend von diesem soll eruiert werden, wie die Konzeptionen in Realität umgesetzt wurden bzw. umgesetzt hätten werden sollen. Die Hauptfragestellung dabei ist: Wie versuchte Otto Bauer seine sozialistischen und demokratischen Theorien auf die Erste Republik Österreichs anzuwenden?

Unterfragestellungen sind: Wie bildete Otto Bauer seine Sozialismus- und Demokratiekonzepte? Die Ideen welcher Personen und welche Konzepte übernahm bzw.

⁷ Viktor *Reimann*, Zu gross für Österreich. Seipel und Bauer im Kampf um die Erste Republik (Frankfurt/Wien/Zürich 1968) 88.

⁸ Josef *Hindels*, Das Linzer Programm. Ein Vermächtnis Otto Bauers (Wien 1986) 39.

⁹ *Kaufmann*, Sozialdemokratie in Österreich 111-113.

überarbeitete er? Welche Ereignisse führten dazu, dass sich seine Konzepte bzw. Verständnisse wandelten?

Forschungsstand

Otto Bauer, der Austromarxismus, Demokratiekonzeptionen, Sozialismus und die Erste Republik sind alles schon viel erforschte Themen. Zahlreiche Monografien und Aufsätze in Sammelbänden behandeln die Person Otto Bauer, seine Rolle im Austromarxismus¹⁰, seinen Demokratiebegriff¹¹ oder seine Rolle in der Politik der SDAP¹².

Was die Forschung aber noch nicht leistete, ist eine Analyse der Kombination all dieser Begriffe: Wie sie einander ergänzten, wie Bauers sozialistische Theorien von früheren Denker*innen abgeleitet wurden (außer von Marx) und wie Bauer seine Demokratie- und Sozialismusverständnisse anhand der politischen Ereignisse abwandelte. Genau hier soll diese Arbeit anschließen, indem ausgehend von sozialistischen und demokratischen Theorien Bauers Ideologie erörtert wird, welche seine Handlungen und Forderungen in der Ersten Republik erklären sollten.

Der Austromarxismus wird als eine politische Bewegung zwischen Bolschewismus (eine ideengeschichtliche Anschauung, die auf den Lehren Lenins und Marx' fußte) und Reformismus (die Bestrebung das politische System in einem Land zu ändern) beschrieben. Er war keine reine Bewunderung der Lehre Karl Marx, sondern setzte sich kritisch mit seinen Theorien auseinander, baute auf ihnen auf und verbesserte sie - wenn nötig.¹³ Aus der Marx'schen Theorie sollte eine systematische, empirische und historische Sozialwissenschaft gemacht werden; Bauer entwickelte bspw. aus der ökonomischen Formenlehre nach Marx (Inhalt von ‚Das Kapital‘) eine soziale Formenlehre, bei welcher Verbände, Gesellschaftsschichten, etc. nach ihrem historischen ‚Gewordensein‘ detailliert hinterfragt werden sollten.¹⁴ Ein zusammengefasster Leitspruch dahingehend war: „Der subjektive Faktor

¹⁰ Mark E. Blum, William Smaldone (Hg.), *Austro-Marxism. The Ideology of Unity. Austria-Marxist Theory and Strategy* (Boston/Leiden 2016).

¹¹ Rupert Herzog, *Zur Entwicklung der Demokratieauffassungen bei Karl Marx, Friedrich Engels, W.I. Lenin und Otto Bauer* (Dissertation Uni Wien 1988).

¹² Detlev Albers, Horst Heimann, Richard Saage (Hg.), *Otto Bauer: Theorie und Politik* (Berlin 1985).

¹³ Uwe H. Bittlingmayer, Alex Demirovic, Tatjana Freytag (Hg.), *Handbuch Kritische Theorie* (Wiesbaden 2019) 433.

¹⁴ Bittlingmayer et al (Hg.), *Handbuch Kritische Theorie* 440.

ist ein Produkt objektiver Faktoren.“¹⁵ Um soziale Gruppen zu erforschen, – was zu den zentralen Zielen des Austromarxismus gehörte – müssten alle Subjekte, die bei der Gruppenbildung involviert waren, auf ihre Intentionen untersucht werden.¹⁶ Eine Demokratie wurde nach Bauers Verständnis nicht nur durch die institutionellen, parlamentarischen Prozesse geprägt, sondern durch ein Gleichgewicht der Klassenkräfte.¹⁷

Zusätzlich verstand Bauer Demokratie als eine Ansammlung geistiger Macht und nicht als eine physische Macht, wie sie von den CS eingesetzt worden wäre: Eine Demokratie verdiene diesen Namen nicht, wenn die höchsten Repräsentant*innen diese nur durch Furcht erhalten könnten. Geistige Macht müsste sich durch soziales, politisches Handeln von der Bevölkerung erarbeitet werden und wäre die einzige Möglichkeit ein demokratisches System langfristig zu erhalten.¹⁸

Bauers theoretische Bestrebungen waren hauptsächlich eine Kombination aus ‚Integralelem Sozialismus‘ (bzw. Einheitsfront) und dem schon erwähnten ‚Historischen Materialismus‘. Bei Ersterem war das Ziel die Bildung einer funktionierenden Arbeiterinternationale – also der Zusammenschluss europäischer Arbeiterschaften und deren Repräsentant*innen (inklusive Kommunist*innen) –, bei Letzterem (nach Marx’schem Vorbild) sah er die Arbeiterschaft aufgrund einer historisch etablierten Gesellschaftsordnung benachteiligt. In der Demokratisierung sah er folglich die Möglichkeit, Klassenunterschiede zu bekämpfen.¹⁹

Bauers Demokratieverständnis war grundsätzlich also sozialistisch geprägt: Das „Industrial self-government“ Modell, welches er vertrat, bestand daraus, dass der Staat durch die Repräsentant*innen (Politiker*innen als Vertreter der Gesamtheit), die Gewerkschaft (als Vertreterin der Sonderinteressen) und den sozialisierten Industriezweig (als Vertreter aller Arbeiter*innen und Angestellten) gemeinschaftlich gelenkt werden sollte.²⁰ Ein demokratischer Staat sollte stets durch die „Selbsttätigkeit und Selbsterziehung der Masse“ leben. Die ‚Vollendung der sozialistischen Demokratie‘ wäre aber nicht durch politische Partizipation der Masse zu erreichen, sondern durch die kulturelle Selbstentfaltung der Bevölkerung – ein

¹⁵ Michael R. Krätke, Otto Bauer (1881-1938). Die Mühen des dritten Wegs 55. In: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft Nr. 98 (1998) 54-59.

¹⁶ Bittlingmayer et al (Hg.), Handbuch Kritische Theorie 441.

¹⁷ Richard Saage, Demokratietheorien. Historischer Prozess – Theoretische Entwicklung – Soziotechnische Bedingungen. Eine Einführung (Wiesbaden 2005) 218f.

¹⁸ Otto Leichter, Otto Bauer. Tragödie oder Triumph (Wien/Frankfurt/Zürich 1970) 225f.

¹⁹ Ewa Czerwińska-Schupp, Otto Bauer (1881-1938). Thinker and Politician (Leiden/Boston 2016) 42f.

²⁰ Richard Saage, Das Ende der politischen Utopie? (Frankfurt am Main 1990) 53.

politischer und wirtschaftlicher Ausgleich zwischen organisierten, partikularen und kollektiven Interessen müsste gefunden werden.²¹

Aufbau

Die Arbeit soll sich nicht auf eine zeitliche Aneinanderreihung sozialistischer bzw. demokratiestärkender Handlungen Bauers beschränken. Stattdessen soll an vergangenen Sozialismus- und Demokratiekonzepten verschiedener Denker*innen Bauers Verständnis derselben Begriffe erörtert werden. Anhand dieser Begriffsbestimmungen werden dann die Ereignisse der Ersten Republik analysiert – inwiefern sie Bauers Verständnisse veränderten bzw. festigten und wie Bauers Denkapparat seine Handlungen erklären können sollte. Folglich wird es kein eigenes Kapitel geben, welches Bauers Lebenslauf abarbeitet – darüber gibt es genügend Literatur wie bspw. von Richard Saage²², Otto Leichter²³ oder Ernst Hanisch²⁴. Stattdessen wird die Biografie mit den anderen Kapiteln verwoben: Bauers frühe Jahre (Monarchiezeiten) werden dabei als die Jahre der Entwicklung seines theoretischen Gedankenapparats angesehen und werden somit in den Sozialismus- und Monarchie-Kapiteln erörtert.

Die Entwicklung Bauers Demokratieverständnisses und die Ereignisse der Ersten Republik werden gemeinsam in einem Kapitel behandelt, dabei aber in Kategorien unterteilt, die sowohl Stützpfiler von Bauers Gedankengut als auch die Aspekte des Staates waren, die zu Konfrontationen zwischen den Parteien führten und die Bauer umstrukturieren bzw. sozialistisch anpassen wollte. Diese Kategorien sind: Gewalt (politische und physische), Internationalität (inklusive Wirtschaft), Parteien (interner Aufbau, Rolle der Führungsfiguren, Koalitionen) und Gesellschaft (Klientelbildung, wie auf bestimmte gesellschaftliche Forderungen reagiert wurde – abhängig von der fordernden Gruppe).

Quellen und Methodik

Als Quellen dienen hauptsächlich die Schriften, Reden und Artikel Otto Bauers selbst, welche in einer neunbändigen Werkausgabe²⁵ zusammengefasst publiziert wurden.

²¹ Richard *Saage*, Elemente einer politischen Ideengeschichte der Demokratie. Historisch-politische Studien (Berlin 2007) 256f.

²² *Saage*, Bauer. Ein Grenzgänger.

²³ Otto *Leichter*, Otto Bauer. Tragödie oder Triumph (Wien/Frankfurt/Zürich 1970).

²⁴ Ernst *Hanisch*, Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938) (Wien/Köln/Weimar 2011).

²⁵ Otto Bauer Werkausgabe, 9-bändig, hg. von der Arbeitergemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Manfred *Ackermann*, Karl *Czernetz*, Heinz *Fischer*, Gottfried *Hatzl*, Ernst K. *Herlitzka*,

Die Texte und Reden Bauers werden in Bezug zu vorherigen Denker*innen gestellt; es soll also ideengeschichtlich gearbeitet werden. Ideengeschichte bedeutet, dass Konzepte früherer Denker*innen übernommen werden, dabei aber an die jeweiligen Verhältnisse und Detailforderungen angepasst werden, um sowohl für die denkende Person als auch die gesellschaftlichen bzw. politischen Verhältnisse anwendbar zu sein. Theorien dienen also als Antworten auf gesellschaftliche und politische Herausforderungen. Die Weiterentwicklung dieser Theorien ist dann die Ideengeschichte.²⁶

Ein Paradebeispiel dafür sind Herrschafts- und Verfassungsformen – darunter fällt auch das Konzept Demokratie: Herodot entwickelte in der Antike schon ein bipolares Verfassungsprinzip, in welchem Freiheit und Knechtschaft einander gegenübergestellt wurden. Aristoteles überarbeitete dieses und stellte in den Raum, dass es hunderte Verfassungstypen geben würde.²⁷ Diese Typen beschrieb er und gab ihnen Namen, die bis heute genutzt werden: darunter Aristokratie, Demokratie oder auch Tyrannis. Die Implikationen und Definitionen dieser Begriffe änderten sich im Laufe der Jahrhunderte bzw. wurden sie von verschiedensten Denker*innen angepasst und überarbeitet²⁸; bis sie bei Otto Bauer ankamen. Dieser konnte sich von früheren Denker*innen inspirieren lassen, die für ihn die besten Erklärungen lieferten bzw. die ähnliche Gesellschaftsvorstellungen hatten, aber auch seine eigenen Ideen einbringen, um einen neuen Demokratiebegriff zu etablieren.

1. Vorgeschichte der demokratischen Institutionen/Machthabenden der Republik

Die politischen Würdenträger*innen der Ersten Republik hatten ihre demokratischen Wurzeln im Reichsrat der Habsburgermonarchie. Dieser Reichsrat war aber dem Kaiser untergeordnet und hatte intern mit Problemen zu kämpfen, die Kompromissfähigkeit und damit Entscheidungsgewalt maßgeblich erschwerten. Insbesondere der Nationalitätenkonflikt – also die (Interessens-) Konflikte zwischen den unterschiedlichen Ländern und Völkern der

Heinz Kienzl, Fritz Klenner, Wanda Lanzer, Eduard März, Hugo Pepper, Alois Piperger, Erich Pogats, Hans Schroth, Joseph T. Simon, Karl R. Stadler, Ernst Winkler, Stefan Wirlander (Wien 1975-1980).

²⁶ Herfried Münkler, Grit Straßenberger, Politische Theorie und Ideengeschichte. Eine Einführung (München 2016) 18.

²⁷ Münkler, Straßenberger, Politische Theorie 91.

²⁸ Münkler, Straßenberger, Politische Theorie 97.

Habsburgermonarchie - wurde dabei sichtbar.²⁹ Spätestens in den 1860ern starteten die Länder unter der habsburgischen Krone ethnische Nationalitätsgefühle zu entwickeln – mitunter motiviert durch den Erfolg des Nationalitätsbildungsprozesses des Deutschen Reiches 1871. Viele Menschen fanden somit ihre Identität dadurch, dass sie sich von Menschen anderer Völker klar abgrenzten – aufgrund von Geburtsort, Sprache, Kultur etc. – und forderten föderalistische Rechte, die bis zum Ende der Monarchie zwar nach und nach gewährt wurden, aber nicht gänzlich zufriedenstellend waren.³⁰

Bauer stand dem Reichsrat - zumindest in der Art und Weise wie er funktionierte - kritisch gegenüber (sowie den sozialdemokratischen Abgeordneten), da er der Ansicht war, dass ein solches Amt verschwendete Zeit und Mühen gewesen wäre, da schlussendlich doch nur der Monarch über Gesetze entscheiden würde. Stattdessen sollten sozialistische Politiker*innen sich darauf konzentrieren, dass das System so geändert werden sollte, dass Sozialist*innen tatsächlich Verbesserungen für die Menschen durchsetzen könnten. Zusätzlich würde die parlamentarische Arbeit dadurch erschwert werden, dass die Nationen mehr Zeit mit Streitigkeiten als mit Gesetzesvorhaben verbrachten – der Reichsrat würde sich in gewisser Weise also selbst zerstören (bzw. würde er konstruktive Debatten verhindern).³¹

Eben jene Streitigkeiten zwischen den Nationen analysierte Bauer ausführlich in seinem ersten großen Werk ‚Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie‘. Nation bzw. das, was eine Nation ausmache, definierte er so: *„Den Komplex der körperlichen und geistigen Merkmale, der eine Nation von der anderen scheidet, nennen wir vorläufig ihren Nationalcharakter.“*³² Das, was für Zwist im Reichsrat sorgen würde, wären also die Differenzen in Gesten und Handlungsgründen. Die Vertreter*innen der unterschiedlichen Nationen würden sich nicht verstehen – aber nicht aufgrund unterschiedlicher Sprachen, sondern aufgrund der ideologischen Werte, die sie vertraten, um ihre Nation vorwärtszubringen. Selbst wenn diese Werte ident gewesen wären, hätten die dazugehörigen Gesten, Bräuche etc. für Unverständnis gesorgt, was eine Kooperation erschwerte bzw. verhinderte.³³

²⁹ Hanno Rebhan, Demokratie ohne Demokraten? Die Demokratieverständnisse in den politischen Parteien der Ersten Republik Österreich 1918-1933/34 (Göttingen 2024) 13.

³⁰ John W. Boyer, Austria 1867-1955 (Oxford 2022) 298.

³¹ Hanisch, Der große Illusionist 60f, 125.

³² Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie (Wien ²1924). In: Bauer Werkausgabe, Band 1 70.

³³ Bauer, Nationalitätenfrage. In: Bauer Werkausgabe, Band 1 70f.

Den Begriff Nationalitätenkonflikt empfand Bauer aber im Kern als inkorrekt: Viel eher war es ein Konflikt um kulturelle Autonomie. Das Problem war also, dass manche Nationen (bzw. oftmals der Kaiser selbst) anderen Nationen das Gefühl gegeben hätten, ihnen ihre Bräuche und Kulturen streitig zu machen, was zu einer Unabhängigkeitsbewegung aus Trotz führte.³⁴

Auch die Entwicklung des Kapitalismus hätte zu Konflikten zwischen Nationen geführt: Aufgrund der sozialen Lücken, die durch den Kapitalismus hervorgerufen sind, hätte sich Konkurrenzempfinden intensiviert, da die Kapitalist*innen in Österreich bspw. mehr Kapital erwirtschaften wollten als die Kapitalist*innen in Galizien. Das hätte dazu geführt, dass andere Nationen absichtlich sabotiert wurden, um die eigene Vormachtstellung zu festigen.³⁵

Die Lösung des Konflikts sah Bauer in der Etablierung von Personengemeinschaften anstatt von Nationen. Demnach könnten alle Bewohner*innen einer Nation in einem Vielvölkerstaat eine rechtliche Gemeinschaft gründen, welche Kulturaufgaben autonom verwalten können sollte (idealerweise durch einen gewählten Nationalrat ohne Überstimmungsrechte des Kaisers). Dies würde allen Menschen jeder Nation maximale Entfaltungsmöglichkeiten geben, ohne dass sie sich politisch vom Staat loskoppeln müssten.³⁶

1.1 Arbeiterbewegung/SDAP in der Spätmonarchie: politischer Sozialismus in Österreich

1.1.1 Vor dem Einigungsprozess 1889

Die Anfänge der Arbeiter*innenbewegung sind auf das Revolutionsjahr 1848 zurückzuführen. Dort schlossen sich Arbeiterschaften – teils gemeinsam mit Bürgerlichen und Studierenden – zusammen, um sich gegen die Repressionen der Monarchie bzw. der Krone aufzulehnen, um mehr Selbstbestimmungsrechte zu erhalten. Das Resultat des Aufstands war, dass manche ‚moderne‘ Demokratie/Republikprinzipien etabliert wurden, wie bspw. Rede- und Medienfreiheiten (zumindest theoretisch; praktisch musste trotzdem mit Repressionen gerechnet werden).³⁷ Die Revolution war aber doch der Anfang davon, dass modernere Grundrechtsideen in der Bevölkerung Fuß fassten und sie war auch der Anfang einer

³⁴ Saage, Bauer. Ein Grenzgänger 31f.

³⁵ Olaf Leïße, Der Untergang des österreichischen Imperiums. Otto Bauer und die Nationalitätenfrage in der Habsburger Monarchie (Marburg 2012) 249.

³⁶ Saage, Bauer. Ein Grenzgänger 44.

³⁷ Hannes Androsch, Heinz Fischer, Wolfgang Maderthaner (Hg.), Österreichische Sozialdemokratie seit 1889 (Wien 2020) 18f.

Verfassung, die bis zum Ende der Monarchie immer weiter zum Vorteil der Bevölkerung überarbeitet wurde.³⁸

Gemeinsam mit der Arbeiterbewegung entstand auch eine Frauenbewegung, in welcher arbeitende Frauen die Initiatorinnen waren, die Gleichberechtigung forderte: Frauen sollten den gleichen Lohn wie Männer für die gleichen Arbeiten erhalten, ‚typische Frauenberufe‘ sollten verbessert werden, sodass keine ökonomische und soziale Abhängigkeit vom Mann mehr gegeben wäre, und es sollten ‚Kommunal-Pensionate‘ errichtet werden, in welchen Frauen günstig einkaufen können sollten, um ihre ‚Care-Arbeit‘ absolvieren zu können, ohne Angst vor finanziellem Ruin zu haben.³⁹

Die Revolution 1848 war aber auch das erste Zeichen dafür, dass die Frauen nicht nur von zuhause aus ihre Ehemänner beim Protest unterstützen, sondern mitten dabei sein und etwas bewegen können. So wurden etwa Pamphlete gedruckt, die Frauen ansprechen sollten, ohne dabei aber explizit aus den ‚Gender-Rollen‘ auszubrechen: So wurde dazu aufgerufen, dass Frauen an ihre Kleidung und die ihrer Männer Kokarden anbringen sollten, um öffentlich zu zeigen, dass sie für einen gesellschaftlichen Wandel stehen. Frauen verstanden sich also schon als eine protestierende Gruppe, die für sich etwas verbessern wollten; es hatte aber den Anschein, dass sie nicht das System selbst kippen wollten, in welchem die Frau für die Heimarbeiten zuständig war.⁴⁰

Die ‚einfachen‘ Menschen wollten durch die Revolution also bezwecken, dass Hierarchien gebrochen werden und durch Gleichberechtigung und Freiheiten ersetzt werden. Während die Arbeitenden Teile ihres Willens erhielten, war dies bei den Frauen nicht der Fall. Eine Emanzipation aus der Rolle des politischen Geschlechts konnte erst mit dem Fall der Monarchie teilweise erreicht werden.⁴¹

Die Arbeiterschaften vernetzten sich in den nächsten Jahrzehnten zwar, hatten aber keine namhaften übergeordneten Vereine oder Bewegungen, sodass es sich eher um viele voneinander unabhängige Gruppierungen handelte. Erst 1866/67 entstand eine neue liberalere, konstitutionelle Ordnung, da im Zuge der Entstehung der Doppelmonarchie (Kaisertum Österreich und Königreich Ungarn) Versammlungs- und Vereinsfreiheiten erstarkt sind, sodass Arbeiterbewegungsvereine sich nun leichter formieren konnten. Zusätzlich wurden die Befugnisse des Reichsrats von 1861 überarbeitet (er war aber nurmehr für die österreichische

³⁸ Boyer, Austria 1867-1955 83f.

³⁹ Gabriella Hauch, Frauen bewegen Politik. Österreich 1848-1938 (Innsbruck 2009) 24.

⁴⁰ Pieter M. Judson, The Habsburg Empire. A New History (Cambridge 2016) 181f.

⁴¹ Hauch, Frauen bewegen Politik 62f.

Reichshälfte verantwortlich); bspw. konnte er nun alle Regierungsgeschäfte überwachen (konnte aber immer vom Kaiser überstimmt werden), was Politiker*innen aller Richtungen um mehr Einfluss im Rat wetteifern ließ.⁴²

Die Freiheiten und neuen Möglichkeiten änderten aber nichts daran, dass die Vernetzung der Arbeiter*innenvereine mehr als nur ausbaubedürftig war. Dies lag aber auch daran, dass Sozialist*innen bzw. Sozialdemokrat*innen vereinfacht in zwei Lager geteilt waren: Die einen folgten dem Lasall'schen Sozialismus, die anderen dem Marx'schen (siehe Kap 2.1.2 und 2.1.3).⁴³

Der Lasall'sche Flügel – angeführt von Heinrich Oberwinder – präsentierte sich als gemäßigt. Oberwinder war der Ansicht, dass die Arbeiter*innenbewegung in Österreich zu schwach wäre, um etwas erreichen zu können; deswegen propagierte er, dass der Kapitalismus vorübergehend gefördert werden sollte, um wirtschaftlich allen anderen Nationen unter der habsburgischen Krone überlegen sein zu können. Erst dann könnte die österreichische Arbeiterschaft sich gegen die Bourgeoisie auflehnen. Oberwinders Gegner*innen sahen in seinen Aktionen aber eine Anbiederung an die liberalen Bürgerlichen (auch aufgrund dessen, dass er gemeinsam mit diesen Ressentiments gegenüber den anderen Völkern der Monarchie hegte) und an die Regierung.⁴⁴

Der radikalere Marx'sche Flügel unter der Führung von Andreas Scheu veranstaltete daraufhin 1874 einen Kongress in Neudörfel (Ungarn), auf welchem die weiteren Schritte der Arbeiterbewegung besprochen wurden (ohne den Oberwinder-Flügel). Die Grundprinzipien und Forderungen, welche erörtert wurden, besagten: Beseitigung des Kapitalismus, Einführung einer Gütergemeinschaft, allgemeines Wahlrecht, vollständige Pressefreiheit, Trennung von Kirche und Staat, obligatorischer Grundschulunterricht, maximale Arbeitszeit pro Tag, Abschaffung indirekter Steuern und die Schaffung staatlicher Genossenschaften.⁴⁵ Die Zeitung ‚Gleichheit‘ wurde zusätzlich zum inoffiziellen Parteimedien (während der ‚Volkswille‘ – gesteuert von Oberwinder – verschwinden sollte). Das ultimative Ziel Scheus war es aber, dass eine sozialdemokratische Partei gegründet werden würde, in welcher alle Proletarier der

⁴² Boyer, Austria 1867-1955 96-98.

⁴³ Jaques Droz (Hg.), Geschichte des Sozialismus Band IV. Von 1875 bis 1918. Die sozialistischen Parteien Europas: Deutschland, Österreich-Ungarn, Skandinavien, Niederlande (Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975) 92, 97f.

⁴⁴ Droz (Hg.), Geschichte des Sozialismus Band IV 97f.

⁴⁵ Droz (Hg.), Geschichte des Sozialismus Band IV 98.

Doppelmonarchie vereint werden sollten, um auf lange Sicht die Monarchie abzuschaffen und einen sozialistischen Staat etablieren zu können.⁴⁶

Ein Zusammenschluss der Flügel wurde erst durch die Person Victor Adler ermöglicht, der es zustande brachte, alle Fraktionen der Arbeiter*innenbewegung zu vereinen, indem er Brücken zwischen gemäßigten und radikalen Sozialist*innen aufbaute, wie bspw. durch beschwichtigende Artikel in der Wochenzeitung Gleichheit. Auch von Vorteil war, dass Adler keinem der beiden Flügel zugeordnet wurde und noch während seiner Tätigkeit als Arzt den Respekt der Arbeiterbewegung gewann, da er mittellose Menschen kostenlos behandelte.⁴⁷

Ein Kompromiss zwischen dem gemäßigten und dem radikalen Flügel der Arbeiterbewegung konnte gefunden werden, indem der radikale Flügel der Forderung nach einem gleichen Wahlrecht zustimmte, während der gemäßigte offen zugeben musste, dass Sozialismus in einem agitationsbasierten, parlamentarischen System nicht realisierbar wäre. Der Konsens war also, dass die Staatsform Monarchie mit einem schwachen Parlament langfristig abgeschafft werden sollte.⁴⁸ Eine endgültige Einigung (und gleichzeitig auch die Formierung und Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei) erfolgte 1888/89 unter Vorsitz von Adler auf dem ersten Parteitag in Hainfeld (NÖ). Ebenfalls 1889 wurde die Arbeiterzeitung (AZ) gegründet. Sie löste die Gleichheit als Parteizeitung ab und sollte knapp ein Jahrhundert lang das zentrale Sprachrohr der Sozialdemokratie in Österreich bleiben.⁴⁹

1.1.2 Etablierung in der Politik

Anfangs distanzierte die Partei sich noch vom Revisionismus (insbesondere wegen der Befürchtung, dass die junge Bewegung durch die Staatsführung verboten werden könnte, wie es bei der Schwesterbewegung in Deutschland durch Bismarck geschehen war) und fokussierte sich auf einen politischen Reformismus. Anstatt die gesamte Monarchie nach und nach abzubauen, waren die zentralen Bestrebungen also die langfristige Etablierung der Arbeiterbewegung, die Erlangung eines allgemeinen, gleichen Wahlrechts, und die Gleichbehandlung aller Nationalitäten.⁵⁰

Die zentrale Prinzipienerklärung der SDAP dabei lautete: *„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der*

⁴⁶ Droz (Hg.), Geschichte des Sozialismus Band IV 98f.

⁴⁷ Androsch, Fischer, Maderthaner (Hg.), Sozialdemokratie 36-38.

⁴⁸ Rebhan, Entwicklung zur Demokratie 209.

⁴⁹ Sandner, Sozialdemokratie in Österreich 5-8.

⁵⁰ Droz (Hg.), Geschichte des Sozialismus Band IV 93.

Rasse und des Geschlechts die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmern.“⁵¹

Das Gleichbehandlungskonzept der SDAP (welches federführend von Karl Renner erarbeitet wurde) sollte durch eine Mischung aus territorialer und nicht-territorialer Autonomie ermöglicht werden: Kultur- und Bildungsangelegenheiten sollten in Kompetenzen der jeweiligen Nationen liegen, während politische und wirtschaftliche Fragen zentral vom Kaiser in Wien gelenkt werden sollten.⁵² Die Befugnisse der Nationen sollte aber keine Zentralregierung umsetzen, sondern jede Nation unter Habsburgischer Krone sollte in kleinere Länderebenen aufgeteilt werden, welche für ihren Teil des Landes zuständig sein sollten. Dies begründete sich darauf, dass kleinere, autonome Landesverbände leichter in einen föderalen Gesamtstaat aufzuteilen wären. Ein Subsidiaritätsprinzip sollte es also möglich machen, dass die Nationen regionale Anfälligkeiten selbst lenken können, während der Kaiser die Geschicke überwacht, die alle der Kronländer betreffen.⁵³ Dieses Konzept erinnert stark an jenes von Bauer, welches am Anfang des Kapitels erörtert wurde. Zentraler Unterschied ist aber, dass Bauer die Nationen nach Kultur und Bräuchen in Länderebenen einteilen wollte, während Renner geopolitisch dachte und keine Länderebene allzu stark machen wollte, indem alle Industriezentren, Städte etc. in unterschiedliche Blöcke eingeteilt wurden (was zusätzlich auch das arm-reich Gefälle weniger drastisch machen hätte sollen).⁵⁴

Aufgrund der immer noch sehr strengen Auflagen bezüglich Versammlungs- und Vereinsfreiheiten waren zur Anfangszeit der Partei aber noch nicht viele an parteiartigen Strukturen zu erkennen. So fehlte es bspw. an einer Parteiverfassung, an Satzungen, Statuten oder einer offiziellen Parteileitung. Victor Adler wurde zwar als der Führer der Partei angesehen, formell war er es zu Beginn der Partei aber noch nicht. Die Organisation spielte sich

⁵¹ Renner Institut Oberösterreich, 125 Jahre Einigungsparteitag der SPÖ (2014), online unter: https://renner-institut.spooe.at/wp-content/uploads/sites/202/2018/10/125Jahre_SPOE-Geschichten-zum-Einigungsparteitag.pdf (21.02.2026).

⁵² Börries Kuzmany, Vom Umgang mit nationaler Vielfalt. Eine Geschichte der nicht-territorialen Autonomie in Europa (Berlin/Boston 2024) 188.

⁵³ Kuzmany, Umgang mit nationaler Vielfalt 65.

⁵⁴ Leißer, Untergang des österreichischen Imperiums 314f.

daher eher in den vielen verschiedenen Arbeitervereinen ab (219 Vereine gab es 1891 mit ca. 47.000 Mitgliedern und steigender Tendenz).⁵⁵

Erst die Reichsratswahlen 1897 gaben der Sozialdemokratie den Anstoß die Parteistruktur zu ändern; eine Zentralisierung wurde angestrebt, da der Ausgang der Wahl weit unter den eigenen Erwartungen geblieben war, denn es konnte in keinem Wiener Arbeiterbezirk ein Mandat errungen werden (und insgesamt nur 15 Mandate). Um eine zentralistische Parteistruktur erreichen zu können, wurden Häuser- und Straßenorganisationen (Lokalorganisationen) eingerichtet, Bezirke wurden in Sektionen gegliedert und es wurden Sektionsleiter gewählt, welche zusammen die Bezirksorganisationen bildeten.⁵⁶

In den folgenden Jahren weitete die Sozialdemokratie ihren Einfluss immer mehr aus: Bei der Wahl 1901 konnten in Wien erstmalig zwei Mandate errungen werden; zusätzlich wurde zum ersten Mal – und retrospektiv auch zum letzten Mal – ein Mandat gewonnen, welches außerhalb der fünften Kurie (also der, in welcher die besitzlosen Menschen waren) errungen wurde (vom späteren Parteivorsitzenden Karl Seitz).⁵⁷ Die verbesserte Organisation sorgte auch dafür, dass die Arbeiterschaft sich koordinieren konnte und somit durch bspw. Streiks die Arbeitgeber*innen dazu brachte bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne etc. bereitzustellen.⁵⁸

Otto Bauer wurde zur Jahrhundertwende immer präsenter in der Partei: Gemeinsam mit Max Adler, Rudolf Hilferding, Karl Renner, Friedrich Adler und Gustav Eckstein prägte er den Aufstieg des Austromarxismus. Anfangs waren die Versammlungen dieser Personen eher als Sitzkreise zu verstehen, in welchen über Marx, Kommunismus, Sozialismus etc. diskutiert wurde; je einflussreicher diese Personen in der SDAP aber wurden, desto mehr wurde das Besprochene in die Parteiangelegenheiten inkludiert.⁵⁹

Dass sich in der Partei nun wieder mehr dem Marxismus gewidmet wurde, begründete sich darauf, dass die in Europa verhältnismäßig ruhigen und friedlichen Jahrzehnte gegen Ende des 19. Jahrhunderts den Kapitalismus expansiv wachsen ließen, da gute außenpolitische

⁵⁵ Wolfgang Maderthaner, Wolfgang C. Müller (Hg.), Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889-1995 (Wien 1996) 33, 36.

⁵⁶ Maderthaner, Müller (Hg.), Organisation 44-46.

⁵⁷ Harald D. Gröller, Karl Seitz (1869-1950). Ein Leben an Bruchlinien (Wien 2005).

⁵⁸ Maderthaner, Müller (Hg.), Organisation 66.

⁵⁹ Sandner, Sozialdemokratie in Österreich 16.

Beziehungen den Handel stärkten und die Gier bei den Profiteur*innen durch die Konjunktur immer größer wurde. Die Leidtragenden waren dabei aber stets die ‚einfachen‘ Menschen.⁶⁰ Der Austromarxismus schloss also an Marx an, indem der Kapitalismus als der Feind der arbeitenden Bevölkerung auserkoren wurde. Von Anfang an hatten die Austromarxist*innen revisionistische Pläne, sowohl für die Staatsgebilde als auch für die eigene Partei, die sich für manche der Marxist*innen zu sehr mit dem kapitalistischen, imperialistischen Status quo arrangiert hätte. Durch die bald aufkommenden Revolutionen (Russland), der immer größer werdenden Kriegsgefahr und Streiks sahen sie sich in ihren Auffassungen auch bestätigt.⁶¹

Die einstweilige Sternstunde der Partei bzw. der Arbeiterbewegung war aber 1905, als Hunderttausende Menschen auf die Straße gingen, um eine Wahlrechtsreform zu erzwingen – die Austromarxist*innen waren dabei zentral involviert. Als Vorbild diente dabei die Revolution in Russland desselben Jahres. Dort schlossen sich Arbeiterschaften zusammen, um einerseits gegen den russisch-japanischen Krieg zu protestieren und andererseits, um bessere Arbeitsbedingungen, Löhne etc. zu erhalten. Dieser Generalstreik wurde zwar gewaltsam aufgelöst (und auch die Revolution als gesamtes scheiterte vorerst – wurde aber von Lenin als ‚Probe‘ für die richtige Revolution angesehen, die zehn Jahre später folgte, da die Revolution Gräben in der russischen Gesellschaft und im Zarenhaus aufriß, die nie geschlossen werden konnten), zeigte aber Arbeiterparteien in ganz Europa, dass die Mobilisierung von Zehn- bis Hunderttausenden Arbeiter*innen in kurzer Zeit möglich war.⁶²

Mit Blick auf Russland formierte die SDAP sich also so, dass auch sie für und mit ihrem Klientel das habsburgische Herrscherhaus aufrütteln und zu Zugeständnissen forcieren können sollte. Rund 250000 Parteisympathisant*innen versammelten sich 1905 auf Aufruf der Partei in Wien, um einen ‚Schweigemarsch‘ zu veranstalten. Aus Angst vor einem drohenden Generalstreik, zeigte sich der Kaiser einsichtig und garantierte die Ausarbeitung eines neuen Wahlrechts.⁶³

Da die zuständigen Minister Paul von Gautsch und Konrad von Hohenlohe aber unzureichende Konzepte (sowohl für den Kaiser als auch die Sozialdemokraten) präsentierten, beauftragte Franz Joseph Max Vladimir von Beck mit der Ausarbeitung eines Wahlrechtkonzepts.⁶⁴

⁶⁰ Hans *Hautmann*, Rudolf *Kropf*, Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik (München/Wien/Zürich ³1978) 104f.

⁶¹ *Hautmann, Kropf*, österreichische Arbeiterbewegung 105.

⁶² Josef *Kreiner* (Hg.), Der Russisch-Japanische Krieg (1904/05) (Göttingen 2005) 124f.

⁶³ Wolfgang *Maderthaner* (Hg.), Sozialdemokratie und Habsburgerstaat (Wien 1988) 44f.

⁶⁴ *Boyer*, Austria 1867-1955 360f.

Die Beck'sche Wahlrechtsreform von 1907 wurde von der SDAP-Führung größtenteils begrüßt, jedoch hatte auch diese einige Probleme. So war sie für Frauen eher ein Schritt zurück: Während im Kurienwahlrecht Großgrundbesitzerinnen noch wahlberechtigt waren, wurden diese im allgemeinen, gleichen Männerwahlrecht ausgeschlossen. Dies galt aber nur auf parlamentarischer Ebene. Auf Gemeinde- und Landesebene herrschte weiterhin ein Zensuswahlrecht, bei welchem die Stimmen reicherer Menschen unproportional mehr zählten. Bei Gemeinderatswahlen hatten die reichsten und besitzenden Frauen teilweise also das gleiche Wahlrecht wie die Männer (wenn sie auch in manchen Gemeinden die Stimmabgabe nur durch einen männlichen Bevollmächtigten tätigen konnten).⁶⁵

Zusätzlich war der Ausdruck ‚gleiches Wahlrecht‘ eher irreführend, da niemand, der Armenfürsorge bezog und niemand, der noch kein Jahr in einer Gemeinde wohnte, wählen durfte. Zusätzlich waren die Proportionen im Reichsrat nicht korrekt: Die Kronländer, die mehr Steuern zahlten, erhielten unproportional mehr Mandate, auch wenn die Anzahl der Einwohner*innen dies nicht ermöglichen hätte sollen.⁶⁶

Die erste Wahl unter diesem neuen Wahlrecht war für die SDAP ein großer Erfolg: Es konnten 87 Mandate (17% des Rates) errungen werden. Der Ausgang dieser Wahl war auch der Anfang der politischen Berufskarriere Bauers. Dadurch, dass nun viel mehr Menschen in der Partei Positionen besetzen konnten, wurde Bauer dazu auserkoren, der Klubsekretär der einheitlichen sozialdemokratischen Fraktion zu werden. Was den Fraktionsvorsitzenden Pernerstorfer dazu bewegte Bauer auszuwählen, war einerseits die Veröffentlichung seines ersten großen Werkes ‚Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie‘ und andererseits seine slawischen Sprachkenntnisse.⁶⁷

Die Arbeit im Parlament ernüchterte ihn aber bald: *„Heute leiden wir vor allem an dem Sinken des Interesses am politischen Leben überhaupt. Die Masse sagt sich, daß das Parlament nichts als eine Stätte der Obstruktionsreden und Krawalle ist und sinkt in die politische Indifferenz zurück.“*⁶⁸ Aufgrund dessen, dass der Reichsrat mehr mit sich selbst beschäftigt war, und weniger mit den Problemen der Bevölkerung, konnte Bauer sich mit diesem neuen Posten also nie wirklich anfreunden.

⁶⁵ Birgitta Bader-Zaar, Demokratisierung und Frauenwahlrecht. In: Heinz Fischer (Hg.), 100 Jahre Republik. Meilensteine und Wendepunkte in Österreich 1918-2018 (Wien 2020) 30f.

⁶⁶ Hanno Rebhan, Österreich wird Verfassungsstaat. Entstehung und Entwicklung moderner Verfassungsstaatlichkeit (1848-1918) (Marburg 2012) 211f.

⁶⁷ Hanisch, Der große Illusionist 124f.

⁶⁸ Otto Bauer, Rede 1913, zitiert nach: Hanisch, Der große Illusionist 125.

Die Arbeit für die theoretische Monatszeitschrift ‚Der Kampf‘ war für Bauer ertragreicher: 1907 von Bauer, Karl Renner und Adolf Braun gegründet, etablierte sich Der Kampf bei Marxist*innen schnell. Bauer schrieb darin regelmäßig Artikel über Themen, die ihn und die Gesellschaft bewegten. Die Herausgeberschaft und die damit einhergehenden Kontakte ermöglichten es ihm auch, dass er regelmäßig Artikel für die auflagen- und reichweitenstärkere Arbeiterzeitung schrieb, was ihn in der breiten Masse der Arbeiter*innen bekannt und respektiert machte.⁶⁹

Der Reichenberger Parteitag 1909 festigte Bauers Rolle Partei dann endgültig. Er hielt seine erste Parteitage Rede und konnte damit den Austromarxismus in der Partei salonfähig machen. Der Parteitag selbst war zwar von Euphorie aufgrund der Erfolge der letzten Jahre geprägt; dies sollte aber nicht allzu lange anhalten. Aufbauend auf dem Erfolg wurden Organisationsreformen durchgesetzt, um die Sozialdemokratien der verschiedenen Nationen besser zu vernetzen. Lokalorganisationen wurden so gut wie möglich zentralisiert (was bspw. in Böhmen nicht gut aufgenommen wurde, da für sie die Organisation zu deutschnational gewesen wäre). Retrospektiv war aber genau der Versuch einer Zentralisierung der Grund, warum die Arbeiterpartei sich ab 1911 spalten sollte: Tschechische und deutsche Mitglieder konnten sich nicht darüber einigen, ob sich die Partei revolutionär oder reformistisch positionieren sollte; der immer ärger werdenden Streit der Nationalitäten im Reichsrat half dabei auch nicht.⁷⁰

Victor Adler und die Austromarxist*innen begrüßten eine Zentralisierung nicht, da diese hierarchische Einteilungen erfordern würden, die gegen Marxsches Gedankengut verstießen. Stattdessen forderte Bauer, dass die Partei sich nach wie vor auf die Masse der Proletarier stützen sollte, da nur diese der SDAP eine solche Macht ermöglicht hätten: *„Ich glaube (...), daß wir gerade in diesem aufgewühlten Österreich, wo gar nichts mehr feststeht und das ganze politische Wesen in krassen Widerspruch steht zu den realen Machtverhältnisse, die sich schließlich doch immer durchsetzen, daß wir gerade in Österreich seiner Zeit der Umwälzungen entgegengehen, und in einer solchen Zeit glaube ich, daß wir bei selbstverständlicher Schätzung der Notwendigkeit, Nützlichkeit und Unentbehrlichkeit der parlamentarischen Arbeit doch nicht vergessen dürfen unsere alte ebenso selbstverständliche revolutionäre Lehre, daß in solchen Zeiten das letzte und entscheidende Wort immer nur gesprochen werden kann*

⁶⁹ Nobert Leser (Hg.), Werk und Widerhall. Große Gestalten des österreichischen Sozialismus (Wien 1964) 62.

⁷⁰ Androsch, Fischer, Maderthaner, Sozialdemokratie 50.

von den Massen selbst.“⁷¹ Die SDAP sollte sich also darauf besinnen, was sie im Kern ist und war: Eine Partei für die Massen, eine Partei, die mit den Arbeiter*innen auf der Straße stehen sollte, aber keine Partei, die sich mit der Bourgeoisie im Parlament darüber streiten sollte, wie die Habsburgermonarchie sich politisch positionieren sollte.

Bis zum Ausbruch des Krieges befand die SDAP sich also in einer Art Vakuum, in welchem niemand so recht wusste, wie sich positioniert werden sollte: Sollte eine einheitliche sozialdemokratische Fraktion existieren, oder sollten sich die Länderorganisationen voneinander abkoppeln? Sollte der drohende Krieg befürwortet werden, oder sollte pazifistisch vorgegangen werden?⁷²

Was eine Positionierung weiterhin erschwerte, war die schwierige wirtschaftliche Situation, in welcher Österreich sich befand: Teuerung und Wirtschaftskrisen machten der Arbeiterschaft zu schaffen; ein untätiger Reichsrat half dabei nicht. Bauer besann sich gänzlich auf sein Vorbild Marx, als er dazu sagte: *„Die Teuerung ist eine Wirkung der kapitalistischen, auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden Produktionsweise. (...) Die Aufhebung des Massenelends setzt also voraus: die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die Expropriation der Expropriateurs, die Verwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise.“*⁷³

Durch die wachsenden Unzufriedenheit (sowohl in der Partei als auch bei ihren Klientelen) entwickelte sich ein deutscher Nationalismus (welcher zuvor auch schon vorhanden war, jedoch durch Gegenwind, der nun abebbte, eingebremst wurde), was dazu führte, dass die österreichische Sozialdemokratie sich der Linie des Kaiserhauses anschloss und den Krieg als notwendig bzw. nicht verachtenswert auffasste.⁷⁴ Bauer war mittendrin dabei und zog selbst in den Krieg, brachte es bis zum Offizier, geriet aber in russische Kriegsgefangenschaft, in welcher er von November 1914 bis September 1917 bleiben sollte. Gerade die Zeit in Russland sollte ihn aber maßgeblich prägen, da er Zugang zu Zeitungen verschiedener Sprachen bekam und sein Leben gänzlich dem Schreiben und Denken widmen konnte.⁷⁵

⁷¹ Otto Bauer, Rede am Reichenberger Parteitag der SDAP (19.-24.09.1909). In: Bauer Werkausgabe, Band 5 17f.

⁷² Androsch, Fischer, Maderthaner, Sozialdemokratie 68, 72.

⁷³ Otto Bauer, Rede am Innsbrucker Parteitag der SDAP (29.10-02.11.1911). In: Bauer Werkausgabe, Band 5 53.

⁷⁴ Hanisch, Der große Illusionist 45, 83.

⁷⁵ Hanisch, Der große Illusionist 22.

1.2 Sozialdemokratische Forderungen von Mitspracherecht in der Habsburgermonarchie (übergreifend in die Republik)

1.2.1 Frauenrechte

Eine der Gruppierungen, denen die SDAP mehr Mitspracherecht erkämpfen wollte, waren die Frauen. Dieser Kampf war aber nicht nur auf Gleichberechtigung aus, sondern auch auf Klassenkampf innerhalb des weiblichen Geschlechts, da bürgerliche Frauen angesehener waren als Arbeiterinnen. So wurde 1890 ein Arbeiterinnen-Bildungsverein gegründet, um die geschlechtsspezifische Benachteiligung von Frauen im Bildungswesen zu reduzieren; 1892 wurde die Arbeiterinnen-Zeitung gegründet, welche einen Zusammenschluss sozialdemokratischer Frauen ermöglichen sollte, damit deren Stimmen lauter werden können. Zusätzlich wurde die Forderung nach einem Frauenwahlrecht auch im Wahlprogramm der SDAP verankert, was unter den männlichen Genossen zunächst Unmut auslöste, nach einem Protest der Frauen aber murrend akzeptiert wurde.⁷⁶

Frauenwahlrecht in Österreich war zu dieser Zeit ein eher undurchsichtiges Konzept: So konnten die reichen und besitzenden Frauen grundsätzlich wählen – es hing aber auch davon ab, in welchem Teil des Habsburgerreiches sie wohnten. Bspw. waren in Oberösterreich zwischen 1866 und 1907 ca. 10% der Frauen wahlberechtigt; in der Stadt Graz aber ca. 25%. Der Anteil war grundsätzlich aber davon abhängig, wieviel Steuern entrichtet wurden: Ergo je mehr hoch steuerzahlende Frauen in einem Gebiet wohnten, desto höher war der Anteil an wahlberechtigten Frauen.⁷⁷

Das allgemeine, gleiche Männerwahlrecht von 1907 schloss auch die reichen Frauen zwar aus, die SDAP sah darin aber einen großen Schritt zum Wahlrecht für alle. Der nächste Schritt wurde durch den Krieg schneller getan als erwartet, denn dadurch, dass viele der Männer im Ausland kämpfen mussten, übernahmen die Frauen einen großen Teil der anfallenden Arbeit, die zuvor hauptsächlich von Männern erledigt wurde. Frauen hatten nun die Aufgabe in Fabriken Waffen herzustellen, sie waren es aber auch, die die Versorgungsketten an die Fronten sicherstellen

⁷⁶ Harald Lidauer, Das Demokratieprinzip und seine Entwicklung in Österreich im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert (Linz 2015) 387f.

⁷⁷ Birgitta Bader-Zaar, Rethinking Women's Suffrage in the Nineteenth Century. Local Government and Entanglements of Property and Gender in the Austrian Half of the Habsburg Monarchy, Sweden, and the United Kingdom. In: Kelly L. Grotke, Markus J. Prutsch (Hg.), Constitutionalism, Legitimacy, and Power: Nineteenth-Century Experiences (Oxford 2014) 112-114.

mussten, was dazu führte, dass sie regelmäßig zwölf oder mehr Stunden pro Tag arbeiten mussten.⁷⁸

Dadurch, dass sich erwies, dass Frauen die Arbeit keinesfalls schlechter machten und ein Ende der Monarchie schon in Aussicht war, wurde der Ruf nach aktivem und passivem Wahlrecht immer größer. Letzteres wurde zwar gewährt; die Rolle der Frau im System wurde aber auf die Vorkriegseinstellung zurückgesetzt: Der Weg für Frauen an Spitzenpositionen in den Parteien war immer noch stark erschwert und Männer wählten lieber einen Mann als eine Frau, was durch die Mandatsaufteilung in der Konstituierenden Nationalversammlung 1919 zu sehen war: neun der insgesamt 170 Mandate erhielten Frauen (acht in der SDAP, eine bei den CS).⁷⁹

Die SDAP forderte zwar mehr Involvierung von Frauen, legte ihnen aber selbst Steine in den Weg: So wurde der Abbau von der Frauenerwerbstätigkeit nach dem Krieg von der SDAP mitgetragen, mit der Begründung, dass Arbeit die Frauen (neben der Hauptaufgaben der Kindeserziehung und des Haushalts) zusätzlich belasten würde.⁸⁰ Eine klare Rollenaufteilung nach dem Vorkriegssystem wurde also immer noch nicht angezweifelt, selbst in der Partei, die sich als die Frauenrechtspartei verstand.

Eine der Frauen im Parlament war Therese Schlesinger. Sie war eine Verbündete Bauers und stand für eine Sozialisierung ein. Bspw. sollte die Hauswirtschaft (die fast ausschließlich von Frauen ausgeübt wurde) sozialisiert werden – eine Forderung, die von Bauer in seinem Werk ‚Der Weg zum Sozialismus‘ integriert wurde. Dabei sollten Frauen entlastet werden, indem in Häuserblocks Zentralküchen, Waschräume oder Spielzimmer für Kinder angelegt werden, die jeweils von unterschiedlichen Frauen geleitet werden sollten und von allen genutzt werden könnten.⁸¹

Aber auch an Bauers und Schlesingers Forderungen ist zu sehen, dass nicht das System selbst angezweifelt wurde, nach welchem stets die Frau sich um Haus und Kind kümmert und der Mann arbeiten geht, sondern die Überlastung, die das System den Frauen aufzwingt.

⁷⁸ Walter Baier, Lisbeth N. Trallori, Derek Weber (Hg.), Otto Bauer und der Autromarxismus (Berlin 2008) 66f.

⁷⁹ Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger, Emmerich Tálos (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 277f, 281.

⁸⁰ Dachs, Hanisch, Staudinger, Tálos (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs 279.

⁸¹ Baier, Trallori, Weber (Hg.), Otto Bauer und der Autromarxismus (Berlin 2008) 69-71.

1.2.2 Internationale Vernetzung

Nachdem sich 1876 die Erste Internationale nach einem Streit zwischen Marxist*innen und Anarchist*innen auflöste, wurde die Zusammenarbeit der verschiedenen Arbeiterparteien bzw. -vereine vorerst erschwert. Deswegen wurde auf Initiative von unter anderem Friedrich Engels (der nach dem Tod von Marx 1883 viele seiner Vorhaben weiterführte) auf einem Sozialistenkongress 1889 die Fortführung der gescheiterten Internationale beschlossen. Diese Zweite Internationale weitete sich in den Folgejahren immer weiter aus und übte vor allem Systemkritik an den imperialistischen und kriegerischen Vorhaben vieler Länder.⁸²

Die Zweite Internationale wird zusammen mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale (1923-1940) heute als die Vorform der immer noch existierenden Sozialistischen Internationale (Konstitution 1951) betrachtet, trotz dessen, dass sie im Laufe des Ersten Weltkrieges aufhörte zu tagen, da viele involvierte Parteien die Kriegsvorhaben ihrer Länder unterstützten, was die grundsätzlich pazifistische Internationale in verschiedene Lager spaltete.⁸³

Die SDAP beteiligte sich von Anfang an: Beim Gründungskongress in Paris 1889 war Victor Adler anwesend und er blieb bis 1914 der Wortführer der österreichischen Sozialdemokratie in der Internationalen. Adler war zwar Gegner des Krieges, aber in schon höherem Alter war er nicht mehr gewillt mit aller Kraft den Krieg zu verhindern; auch deshalb, weil viele seiner Parteifreund*innen den Krieg zu begrüßen schienen.⁸⁴ Auch sein Sohn Friedrich Adler war aktiv in der Internationalen und vehementer Kriegsgegner. Mit Kriegsbeginn legte Friedrich Adler alle Ämter innerhalb der SDAP zurück, da er den Wandel vom internationalen zum nationalen Sozialismus nicht unterstützen konnte.⁸⁵ Größere Aufmerksamkeit erregte er aber 1916 durch sein tödliches Attentat auf den österreichischen Ministerpräsidenten Karl Stürgkh. Das Attentat wurde einerseits ausgeübt, um die für ihn zu passiven Sozialist*innen wach zu rütteln und sie gegen den Krieg agieren zu lassen, und andererseits, um den ‚Kriegstreiber‘ des österreichischen Reiches zu beseitigen.⁸⁶ Große Veränderungen brachte das Attentat aber nicht. Die Sozialist*innen fokussierten sich eher auf ihre nationalen Probleme und die Internationale rückte in den Hintergrund. Erst 1923, nachdem sich die sozialistischen Parteien nach dem Krieg wieder konsolidiert hatten, wurde die neue Sozialistische Arbeiterinternationale ins Leben

⁸² Agnes Blänsdorf, Die Zweite Internationale und der Krieg. Die Diskussion über die internationale Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien 1914-1917 (Stuttgart 1979) 15.

⁸³ Blänsdorf, Zweite Internationale 9.

⁸⁴ Blänsdorf, Zweite Internationale 28.

⁸⁵ Blänsdorf, Zweite Internationale 255.

⁸⁶ Jaques Droz, Annie Kriegel, Madeleine Rebérioux (Hg.), Geschichte des Sozialismus Band IX. Von 1875 bis 1918. Sozialismus, Zweite Internationale und Erster Weltkrieg (Berlin/Frankfurt/Wien 1974) 95.

gerufen (Friedrich Adler war führend dabei, da er 1918 vom Kaiser Karl amnestiert wurde), welche die Zwischenkriegszeit über bestehen sollte.⁸⁷

Bauer war ein großer Verfechter des integralen Sozialismus, welchen er in seinem späten Leben so beschrieb: *„Es gilt, über die erstarrten Anschauungen des demokratischen Sozialismus und des Kommunismus hinwegschreitend, einen integralen Sozialismus zu entwickeln, der die geschichtlich gewordenen Besonderheiten und Beschränktheiten beider zu überwinden vermag, um beide in sich aufzunehmen.“*⁸⁸

Diese Aussage stammte aber schon aus einer Zeit, als die Demokratie in Österreich abgeschafft war. Die vorherige Praxis zeigte, dass kommunistische und sozialistische Parteien in der Zweiten und Dritten Internationale (inklusive Komintern) wenig kompromissbereit waren. Deswegen muss die Aussage Bauers im Kontext dessen betrachtet werden, dass zum Zeitpunkt des Verfassens beide Parteien verboten waren und deren Funktionär*innen verfolgt wurden. Somit war dies ein Aufruf in der Not, um beiden Parteien die Möglichkeit zu geben, um für ihre Existenz und gegen den Faschismus zu kämpfen.⁸⁹

In der sozialistischen Arbeiterinternationale der 1920er war die Kooperation zwischen Bauer und den Kommunist*innen dürftig, obwohl die Idee einer Einheitsfront (auch ein Zusammenschluss kommunistischer und sozialistischer Kräfte) im Raum stand: *„Was die Genossen von der Kommunistischen Internationale anbelangt, so bin ich nicht kindlich genug zu glauben, daß mein Appell bei ihnen ein Echo findet, weil er von mir kommt. Ich bin ja, so las ich gerade heute wieder, ein Verräter, hierhergeschickt, um die Interessen der Bourgeoise zu vertreten. (...) Sie wissen sehr gut, daß, wenn ich an Sie appelliere, daß Sie die notwendigen Bedingungen der Einheitsfront herstellen, ich damit nur ausspreche, was heute Millionen Arbeiter aller Länder wünschen und wollen. (...) Die Methode Ihres Kampfes sowohl in Rußland gegen die Arbeiterparteien als auch gegen die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften in West- und Mitteleuropa erklären die Situation zur Genüge.“*⁹⁰

Bauer bzw. die Internationale hatte also schon in den 1920ern ein Konzept, welches dem Integralen Sozialismus nicht unähnlich war. Laut Bauer wäre es aber an den Kommunist*innen

⁸⁷ Androsch, Fischer, Maderthaner (Hg.), Sozialdemokratie 83.

⁸⁸ Otto Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen (Bratislava 1936). In: Bauer Werkausgabe, Band 4 296.

⁸⁹ Albers, Heimann, Saage (Hg.), Bauer: Theorie und Politik 121.

⁹⁰ Otto Bauer, Protokoll der Internationalen Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees in Berlin (02.04-05.04.1922). In: Bauer Werkausgabe, Band 6 85.

gelegen, dass eine Einheitsfront nicht realisiert werden könnte, weil deren Zerstörungspolitik auch nicht vor den Sozialist*innen Halt machen würde.

Die Forderungen, dass beide Arbeiterparteien zusammenarbeiten sollten, um die Feinde Kapitalismus und Faschismus besiegen zu können, begannen also schon in den 1920ern; konkretere Pläne präsentierte Bauer aber erst, als es schon zu spät war.

2. Begriffsannäherungen

2.1 Sozialismus

Eine zeitlose Sozialismusdefinition zu erstellen, ist schwierig bis unmöglich; zeitliche und räumliche Eingrenzungen zeigen, dass er ein vielschichtiges Phänomen und multifunktional ist. grundsätzlich sind aber drei Grundprinzipien auszuarbeiten, die Sozialismus eingrenzen können und mindestens eines dieser drei Merkmale wäre in jedem Sozialismuskonzept zu erkennen: Erstens soll er eine Gesellschaftsordnung darstellen, zweitens ist er eine politische Bewegung, die meist theoretisch legitimiert wird, und drittens ist er ein untergeordnetes Organisationsprinzip in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung.⁹¹

So besagt bspw. marxistische Theorie, dass Sozialismus ein Urkommunismus sei, der auf die Anfänge der Menschheit zurückgeht, als es kein Eigentum an Grund und Boden gab und als es keine Produktionsmittel gab. Das ultimative Ziel dabei wäre es, dass dieser Urkommunismus wieder etabliert werden könnte und dass dadurch die Arbeiterschaft ihre auferlegten Ketten sprengen könnte.⁹² In modernen Gesellschaften treten Sozialismuskonzepte aber immer seltener in Verbindung zur Arbeiterbewegung auf. Dies liegt einerseits daran, dass die Arbeiterschaft sich ab 1945 langsam transformierte und durch den aufkommenden Wohlstand kapitalistische Tendenzen zu erkennen waren. Spätestens mit dem Aufkommen der Gastarbeiter*innen (welche oftmals nicht wählen durften), musste auch die SPÖ anerkennen, dass sie neue Klientelen finden musste, um weiterhin eine führende Partei sein zu können. Auch die SPÖ musste sich also den Gegebenheiten im Land anpassen und realisierte, dass es notwendig war, sich im Kapitalismus zurecht zu finden.⁹³

⁹¹ Georg Fülberth, *Sozialismus* (Köln 2010) 6.

⁹² Ralf Hoffrogge, *Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich. Von den Anfängen bis 1914* (Stuttgart 2017) 19f.

⁹³ Androsch, Fischer, Maderthaner (Hg.), *Sozialdemokratie* 251, 254.

Stattdessen wird Sozialismus heute eher als eine Philosophie bzw. politische Ethik wahrgenommen, die von ‚linken‘ Parteien als Strategie im nie endenden Wahlkampf benutzt wird. In ‚rechten‘ bzw. konservativen Kreisen ist Sozialismus bzw. das Framing einer Person als ‚Sozi‘ zudem zu einem Kampfbegriff verkommen, der die eigentlichen Intentionen des Konzeptes außer Acht lässt.⁹⁴

Heinz Dieterich (*1943) postulierte, dass auch im 21. Jahrhundert eine sozialistische Gesellschaft nach marxschem Vorbild etabliert werden könnte: Dabei müssten die kapitalistischen Strukturen von einer Äquivalenzökonomie abgelöst werden. Arbeitszeit sollte dabei in Berechtigungen abgeglichen werden, mit welchen Gebrauchswerte, die für die jeweilige Person als wichtig erachtet werden, eingetauscht werden können. Dies würde sowohl Ausbeutung als auch Ungleichheit ausschalten. Zusätzlich müsste eine neue sozialistische Gesellschaft durch einen plebiszitären Parlamentarismus geführt werden, was basisdemokratisch erreicht werden sollte.⁹⁵

Die Ausführungen Dieterichs erinnern stark an die frühsozialistischen Ansätze zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert, welche grundsätzlich utopisch aufgebaut waren und im Folgenden erörtert werden. Diese Sozialismusrichtungen sind dahingehend entscheidend, dass sie Bauers Sozialismusbegriff prägten; er orientierte sich an zahlreichen Vordenker*innen und übernahm die für ihn erstrebenswerten Aspekte.

2.1.1 Utopischer Sozialismus

Der Begriff des Frühsozialismus wird auf das 16. Jahrhundert datiert; konkret mit dem Aufkommen von utopischen Konzepten, wie bspw. dem namensgebenden Text ‚Utopia‘ von Thomas Morus. Ab dem 18. Jahrhundert breitete sich der utopische Sozialismus in Zentraleuropa (vor allem Frankreich und England) immer weiter aus und wurde meist mit kommunistischen Ansätzen assoziiert.⁹⁶

Autoren wie **Gabriel Mably** (1709-1785), **Jean Meslier** (1664-1729) oder **Étienne-Gabriel Morelly** (1717-1778) formulierten, dass Privateigentum eine Gesellschaft zersetzen und spalten würde, was die reiche Hälfte der Menschen verderben und die arme Hälfte in Not treiben würde. Als Lösung dafür bezeichnete Morelly den totalitären, kommunistischen Staat, in welchem

⁹⁴ Louis *Kontos*, American Carnage: Political Carnage in the Age of Trump. In: *Socialism and Democracy* Vol.32 Nr.2 (2018) 1-3, 12.

⁹⁵ Thomas *Meyer*, Sozialismus (Wiesbaden 2008) 135f.

⁹⁶ Walter *Theimer*, Geschichte des Sozialismus (Tübingen 1988) 13f.

Regierungsmitglieder regelmäßig wechseln sollten, in welchem eine Arbeitspflicht für alle Menschen herrschen sollte und in welchem alle jungen Menschen zwischen dem 20. und 25. Lebensjahr verpflichtend in der Landwirtschaft arbeiten müssten.⁹⁷

Bauer stimmte mit diesen Frühsozialisten in der Hinsicht überein, dass er der Ansicht war, dass Privateigentum bzw. Großgrundbesitz die Spaltung der Gesellschaft beschleunigt und die Kapitalist*innen verderben würde; die Lösungen bzw. Vorstellungen, die Morelly postulierte, finden in den Konzepten Bauers keinen Zuspruch. Statt einer Arbeitspflicht sollen alle Menschen arbeiten, wo und was sie wollen, und statt eines totalitären Staates sollte der Sozialismus durch demokratische Konzepte erreicht werden.⁹⁸

Diese teils konträren Sozialismusvorstellungen sind aber durchaus auf die verschiedenen Zeiten zurückzuführen: Während Morellys Konzepte in der Frühphase der Industrialisierung entstanden, verfasste Bauer seine Werke in Hinblick auf Globalisierung und mit der Berücksichtigung der Arbeiterschaft in einem gänzlich industrialisierten Kontext.

Frühsozialisten wie **Robert Owen** (1771-1858) oder **Étienne Cadet** (1788-1856) setzten auf die Industrialisierung als ‚Gleichmacher‘. Die Technik sollte es möglich machen, dass alle – insbesondere aber die Arbeiterschicht – vom Fortschritt profitieren können sollten. Dabei müsste die Verteilung aber gerechter gestaltet werden, was durch eine Planwirtschaft realisiert werden könnte. Cadet erfand sein eigenes Utopia, – Ikarien genannt – in welchem moderne Technik für wirtschaftliche Stabilität sorgen sollte, die Produktionsmittel aber der Allgemeinheit gehören.⁹⁹

Ähnlich zu Owen argumentierte auch **Henri de Saint-Simon** (1760-1825): Er war der Ansicht, dass die industrielle Entwicklung zur Beseitigung feudaler Strukturen eingesetzt werden sollte, indem gesellschaftliche Privilegien gekippt werden.¹⁰⁰ **Charles Fourier** (1772-1837) ging noch einen Schritt weiter, indem er forderte, dass die kapitalistische Produktionsweise radikal umgestaltet werden müsste. Privateigentum an Produktionsmitteln sollte durch Großgenossenschaften übernommen werden; alle am Arbeitsprozess beteiligten Personen würden dabei gleichsam Eigentümer*innen der Mittel sein, was allen wirtschaftlichen Wohlstand und individuelle Entfaltung möglich machen sollte.¹⁰¹

⁹⁷ Theimer, Geschichte des Sozialismus 14-16.

⁹⁸ Otto Bauer, Der Weg zum Sozialismus (Wien 1919). In: Bauer Werkausgabe, Band 2 129.

⁹⁹ Henning Ottmann, Geschichte des politischen Denkens. Band 3: Neuzeit. Teilband 3: Die politischen Strömungen im 19. Jahrhundert (Stuttgart/Weimar 2008) 133f.

¹⁰⁰ Meyer, Sozialismus 21f.

¹⁰¹ Meyer, Sozialismus 22.

An diese Konzepte schloss Bauer direkt an: Gerade die Produktionsmittel sollten im Eigentum der Arbeiterschaft sein. Bauers Konzept dahingehend reichte über die Formulierungen Cadets und Owens hinaus und glich sich der Fouriers stark an: Die Arbeiterschaft im Gesamten sollte zwar die Produktionsmittel besitzen, wenn alle aber alles besitzen und darüber bestimmen könnten, würde diese zu Komplikationen bezüglich der Verwendung führen. Deswegen sollten Genossenschaften bzw. Gesellschaften die Verwaltung übernehmen und im Namen aller Besitzer*innen über die Produktionsmittel (deren Verteilung, Benutzung etc.) entscheiden – immer aber in Abstimmung mit Vertreter*innen der Arbeiterschaft, um mit dieser und nicht über diese zu entscheiden.¹⁰²

Wilhelm Weitling (1808-1871) war maßgeblich für die Verbreitung des Sozialismus im deutschsprachigen Raum verantwortlich. Er war 1837 Mitbegründer des ‚Bund der Gerechten‘, welcher Sozialist*innen und Kommunist*innen aus ganz Europa zusammenbrachte; dieser Bund kann auch als Vorform der später gegründeten sozialistischen/kommunistischen Parteien bezeichnet werden. Er forderte eine Gütergemeinschaft, welche wirtschaftlich und sozial ein Gleichheitsprinzip darstellen sollte. Gleichzeitig lehnte er aber Güterteilung ab: *„Wenn wir die großen Geldhaufen kleiner machen, so haben wir in moralischer Beziehung mehr geschadet als genützt, denn wir haben dann einige Tausend mehr vom Wuchergeist angesteckt, dem unsre Generation nicht leicht widerstehen kann.“*¹⁰³ Privateigentum sollte demnach nicht abgeschafft werden, sondern ersetzt werden: Ein erster Schritt wäre dabei die Abschaffung von Geld als Zahlungsmittel. Ziel wäre schlussendlich die Etablierung einer gerechten Gesellschaft, in welcher niemand reich und mächtig genug sein sollte, um andere zu unterdrücken; das sollte dadurch erreicht werden, dass niemand mehr besitzt, als benötigt wird, ohne dafür arbeiten zu müssen.¹⁰⁴

Das Konzept einer Internationalisierung der Arbeiterbewegung - wie mit dem Bund der Gerechten geschehen - wurde von Bauer begrüßt und aktiv gefördert; ob er sich dabei von Weitling, Marx oder anderen Figuren der Internationale inspirieren ließ, mag aber nicht konkret beantwortbar sein. Die Forderung einer Gütergemeinschaft von Weitling fand bei Bauer Anklang, indem er forderte, dass die Produktionsmittel im Eigentum der Allgemeinheit der Arbeiterschaft stehen sollten. Unterschied ist aber das Gesellschaftsverständnis selbst: Bauer

¹⁰² Bauer, Der Weg zum Sozialismus. In: Bauer Werkausgabe, Band 2 99.

¹⁰³ Wilhelm Weitling, Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte, zitiert nach: Ernst Schraepler, Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830-1853. Die politische Tätigkeit deutscher Sozialisten von Wilhelm Weitling bis Karl Marx (Berlin/New York 1972) 59.

¹⁰⁴ Schraepler, Handwerkerbünde 58-60.

war der Ansicht, dass Menschen im Kern sozialistisch wären und nur nicht aufgeklärt genug wären, um dies zu erkennen; Weitling hingegen glaubte, dass die meisten Menschen egoistisch und nur auf den eigenen Profit bedacht wären.

2.1.2 Wissenschaftlicher Sozialismus (Marxismus)

Wissenschaftlicher Sozialismus bzw. Kommunismus wird vor allem **Karl Marx** (1818-1883) und **Friedrich Engels** (1820-1895) zugeschrieben. Beide wollten sich explizit vom utopischen Sozialismus abgrenzen, wobei doch Überschneidungen zu finden waren. So waren auch in Marx' Sozialismus utopische Aspekte enthalten: Er wollte jegliche Entfremdung aufheben, er vertrat ein teleologisches Weltbild, wobei die Wunschgesellschaft Waren und Dienste nicht nach Leistung, sondern nach Bedürfnis verteilt, und empirisch versuchte er einen Rolltreppeneffekt zu validieren, nach welchem es ständig ‚aufwärts‘ gehen würde.¹⁰⁵ Marx betrachtete seinen Sozialismus bzw. Materialismus als eine wissenschaftliche Fortsetzung anderer Denker und er sah dies auch als den Hauptunterschied (bzw. als den Grund seiner Überlegenheit) zwischen ihm und anderer sozialistischer Denker*innen seiner Zeit an, da er alle anderen verstehen würde und deren Denken abschließen könnte.¹⁰⁶

Warum dies nun wissenschaftlicher Sozialismus sein sollte, wurde mit einer objektiv historischen Notwendigkeit begründet. Dies fußte auf der Anwendung der Geschichtsmetaphysik von **Georg W. F. Hegel** (1770-1831) auf die wirtschaftliche und soziale Prognose der Gesellschaftsentwicklung. Hegel sprach von einem Weltgeist (genutzt als Analogie zur menschlichen Selbstentfaltung und Freiheitsfindung), welcher sich selbst im Laufe der Zeit bewusst werden würde und als Endpunkt das ultimative, absolute Wissen haben würde. Marx setzte den Weltgeist mit dem Willen des Proletariats gleich, welches sich von den auferlegten Ketten befreien wollen würde.¹⁰⁷ Im Laufe des Kapitels wird noch zu sehen sein, dass sich das Marxsche Denken sehr oft auf Hegel bezieht – teils in Anlehnung, teils in Kontrast. Marx zu verstehen, ohne Hegel miteinzubeziehen, ist quasi unmöglich.

Der Übergang vom utopischen zum wissenschaftlichen Sozialismus wird auf die Zeit datiert, als sich eine dauerhafte Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse durch die

¹⁰⁵ Ottmann, Geschichte des politischen Denkens, Bd.3 Tbd.3 147.

¹⁰⁶ Theimer, Geschichte des Sozialismus 58f.

¹⁰⁷ Larsen Kempf, Schicksal, Vorhersehung und Kontingenz als politische Motive: Zur Wirkmächtigkeit von Geschichtsmetaphysik. In: Zeitschrift für Politik Vol.59 N1. (März 2012) 32.

industrielle Revolution und ihrer Implikationen abzeichnete (ca. 1850). Dies bedeutete für Marx und Engels, dass Sozialismus weniger auf die Konstruktion einer idealen Gesellschaft abzielen sollte, sondern eher auf die Beseitigung der Probleme für die Arbeiterschaft, die die Industrialisierung mit sich brachte: hauptsächlich ein expansiver Kapitalismus. Dementsprechend kann deren Sozialismus auch als ein Anti-Kapitalismus bezeichnet werden.¹⁰⁸

Der Austromarxismus, welchen Bauer führend vertrat, berief sich stark auf Karl Marx. Er wollte aber nicht bloß die Forderungen und Theorien Marx' übernehmen, sondern ausgehend von Marx (aber auch anderen sozialistischen/kommunistischen Denker*innen) eine eigene Sozialtheorie entwickeln. Das vereinfachte Grundkonzept dieser Theorie war es, dass Aufklärung (über Sozialismus, Kommunismus, Demokratie, Klassenkampf, ... bzw. über die ‚Feinde‘ wie Kapitalismus oder Diktatur) dazu führen sollte, dass sich ein ‚neuer Mensch‘ entwickelt, welcher eine sozialistische Hegemonie begrüßen sollte. Grundsätzlich war dieses Konzept friedlich-demokratisch angelegt, wobei Revolution (im Sinne eines Gewaltaktes) trotzdem das letzte Mittel gewesen wäre, um die kapitalistische Lebensweise zu überwinden.¹⁰⁹

Marx zog zusätzlich noch die romantische Sozialkritik und die Entfremdungslehre **Jean-Jaques Rousseaus** heran. Die geschichtspessimistische Theorie der Selbstentfremdung sollte aussagen, dass der Mensch zu ewiger Romantisierung negativer Gesellschaftsentwicklung verdammt sei, weil der Fokus auf das eigene Selbst durch Machtkonzentrierungen verloren gehen würde (im Kontrast zum schon erwähnten Rolltreppeneffekt Marx'). Ausweg wäre nur die Selbstemanzipation der Menschen bzw. verschiedener Menschengruppen, die sich dabei auf das verlorengegangene Gute besinnen müssten.¹¹⁰ Genau hier setzte Marx an, der das Ziel hatte den vormodernen Urkommunismus wiederzubeleben. Die Selbstentfremdung müsste dahingehend überwunden werden, dass die Menschen sich wieder ihrer Vergangenheit besinnen, um die idealen Zustände wiederherstellen zu können.

Der Begriff des historischen Materialismus, den Marx ausführlich beschrieb, (aber selten selbst nutzte; Engels tat dies aber) sollte noch mehr verdeutlichen, dass der Kapitalismus die Wurzel allen Übels wäre. Seit dessen Aufkommen wäre zu beobachten, dass stets die Arbeiterschaft

¹⁰⁸ Fülberth, Sozialismus 17f.

¹⁰⁹ Baier, Trallori, Weber (Hg.), Otto Bauer und der Austromarxismus 187.

¹¹⁰ Juliane Spitta, Gemeinschaft jenseits von Identität? Über die paradoxe Renaissance einer politischen Idee (Bielefeld 2013) 98.

bzw. die niederen Gesellschaftsschichten darunter zu leiden hätten. Materialismus sollte hier an den Begriff aus den Naturwissenschaften anknüpfen, (auch um die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus untermauern zu können) die damit beweisen wollten, dass alles aus Materie besteht. So wie Engels (und teils Marx) den Begriff aber nutzte, ist es eher logisch den Begriff ‚materiell‘ mit wirtschaftlich gleichzusetzen und den Materialismus mit Ökonomismus.¹¹¹

Der Historische Materialismus war also das theoretische Fundament, auf welchem Marx‘ Werke fußen. Er kann als die Summe der Positionen von Marx bezüglich der ökonomisch-gesellschaftlichen Zusammenhänge zusammengefasst werden. Er sollte aber auch ein Gegenkonzept zu Hegels Idealismus darstellen: Während Marx Hegels Weltgeist-Theorie teilte, widersprach er ihm dahingehend, dass die Welt nicht durch menschliches Denken beeinflusst und geformt werden würde (Idealismus), sondern, dass die materiellen Umstände den Menschen ihr Denken aufzwingen würden (Materialismus).¹¹²

Marx widersprach Hegel zwar beim Endresultat, der Weg dahin ähnelte sich aber stark – sowohl die Formalitäten als auch die Ausarbeitungen waren teils ident: So folgen Hegels Dialektik und Marx‘ Historischer Materialismus demselben Muster, denn sie bestehen jeweils aus drei Kategorien: Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse und Überbau (Bewusstseinsformen) bei Marx und Widersprüche, Quantität/Qualität und Negation bei Hegel.¹¹³

Bei den Produktivkräften (Widersprüchen bei Hegel) geht die marxsche Dialektik davon aus, dass das Verständnis und die Überwindung jener zu einer fundierteren Gesellschaftsanalyse führen würden. Kapitalismus könnte demnach durch die Überwindung der Widersprüche in einem kapitalistischen System gekippt werden. Ein solcher Widerspruch wäre bspw. struktureller Rassismus (bzw. die Unterdrückung von bestimmten Gesellschaftsschichten allgemein): Einerseits sind billige, ausländische Arbeitskräfte wichtig für das kapitalistische System, andererseits ist deren Zugang zu Bildung oder Ressourcen aber aufgrund ihrer Herkunft erschwert. Die Überwindung der Nachteile bzw. die Emanzipation der unterdrückten Gruppe hätte also zur Folge, dass das kapitalistische System immer mehr abgekratzt werden könnte, da eine Ausbeutung erschwert werden würde.¹¹⁴

¹¹¹ Theimer, Geschichte des Sozialismus 59.

¹¹² Ulrich Hamenstädt, Jonas Wenker, Karl Marx und der Marxismus. Ein Überblick (Wiesbaden 2023) 9.

¹¹³ Malte Faber, Thomas Peterson, Karl Marx und die Philosophie der Wirtschaft. Unbehagen am Kapitalismus und die Macht der Politik (Freiburg/München 2015) 40-42.

¹¹⁴ Hamenstädt, Wenker, Marx 10f.

Die Dialektik sah zusätzlich ein Verhältnis zwischen Qualität und Quantität (der Produktionsverhältnisse), welches erforscht werden müsste. So würde die Quantität der Arbeitenden (aber auch die Verhältnisse bei der Warenproduktion wie bspw. angemessene Bezahlung, Arbeitsstunden pro Tag oder die Beziehung von Arbeiternehmer*in zu Arbeitgeber*in) die Qualität der produzierten Ware bestimmen. Das Ziel der Marxschen Dialektik hierbei war es, dass die Korrelation bestimmt werden sollte, indem vom kleinsten Teil des Systems (der Ware) der Bogen immer weiter gespannt wird, um alles miteinzubeziehen (Bestandteile, Arbeitsbedingungen, Verbraucher*innen etc. inklusive deren Beziehungen zueinander), um das Wesen des Kapitalismus bis aufs kleinste verstehen zu können.¹¹⁵

Überbau sollte zum einen die übrigen Gesellschaftsschichten (also alles außer die Arbeitenden und die Arbeitgebenden/Besitzenden) beschreiben, zum anderen aber auch erforschen, wie alle Menschen sich selbst ihrer Klasse bewusst waren und welche Implikationen sowohl bewusste als auch unbewusste Klassenzugehörigkeit hatte. Marx' These dahinter war, dass sich Menschen unbewusst der Rolle hingeben würden, die die Gesellschaft ihnen aufzwang, ohne dabei zu hinterfragen, ob dies gerecht wäre. Er versuchte anhand der subjektiven Gefühle der Menschen objektive bzw. wissenschaftliche Daten über Klassenzugehörigkeiten zu erlangen.¹¹⁶

Alle drei Kategorien sollten zusammen vereinfacht die Gesellschaft darstellen, wobei die Produktivkräfte die arbeitende Klasse, Produktionsverhältnisse die besitzende Klasse und Überbau die herrschende Klasse repräsentieren sollten. Mithilfe dieses theoretischen Gerüsts sollten die Bedingungen, Verhältnisse, Implikationen etc. der Klassen erforscht werden, aber auch die Abhängigkeiten. Die Kategorien sollten aber nicht als statische Konstrukte angesehen werden, sondern als variabel bzw. teils auch überlappend (wobei die Beziehungen der Gruppen zu- und untereinander oftmals vernachlässigt wurden).¹¹⁷

Dieses theoretische und methodische Grundgerüst des Historischen Materialismus bearbeitete Marx sein ganzes Leben lang und es wurde von marxistischen Denker*innen und Politiker*innen oft als Legitimation bzw. Inspiration ihrer Handlungen beschrieben (so auch

¹¹⁵ Hamenstädt, Wenker, Marx 11.

¹¹⁶ Marco Iorio, Karl Marx – Geschichte, Gesellschaft, Politik. Eine Ein- und Weiterführung (Berlin/New York 2003) 88-90.

¹¹⁷ Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Soziologie und Sozialpolitik (Hg.), Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1989. Zur Geschichte marxistischen soziologischen und sozialpolitischen Denkens (Berlin 1989) 71-73.

von Bauer). Vereinfacht wurde/wird er nur als die Beschreibung der historischen Unterdrückung der Arbeiterschaft verstanden, aber die Intentionen, die Marx bei der Etablierung hatte, reichten weit darüber hinaus: Der Historische Materialismus sollte der Aufruf sein, sich der ungerechten Gesellschaft zu entziehen, diese Gesellschaft zu überwinden, um Platz für etwas Besseres schaffen zu können; ergo ein idealer, kommunistischer, sozialistischer Staat ohne staatliche Unterdrückung, ohne Eigentum und ohne Gier.¹¹⁸

Dass Bauer sich schon früh zum Marx'schen Sozialismus bekannte, führte aber ab 1917 zu einer Zwangslage: Entweder Bolschewismus als Ableger des Sozialismus anerkennen, oder sich als Demokratievertefchter von den Bolschewiki abgrenzen? Dadurch, dass die Bolschewiki und Bauer Überschneidungspunkte in ihren Forderungen hatten, war eine gänzliche Abgrenzung nicht möglich (siehe Kap. 2.1.3): Insbesondere die Überbrückung der Ausbeutung der Arbeiterschaft. Als Leser der Marx'schen Werke war Bauer aber bewusst, dass Revolution in marxistischem Sinne Menschenleben kosten würde und er war nicht überzeugt davon, dass dieser Preis gezahlt werden müsste. Stattdessen versuchte er einen pragmatischeren, sehr optimistischen Mittelweg zu gehen: Einen sozialistischen Staat durch demokratische Wahlen herbeizuführen.¹¹⁹

Um einen sozialistischen Staat erschaffen zu können, sind aber zahlreiche Voraussetzungen zu erfüllen (darauf fokussierte sich Bauers Politik in den ersten Jahren der Republik): Erstens müsste Frieden herrschen und die Grenzen des Staates müssten festgelegt sein; zusätzlich müsste der Staat unabhängig sein (in österreichischem Fall müssten die Entente-Länder das Land verlassen und nicht mehr kontrollieren können). Zweitens müsste Österreich seine Wirtschaft selbst verwalten können: Rohstoffe sollten so gut wie möglich im eigenen Land produziert werden und nur nicht Herstellbares sollte importiert werden (mit freiem Warenverkehr).¹²⁰ Und drittens müsste ein Großteil der Menschen im Land den Umschwung begrüßen und aktiv gestalten – also die Diktatur des Proletariats (dies wäre zu erreichen, indem ein Großteil der Bevölkerung Arbeiter*innen sein würden, damit sie die Notwendigkeit eines sozialistischen Staates erkennen können).¹²¹

Wenn das Volk aber die Notwendigkeit eines solchen Umbruchs nicht wahrhaben können sollte, müsste der Sozialismus auf andere Weise kommen: „*Nicht als das Ergebnis planmäßig*

¹¹⁸ Iorio, Marx – Geschichte 296, 304f., 317.

¹¹⁹ Hanisch, Der große Illusionist 138f.

¹²⁰ Bauer, Der Weg zum Sozialismus. In: Bauer Werkausgabe, Band 2 128f.

¹²¹ Bauer, Der Weg zum Sozialismus. In: Bauer Werkausgabe, Band 2 129-131.

aufbauender Arbeit, sondern als die Folge eines furchtbaren Sturmes, der zuerst alles zerstört, alles vernichtet, damit dann auf den Trümmern der alten Welt eine neue erstehe. Käme der Sozialismus auf diesem Wege, dann müssten wie alle ihn furchtbar teuer erkaufen: erkaufen mit Jahren des Bürgerkrieges, erkaufen mit ungeheuerlicher Zerstörung unserer Produktionsmittel, erkaufen mit noch vielen Jahren gesteigerten Elendes, mit noch viel schrecklicherer Not, als die ist, die der Krieg über uns gebracht hat. Der Sozialismus ist zur geschichtlichen Notwendigkeit geworden; kommen wird er auf jeden Fall. Fraglich ist nur, auf welchem Wege er kommen soll. Arbeiten wir alle daran, dass er komme, nicht als das Ergebnis verheerender Katastrophen, sondern als die Frucht zielbewusster Arbeit!“¹²²

Diese revolutionäre Art der Etablierung des Sozialismus, die Bürgerkrieg, Not, Hunger und Elend für eine gewisse Zeit zu Folge hätte, wollte Bauer vermeiden; sie wäre aber trotzdem die letzte Möglichkeit, wenn eine friedliche Umgestaltung nicht mehr möglich wäre, weil ein Großteil des Volks nicht auf den eigenen Vorteil bedacht wäre oder weil andere Parteien ihm schon die kapitalistische Lebensweise indoktriniert hätten.

2.1.3 Politischer Sozialismus (Sozialdemokratie)

Die Entstehung des politischen Sozialismus, der den Fokus auf Gesellschaftsvisionen legte, wird auf französische Autoren des 18. und 19. Jahrhunderts datiert, wie bspw. **François Babeuf** (1760-1797).¹²³

Babeuf gehörte zu den ersten, die forderten (bzw. versuchten) ihren Sozialismus durch Gesetzesänderungen zu implementieren. In seinem Fall war er als Journalist dazu imstande, dass seine Forderungen abgedruckt wurden und somit von legislativen Körperschaften umgesetzt werden hätte können. So forderte er die Abschaffung von Feudalrechten, eine Reform des Steuerrechts (Steuerfreiheit des Adels sollte abgeschafft werden) und er forderte eine staatliche Armenfürsorge. Seine radikale Egalisierungspolitik hatte im Kern zwar auch das Ziel (wie bei vielen utopischen Sozialisten), einen kommunistischen Staat ohne staatlichen Zwang zu etablieren, war aber gleichzeitig realistisch dahingehend, dass die Epoche, in welcher er lebte, nicht reif für solche drastischen Änderungen war. Dies ist auch daran zu erkennen, dass Babeuf eben dann, als er seine radikaleren Ansichten (wie bspw. Klassenkampf oder kommunistische Güterteilung) öffentlich teilte, hingerichtet wurde.¹²⁴

¹²² Bauer, Der Weg zum Sozialismus. In: Bauer Werkausgabe, Band 2 131.

¹²³ Hoffrogge, Sozialismus 20.

¹²⁴ Klaus von Beyme, Sozialismus. Theorien des Sozialismus, Anarchismus und Kommunismus im Zeitalter der Ideologien 1789-1945 (Wiesbaden 2013) 22f.

Politischer Sozialismus war/ist also per se keine eigene Sozialismusrichtung, sondern er verwendete die Forderungen, die unter anderem in den vorherigen Kapiteln genannt wurden, um diese in politischen Systemen zu etablieren. Dabei wurden die Forderungen so angepasst, dass sie verfassungsfähig waren und dass sie für die einfache Gesellschaft zu verstehen waren. Es wurde also versucht, Sozialismus auf demokratisch-verfassungsrechtlichen Wegen zu etablieren. Politische Sozialist*innen waren dementsprechend meist Würdenträger*innen in Parteien, die sozialistisch anmutende Forderungen stellten (Revolution sollte nur das letzte Mittel sein). Die Forderungen eines politischen Sozialismus wandelten sich also von Zeit zu Zeit und von Land zu Land, je nachdem, was die Arbeiter*innen (bzw. die Klientelen der Sozialdemokratie) zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem bestimmten Land forderten.¹²⁵

Bauer als Gesamtperson kann am ehesten in diese Sozialismuskategorie eingeteilt werden, obwohl er sich selbst wohl dem wissenschaftlichen Sozialismus zuordnen wollen würde, da er sich überproportional oft auf Marx berief. Dies liegt aber auch an der Zeit, in welcher er aktiv war. Während bei Marx Arbeiterparteien erst in der Gründungsphase waren, waren sie bei Bauer schon etabliert. Um sozialistisch also etwas erreichen zu können, musste er aktiv in der Partei mitwirken, was ihn in die Rolle des politischen Sozialisten zwang.

Was Bauer und bspw. Babeuf also trennte, war fast ausschließlich das Jahrhundert und die damit einhergehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände. Während Babeuf aufgrund des Aussprechens und Abdruckens seiner Forderungen ermordet wurde, konnte Bauer dies machen, ohne Angst vor dem Tod haben zu müssen, einfach deswegen, weil die Gesellschaft fortgeschrittener war und weil sozialistische Forderungen nun Rückhalt und ein großes Publikum hatten, welches leichter zur Revolution aufgestachelt hätte werden können, sollten deren Schrift- und Wortführer gewaltsam entfernt werden. Was Ende des 18. Jahrhunderts also noch als Utopie galt, war zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine gesellschaftsfähige Meinung.

Die ersten parteiähnlichen Strukturen im deutschsprachigen Raum, die explizit sozialistische Ideen im Programm hatten, wurden durch den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) 1863 erreicht. Dieser Verein wurde von **Ferdinand Lassalle** (1825-1864) gegründet und sollte später als der Beginn der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) gelten.

Lassalle und Marx standen sich schon sehr früh kontrastierend gegenüber: Während Marx sein Leben ganz der Politik widmete, schrieb Lassalle früh schon Dramen und Fantasieepen, was

¹²⁵ Meyer, Sozialismus 47-49.

Marx dazu veranlasste Lassalle als ‚Schulbub‘ zu bezeichnen, der ihn und andere Denker*innen nicht verstehen könnte und seine Zeit mit Sinnlosigkeiten verschwenden würde.¹²⁶

Eben die Widmung ‚einfacherer Dinge‘ aber auch die nationalistische Sichtweise (Verteidigung von Preußen, indem sich nicht in ausländische Konflikte eingemischt werden sollte (Krieg Österreich gegen Italien/Frankreich 1859)) Lassalles führten dazu, dass er von deutschen Sozialist*innen und Arbeiter*innen als volksnäher wahrgenommen wurde und somit eher das Potenzial hatte, diese zu vereinen.¹²⁷

Als Lassalle feststellte, dass die 1861 gegründete Fortschrittspartei nicht die Interessen der Arbeitenden vertreten würde, beschloss er, dass auch die Arbeiterschaft eine politische Heimat erhalten sollte: *„Der Arbeiterstand muß sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Banner und Losung dieser Partei machen.“*¹²⁸

Die Forderungen Lassalles, die er mit der Gründung des ADAV stellte, waren: Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht, Lohnerhöhungen und Staatsinterventionen (auch für ‚niedere‘ Gesellschaftsschichten – zuvor war dies nur geschehen, wenn Adlige Forderungen stellten). Diese Forderungen waren die ersten, die dem deutschen politischen Sozialismus zugeordnet werden konnten (in Österreich gab es mit der Gründung der SDAP ähnliche bis idente). Daran ist aber zu sehen, dass Lassalle weder revolutionäre noch kommunistische Forderungen stellte, was einerseits zeigte, dass politischer Sozialismus sich den Gegebenheiten in einem Staat/staatsähnlichem Gebilde anpasste; andererseits auch verständlicher machte, warum Marx und andere Denker*innen keine sozialdemokratischen Parteien als Interessensvertreter*innen der Arbeiterschicht wollten, da deren revolutionärere Ideen mit einer staatsstreuen Partei nicht umsetzbar gewesen wären.¹²⁹

Wladimir Lenin (1870-1924) bzw. der Bolschewismus, den er führend vertrat, kann aber auch als eine Form des politischen Sozialismus bezeichnet werden, wobei sich Lenin auch stark auf den wissenschaftlichen Sozialismus Marx‘ berief.

Die Bolschewiki unter Führung von Lenin entstanden 1903 als sie sich als eigene Gruppierung in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) aufstellten (Gegenstück

¹²⁶ von Beyme, Theorien des Sozialismus 251f.

¹²⁷ von Beyme, Theorien des Sozialismus 252.

¹²⁸ Ferdinand Lassalle, Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig (1. März 1863). Marxists Internet Archive, online unter: <https://www.marxists.org/deutsch/referenz/lassalle/1863/03/antwortschreiben.htm> (21.02.2026).

¹²⁹ von Beyme, Theorien des Sozialismus 255f.

wurden die Menschewiki). Oberstes Ziel war es, dass die Diktatur des Zaren in Russland abgeschafft werden sollte; generell waren Lenin aber alle hierarchischen Strukturen ein Dorn im Auge (ein Mitgrund dessen, was ihn dazu bewegte eine eigene Gruppierung in der für ihn zu hierarchisch gewordenen Partei zu gründen).¹³⁰

Lenin glaubte anfangs aber auch daran, dass Russland sozial und wirtschaftlich so weit fortgeschritten wäre, dass eine friedliche Revolution, die mit der Abschaffung der Monarchie enden sollte, nur eine Frage der Zeit wäre. Die Realität holte ihn aber ein; spätestens nach dem Scheitern der Revolution 1905 wurde Lenin bewusst, dass ein friedlicher Übergang zu einem sozialistischen System nicht geschehen würde; wenngleich die rege Teilnahme bäuerlicher Menschen an der Revolution für Lenin eine Bestätigung seiner Forderungen war: insbesondere das Konzept der Nationalisierung der Böden und die Aufhebung von Privatgrundbesitz. Stattdessen plante er, dass ein neues System durch eine erfolgreiche, gewaltvolle Revolution implementiert werden sollte, die die gesamte Elite Russlands abschaffen sollte.¹³¹

Lenin war der Ansicht, dass der Sozialismus in drei Schritten zu erreichen wäre, die jeweils nacheinander folgen sollten: 1. volle politische Freiheit, 2. eine demokratische Republik und 3. die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.¹³² Sein Sozialismusbegriff beinhaltete aber auch die Forderung, dass menschliche Unzulänglichkeiten die Transformation des Staates nicht behindern sollten. Lenin war der Ansicht, – wie bspw. auch Rosa Luxemburg – dass faule, leichtsinnige, gedankenlose und egoistische Menschen nicht das Zeug hätten, um sich in einem sozialistischen Staat zurechtzufinden. Lenin wollte also ein System etablieren, in welchem solche Menschen so wenig Einfluss wie möglich haben sollten bzw. idealerweise keine ‚faulen‘ Menschen im Land haben.¹³³ Im Gegensatz zu Bauer wollte Lenin den neuen Menschen also nicht mittels Aufklärung schaffen, sondern die existierenden Sozialist*innen fördern, während die gegen ihn agierenden Menschen verschwinden sollten.

Die Revolutionen von 1917 gegen die Kriegspolitik des Zaren und gegen die feudalen Strukturen im Großgrundbesitz, welche Nahrungsknappheit und widrige Arbeitsbedingungen auslöste, nutzte Lenin, um seinen Machtanspruch zu legitimieren, indem er sich und seine Partei als die Schutzmacht der Revolutionären darstellte. Er unterstützte sie mit Waffen und Nahrung, um Sympathisant*innen zu gewinnen, die ihn bei seinen Machtbestrebungen behilflich sein

¹³⁰ Hannes *Leidinger*, Verena *Moritz*, Lenin. Die Biografie. Eine Neubewertung (Salzburg/Wien 2023) 157f.

¹³¹ *Leidinger, Moritz*, Lenin. Die Biografie 180f.

¹³² Wolfgang *Ruge*, Lenin. Vorgänger Stalins. Eine politische Biografie (Berlin 2010) 87.

¹³³ *Leidinger, Moritz*, Lenin. Die Biografie 501f.

sollten. Zusätzlich verstand Lenin die Revolution als das Auflehnen des Proletariats gegen den Imperialismus und wollten sie dazu ausnützen, die vorhandenen Hierarchien zu brechen und sich bzw. seine Regierungsform an die Spitze des Landes zu stellen.¹³⁴

Lenin stellte eine Rätediktatur an die Spitze des Staates. Das bedeutete, dass alle Bereiche des Staates von gewählten Räten gelenkt werden sollten. Die Gesellschaft wird dabei in konkrete Bereiche geteilt (Ort, Arbeitsbereich etc.), die jeweils ihre Räte wählen; diese Räte wählen dann die Räte auf der nächsthöheren Stufe (Bezirk bspw.) usw. Die ‚obersten‘ Räte waren dabei so etwas ähnliches wie Minister*innen für bestimmte Angelegenheiten, repräsentierten aber nicht ein bestimmtes Thema, sondern eine Menschenklasse und damit alle Themen, die diese Klasse bewegten.¹³⁵

Bauer selbst wurde gelegentlich damit konfrontiert, Bolschewik zu sein. Antwortend auf einen so lautenden Vorwurf ‚Dollfuß‘ erklärte er selbst, was ihn und den Bolschewismus trennen würde: *„Was mich vom Bolschewismus scheidet, sind nicht etwa bloß taktische Erwägungen darüber, daß die Methode der Bolschewiken, in der Geschichte und in der sozialen Struktur Rußlands begründet, in West- und Mitteleuropa nicht nachgeahmt werden kann. Was mich vom Bolschewismus scheidet, ist etwas viel Grundsätzlicheres, etwas, was in meiner Auffassung der Entwicklung der menschlichen Kultur begründet ist: meine Schätzung des unersetzlichen Wertes der individuellen, der geistigen Freiheit.“*¹³⁶

Der Rätediktatur war Bauer also abgeneigt, weil sie den Individualismus aller Menschen nicht zum Ausdruck bringen könnte (trotz dessen zog er eine solche Staatsform für Österreich als Übergangslösung zum demokratischen Sozialismus in Erwägung). Sozialismus würde nur sein gewünschtes Ziel entfalten können, wenn alle Menschen frei sind, was in keiner Art von Diktatur möglich wäre. Bauer ging zu Beginn der 1920er aber noch davon aus, dass die Räte und die dazugehörige Akzeptanz des Kapitalismus nur kurzweilig bestehen würden, um das kaputte, russische System zu reparieren: Sie sollten nur den Übergang zum demokratischen Sozialismus darstellen.¹³⁷

Ab den späten 1920ern war Bauer aber zunehmend ernüchtert über die Situation in Russland: Stalin, der nach dem Tod Lenins 1924 die Führung des Landes übernahm, setzte den direkten Weg zu einem demokratischen Sozialismus nicht fort. Trotz dessen äußerte Bauer sich oftmals

¹³⁴ Hannes Leidinger, Verena Moritz, Die Russische Revolution (Köln/Weimar/Wien 2011) 69-71.

¹³⁵ Hans Hautmann, Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918-1924 (Wien/Zürich 1987) 16f.

¹³⁶ Otto Bauer, Wir Bolschewiken, Artikel in der Arbeiterzeitung (23.10.1932). In: Bauer Werkausgabe, Band 7 486.

¹³⁷ Saage, Bauer. Ein Grenzgänger 83f.

apologetisch zum System Stalins: Eine militärisch- polizeiliche Diktatur sowie eine Diktatur der Partei wären zu gegebenen Zeiten unvermeidbar gewesen, um die Wirtschaft der Sowjetunion zu industrialisieren und zu kollektivieren. Ähnlich wie zu seinen Vorstellungen bezüglich einer sozialistischen Revolution in Österreich, vertrat Bauer auch hier die Ansicht, dass der Zweck die Mittel heiligen würde. Wenn es keine Alternativen zur Umsetzung eines sozialistischen Systems geben würde, dann wären Gewalt und Terror vorübergehend zu tolerieren.¹³⁸

Zu Bauers Sozialismusverständnis gehörte auch die Sozialisierung als politischer Akt, durch welche die Industrie, landwirtschaftliche Betriebe, Banken, Bergwerke und große Grundbesitze zum Eigentum des gesamten Volkes (bzw. ausgewählten Vertreter*innen des Volks) werden sollten – im Gegensatz zur Verstaatlichung, nach welcher der Staat Eigentümer sein sollte. Diese Sozialisierung hätte (nach Marx'schem Vorbild) aber ein Mehrheit Proletariats als Voraussetzung, da keine Unterstützung anderer Parteien zu erwarten wären. Es müsste sich so friedlich wie möglich die Macht erkämpft werden, da eine gewaltsame Übernahme die Produktionsmittel wahrscheinlich zerstört hätte. Ein zusammengeschrumpfter Produktionsapparat in Händen des Proletariats würde zwar die Verteilung verbessern, was aber nichts nutzen würde, wenn nicht genügend für alle Menschen produziert werden kann.¹³⁹ Stattdessen sollte die Eroberung der Macht im Staat und die Übernahme von Betrieben ein langsamer Prozess sein, in welchem langsam, aber sicher eine Verteilungsgerechtigkeit hergestellt werden würde und in welcher die vorherigen Ausbeuter*innen ihren Reichtum gerecht rückverteilen müssten – sei dies mit Erbschafts-, Vermögens- oder Grundbesitzsteuer.¹⁴⁰

2.1.4 Anarchismus/Syndikalismus

Anarchische Bestrebungen waren im deutschsprachigen Raum vor allem vor dem sozialdemokratischen Einigungsprozess 1888/89 vorhanden. Splittergruppen des radikaleren Flügels der Sozialist*innen lehnten das gesamte System ab und wollten eine herrschaftsfreie Gesellschaft schaffen. Der zentrale Unterschied zum marxistischen Flügel war dabei, dass Anarchist*innen nach der Überwindung des Klassenkampfes den gesamten Staat abschaffen wollten, während Marxist*innen dies als eine romantische Vorstellung ansahen, die erst

¹³⁸ Saage, Bauer. Ein Grenzgänger 102f.

¹³⁹ Bauer, Der Weg zum Sozialismus. In: Bauer Werkausgabe, Band 2 93f.

¹⁴⁰ Bauer, Der Weg zum Sozialismus. In: Bauer Werkausgabe, Band 2 125.

umgesetzt werden könnte, wenn Warenproduktion (als Möglichkeit zur Unterdrückung) absterben und kein Klassendenken mehr existieren würde.¹⁴¹

Pierre-Joseph Proudhon (1809-1865) vertrat den Mutualismus, der sowohl sozialistische (marxistische) als auch anarchistische Ansätze hatte. Dieser baute auf dem Individualismus eines jeden Menschen auf: Menschen müssten sich selbst befreien und wären keiner Obrigkeit etwas schuldig. Eine Gesellschaft sollte – ausgehend von gegenseitigen Produktionsgenossenschaften und der Verallgemeinerung von privatem Eigentum – ein abgestuftes System von Föderationen und Kommunen darstellen, in welchem individuelle Freiheit entfaltet werden sollte.¹⁴²

Proudhons Vorstellungen waren aber nicht mit dem Marx'schen Kommunismus vereinbar: Er verwarf alle Ideen, die auf einen Staatssozialismus hinausliefen und wollte auch keinen zentralistischen Staat. Stattdessen sollten alle Arten von Monopolen, Zentralisierungen und Autoritäten aufgelöst werden. Die Forderungen waren dabei auch explizit anti-klerikal, denn die Kirche wäre neben Staaten die größte Autorität, der Menschen sich beugen müssten: Der Mensch sollte sich auf den Kampf gegen Gott besinnen und seine eigene Schöpferkraft akzeptieren. Proudhon war also der Ansicht, dass ein Volk sich selbst regulieren sollte, gab ihm aber keine kollektive Persönlichkeit, denn Kollektivismus würde auf lange Sicht immer Autoritarismus erzeugen.¹⁴³

Bauer orientierte sich auch hier eher an Marx als an Proudhon, obwohl doch auch einige Similaritäten zu erkennen sind: Das Konzept des Mutualismus ist in Bauers Ausarbeitung des ‚neuen Menschen‘ teilweise zu erkennen. Dieser sollte keine Autoritäten und keine Religionen kennen und individuell maximal frei sein. Was Bauer und Proudhon aber trennt, ist das Gesellschafts- und Staatsverständnis. Bei Bauer war zwar auch Kritik an Staaten vorhanden ist, dies galt aber nur bezüglich des Staates, wie er existierte; der ideale, demokratische, sozialistische Staat wäre dem abgestuften System Proudhons überlegen.¹⁴⁴

Ausgehend von Proudhon entwickelten sich drei Formen des Anarchismus: Der kollektivistische Anarchismus von **Michael Bakunin** (1814-1876), der kommunistische

¹⁴¹ Peter *Autengruber*, Sabine *Lichtenberger*, Geschichte der Sozialdemokratie und anderer politischer Strömungen der ArbeiterInnenbewegung bis 1945 (Wien 2016) 20f.

¹⁴² Gerhard *Botz*, Gerfried *Brandstetter*, Michael *Pollak*, Im Schatten der Arbeiterbewegung. Zur Geschichte des Anarchismus in Österreich und Deutschland (Wien 1977) 17f.

¹⁴³ *Ottmann*, Geschichte des politischen Denkens Bd.3 Tbd.3 202-205.

¹⁴⁴ *Saage*, Bauer. Ein Grenzgänger 126f.

Anarchismus – als späterer Ableger des kollektivistischen - von **Pjotr Kropotkin** (1842-1921) und der Syndikalismus.

Bakunins Anarchismus startete in Russland und wurde aufgrund seiner Reisen in ganz Europa diskutiert. Grundsätzlich hielt er der damaligen russischen Gesellschaft den Spiegel vor und forderte exakt das Gegenteil des Status Quo: Der Mensch sollte frei und nicht abhängig von Autoritäten sein, Herrschaft sollte beseitigt werden und Glaube sollte durch Nihilismus ersetzt werden.¹⁴⁵

Aufgrund seines revolutionären Gedankenguts zog er früh den Zorn des Zaren auf sich und musste deswegen aus Russland fliehen. Er reiste durch Europa und gewann dadurch zahlreiche Anhänger*innen. Seine Gegner*innen kritisierten Bakunin vor allem aufgrund seines Negativismus: Sie unterstellten ihm, dass er nur Probleme ansprechen würde, ohne adäquate Lösungen vorzustellen; seine Antwort auf alles wäre lediglich Revolution. Erst 1870 wurde für viele klar, was Bakunins oberster Angriffspunkt war: Die Religion bzw. ihre Institutionen, denn deren Erfolg wäre lediglich auf die Unterdrückung von Menschen zurückzuführen, weil leidende Menschen gewillter wären, ihr Leib und Leben einem höheren Etwas zu geben. Die Kirche würde daher aktiv Unterdrückung fördern, um nicht bedeutungslos zu werden. Intellektuelle Selbstbestimmung der Menschen könnte somit nie erreicht werden, wenn die klerikalen Strukturen nicht gebrochen werden würden.¹⁴⁶

Was Marxismus und Anarchismus vorerst aber trennte, war der Streit zwischen Marx und Bakunin während der Ersten Internationalen Arbeiterassoziation (1864 gegründet und 1876 aufgelöst). Die Erste Internationale hatte politisch zwar wenig Einfluss, war aber für das Erstarken der Arbeiterbewegung entscheidend mitverantwortlich. Was intern aber zu Zwist führte, war, dass alle Denkrichtungen des Sozialismus – die teils im Gegensatz zueinanderstanden – gleichsam in der Internationalen teilhaben konnten. Dies führte zum internen Streit zwischen den revolutionären Anarchist*innen und den Marxist*innen, der mit dem Ausschluss der Gruppe unter Bakunin endete.¹⁴⁷

Kropotkin fand zum Anarchismus Bakunins, als er feststellte, dass Hierarchien dort keine Rolle spielten. Wie Bakunin kritisierte auch Kropotkin die Unterdrückung durch Autoritäten; er

¹⁴⁵ Ottmann, Geschichte des politischen Denkens Bd.3 Tbd.3 211.

¹⁴⁶ Ottmann, Geschichte des politischen Denkens Bd.3 Tbd.3 212, 216f.

¹⁴⁷ George Lichtheim, Kurze Geschichte des Sozialismus (München 1975) 147-149.

näherte sich der marxistischen Lehre aber an, indem er der Ansicht war, dass in einem kommunistischen Staat autoritäre Strukturen am besten verhindert werden könnten. Sein Kommunismus fußte aber auf Solidarität – der ideale Staat wäre also keine Gesellschaft, sondern eine Gemeinschaft. Dabei müsste so ein Staat aber recht klein und bevölkerungsarm sein. Kropotkin setzte dabei auf Bräuche und Traditionen, die eine Gemeinschaft zusammenhalten/solidarisieren sollten. Zudem wollte er – im Gegensatz zu Bakunin – Religion nicht gänzlich abschaffen, sondern nur die Aspekte eines Glaubens, die Unterdrückung verherrlichen bzw. umsetzen wollen würden.¹⁴⁸

Prinzipiell war Kropotkin aber friedlich eingestellt: Revolution sollte es nur dann geben, wenn es unausweichlich wäre, um autoritäre Strukturen zu brechen (wer dies aber entscheiden sollte, wurde nicht genauer beschrieben) und Klassenkampf bzw. Massenstreiks sollten das letzte Mittel sein, um Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. Anarchismus war für ihn deswegen nur ein Mittel des Machterwerbs: Sollten einmal herrschaftslose und unterdrückungslose Strukturen in einem Staat vorhanden sein, wäre es leichter die gewünschte Gemeinschaft nach kommunistischem Vorbild umzusetzen.¹⁴⁹

Bauer und Kropotkin hatten erstaunlich viele Überschneidungspunkte, deren endgültiges Ziel unterschiedlich aber. So waren beide der Ansicht, dass ein Systemwechsel friedlich geschehen sollte; Revolution sollte nur das allerletzte Mittel sein. Trennend ist aber das, was sie unter Kommunismus verstanden. Bei Bauer war Kommunismus gleichbedeutend mit Bolschewismus und dazugehörig Revolution bzw. Gewaltanwendung (was per se nicht negativ konnotiert war, aber nach Bauer in Mittel- und Westeuropa nicht zielführend gewesen wäre), während Kropotkin unter Kommunismus eine klassenlose, herrschaftslose und mangellose Gesellschaft verstand.

Syndikalist*innen waren vereinfacht formuliert eine Kreuzung aus Anarchist*innen und Marxist*innen; sie schafften es also einen Kompromiss zwischen diesen Strömungen zu finden, was Bakunin und Marx zuvor nicht fertigbrachten. Mit Marx teilten sie den Glauben an den historischen Materialismus und das Prinzip des Klassenkampfs; mit Bakunin bzw. dem Anarchismus stimmten sie darin überein, dass auch ein sozialistischer Staat die individuelle Freiheit eines Menschen nicht zur Entfaltung bringen könnte; stattdessen sollte volle Demokratie herrschen, wobei keine sozialdemokratischen Parteien die Interessen der

¹⁴⁸ von Beyme, Theorien des Sozialismus 136f.

¹⁴⁹ von Beyme, Theorien des Sozialismus 137f.

Arbeitenden vertreten sollten, sondern Gewerkschaften. Der Klassenkampf sollte durch Streiks und Aufstände gefochten werden, mit dem ultimativen Ziel eines Generalstreiks und einer folgenden Revolution.¹⁵⁰

Im deutschsprachigen Raum war der Einfluss des Syndikalismus recht gering; seinen Höhepunkt hatte er zwischen 1900 und 1920 vor allem in Spanien, aber auch in Italien und Frankreich gab es nennenswerte Strömungen. Der schnelle Untergang war mit dem Aufkommens des leninistischen Rätesystems zu erklären, dem sich viele Syndikalist*innen ab 1917 anschlossen; dabei fielen sie dem Trugschluss zum Opfer, dass Lenin keine Diktatur planen würde – eine Staatsform, die mit dem Syndikalismus in keiner Weise vereinbar war.¹⁵¹

Was Syndikalist*innen noch maßgeblich auszeichnete, war, dass sie optimistisch gegenüber den Menschen waren bzw. dass sie davon ausgingen, dass Menschen stets das Beste für ihre Gruppe durchsetzen wollen würden. Deswegen stellten sie nicht in Frage, dass Gewerkschaften zusammen mit den Arbeitenden gerecht handeln würden und dass keine egoistischen Motive auf jeglicher Seite das System zu eigenen Vorteilen ausnutzen wollen würden. Eben dieser Optimismus war auch mitverantwortlich dafür, dass der Syndikalismus nicht lange eine ernst zu nehmende Bewegung war.¹⁵²

2.2 Demokratie

Die beiden zu behandelnden Demokratietypologien sind nach Bauer die zwei Formen, die von den größeren Parteien SDAP und CS in der Ersten Republik angewandt wurden. Dabei teilte er klar in das zu favorisierende (soziale) und in das abzulehnende Modell (libertär/opportunistisch) ein.

Libertär ist dabei der wissenschaftliche Begriff für diese Demokratiekategorie; Bauer selbst nutzte aber stattdessen oftmals opportunistisch, um den Machthunger, den er den CS zuschrieb, besser kenntlich zu machen. Dabei fügte er auch hinzu, dass opportunistische Demokrat*innen eine Demokratie nur verteidigen würden, wenn Forderungen entgegen deren Vorstellungen gemacht werden würden; jegliche andere Demokratieprinzipien, die von und für andere Parteien gemacht wurden, würden vernachlässigt werden.¹⁵³

¹⁵⁰ Theimer, Geschichte des Sozialismus 113f.

¹⁵¹ Theimer, Geschichte des Sozialismus 114f.

¹⁵² Theimer, Geschichte des Sozialismus 116f.

¹⁵³ Otto Bauer, Um die Demokratie. In: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift, Band 26 (Wien 1933). In: Bauer Werkausgabe, Band 9 309.

In Retrospektive ist aber offensichtlich, dass keines der Modelle zu 100% umsetzbar ist; Realität ist eher, dass aus beiden Formen Aspekte genommen werden, um den Staat zu lenken. Sie sind also keine statischen Modelle, die zur Gänze oder gar nicht realisiert werden können, sondern eher Idealvorstellungen gewisser Lager. So können sich soziale Demokratien in libertäre Demokratien verwandeln und umgekehrt; Katalysatoren dafür sind meistens Krisen.¹⁵⁴ Beide Typologien sind aber Unterkategorien der liberalen Demokratie, die auf Grundrechten und Verfassung gestützt ist. Gemein ist ihnen auch, dass beide dem Staat bzw. dessen Würdenträger*innen große Verantwortung zukommen lassen bezüglich der Verwaltung von Körperschaften und damit dem Wohle der Bevölkerung.¹⁵⁵

In Bauers Verständnis (teilweise auch in damaliger Realität) könnte die libertäre Demokratie aber auch autoritäre Demokratie genannt werden. In gewisser Weise ist diese Formulierung ein Oxymoron, denn die einzelnen Begriffe sollten sich in ihrem Kern gegenseitig ausschließen. Ein autoritäres Regime kann aber auch (schein-) demokratische Prinzipien weiterhin fortführen, wie bspw. Wahlen. Oftmals sind/waren solche Wahlen dann wenig aussagekräftig, weil bspw. exekutive Kräfte dafür sorgten, dass nach dem Willen der Obrigkeit gewählt werden würde, oder weil den Bürger*innen die Möglichkeit einer informierten Wahlentscheidung abgenommen wurde (bspw. durch Verbote oder Übernahme von gegnerischen Medien).¹⁵⁶

Die Einteilung einer Demokratie in soziale und libertäre Lager führte auch oftmals dazu, dass im Land Polarisierung und Spaltung vorangetrieben wurde: Meist wurde/wird dies auch dadurch sichtbar, dass nur zwei Personen/Parteien Chancen auf wahre politische Macht hatten. In Österreich war dies in der Ersten Republik zu sehen, da nur SDAP und CS reelle Chancen hatten, den Kanzler bzw. den Präsidenten zu stellen; dies ist aber auch heute noch bspw. in den USA zu beobachten, dass ein Land quasi zweigeteilt ist, aufgrund der unterschiedlichen Demokratie- bzw. Staatsvorstellungen der beiden Lager.¹⁵⁷

Es gab aber auch frühere Forderungen eines Demokratieprinzips, welche weder sozial noch libertär, sondern irgendwo dazwischen zu verorten waren. Darunter fielen bspw. die Forderungen von Lorenz von Stein (1815-1890). Er sprach zwar von Sozialer Demokratie (und

¹⁵⁴ Thomas Meyer, *Theorie der Sozialen Demokratie* (Wiesbaden 2011) 537f.

¹⁵⁵ Thomas Meyer, *Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung* (Wiesbaden 2009) 100.

¹⁵⁶ Samuel Salzborn (Hg.), *Handbuch Politische Ideengeschichte. Zugänge – Methoden – Strömungen* (Stuttgart 2018) 270f.

¹⁵⁷ Manfred G. Schmidt, *Demokratietheorien* (Wiesbaden 2025) 262.

prägte den Begriff essenziell), hatte aber auch autoritäre Vorstellungen, welche eher libertär zu verorten waren. So vertrat Stein ein Konzept des Sozialen, welches nicht das Wohl aller, sondern das des einzelnen Individuums in den Vordergrund stellte. Dies begründete sich daraus, dass er der Ansicht war, dass der Staat nur das zurückgeben könnte, was ihm zuvor von der Gesellschaft gegeben worden war. Somit würden die, die dem Staat mehr gegeben haben, auch mehr zurückbekommen.¹⁵⁸

Der Staat müsste den Menschen zusätzlich individuelle Freiheiten ermöglichen; dies würde zwar zwangsläufig Ungleichheiten schaffen, was nach Stein aber nicht verwerflich war, sondern natürlich. Die, die durch die individuellen Freiheiten dazu imstande waren ein Vermögen aufzubauen, sollten demnach nicht dafür bestraft werden, dass dies anderen nicht gelang. Stattdessen sollte hier wieder der Staat dafür sorgen, dass die ‚Unteren‘ genug haben, um zu überleben und unter Umständen auch, dass diese durch die Freiheiten imstande sind, sich selbst etwas aufzubauen.¹⁵⁹

Bezüglich den Freiheiten war Stein im Einklang mit der Sozialen Demokratie der österreichischen Sozialdemokratie. Was letztere aber nicht begrüßte, war die Akzeptanz der Ungleichheiten, welche ein Markenzeichen des abzulehnenden, kapitalistischen Systems gewesen wären.

2.2.1 Demokratiedefinition(en) und Demokratiekriterien

Was eine Demokratie dieser Zeit noch ausmachte, wird nach Hans Kelsen definiert: *„Daher gehört zum Lebensprinzip jeder Demokratie (...) die geistige Freiheit, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, das Prinzip der Toleranz und insbesondere die Freiheit der Wissenschaft in Verbindung mit dem Glauben an die Möglichkeit ihrer Objektivität.“*¹⁶⁰ 1955 präzierte Kelsen diese Definition mit dem Zusatz, dass Pressefreiheit explizit auch zu den Demokratiekriterien hinzuzufügen gewesen wäre – zuvor wurde dies nur bei der Meinungsfreiheit impliziert.¹⁶¹ Kelsen war in der Ersten Republik maßgeblich staatstragend: Er gilt als Architekt der Verfassung von 1920 (und wirkte bei deren Überarbeitungen mit) und beriet zahlreiche Rechtsausschüsse des Parlaments. Parteipolitisch konnte er keiner Partei wirklich zugeordnet werden (er unterhielt Kontakte mit bspw. Renner und Seipel), was ihn zu einem geeigneten Vermittler machte.¹⁶²

¹⁵⁸ Stefan Koslowski (Hg.), Lorenz von Stein und der Sozialstaat (Baden-Baden 2014) 25.

¹⁵⁹ Koslowski (Hg.), Lorenz von Stein 24f.

¹⁶⁰ Hans Kelsen, Staatsform und Weltanschauung (Tübingen 1933) 14.

¹⁶¹ Horst Dreier, Kelsen im Kontext. Beiträge zum Werk Hans Kelsens und geistesverwandter Autoren, hg. Matthias Jestaedt, Stanley L. Paulson (Tübingen 2019) 85.

¹⁶² Thomas Olechowski, Hans Kelsen. Biographie eines Rechtswissenschaftlers (Tübingen 2021) 923.

Ob die Demokratiekriterien Kelsens von den Parteien der Ersten Republik tatsächlich umgesetzt wurden, soll hier nicht zur Debatte stehen. Stattdessen soll erörtert werden, welche Bedeutung Bauer diesen Kriterien zuschrieb und wie sie Anwendung fanden.

Pressefreiheit

Bauer hielt die Pressefreiheit für eines der größten Güter einer Demokratie, da die Regierung sich ohne sie vor dem Volk nicht verantworten müsste. Presse (in diesem Kontext hauptsächlich oppositionelle Presse) hätte demnach die Verantwortung, die Fehler der Regierung aufzudecken. Sollte sie dieser Verantwortung nicht nachkommen (können), wäre die Mehrheit des Volks nicht mehr am Regierungsprozess beteiligt und die Machthabenden könnten diktatorisch regieren.¹⁶³

Die Presse wäre dementsprechend ein Mittel der Parteien, um die ‚Seele der Volksmehrheit‘ zu gewinnen. Deren Unabhängigkeit müsste aber auch bei jeglichen Umstürzen gewahrt werden: *„Wir werden es [die Demokratie erobern] tun müssen unter voller Aufrechterhaltung aller jener bürgerlichen Freiheiten, der Freiheit des Wortes und der Schrift, der Versammlung, der Presse, die die Basis der Demokratie sind. Denn, Genossen, nur solange wir auf diese Weise handeln, besteht die Gewähr, daß die Regierung, die das Proletariat einsetzt, auch wirklich der von der Arbeiterklasse geführten Volksmehrheit verantwortlich bleibt und entsprechend handeln muß. (...) Nur diese Freiheiten garantieren, daß das Proletariat teilnimmt an dem Aufbau des proletarischen Sozialismus; sowie wir die Freiheitsrechte zerstören, ist diese Garantie im höchsten Maße gefährdet.“*¹⁶⁴

Die Freiheiten, die eine Demokratie ausmachen würden, müssten demnach immer garantiert werden, denn diese würden es der Gesellschaft ermöglichen, die Regierung kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls abzusetzen. Demokratie könnte ohne Pressefreiheit nicht funktionieren.

Glaubens- bzw. Religionsfreiheit

Glaube und Religion fanden im politischen Denken Bauers recht wenig Beachtung. Unter den Austromarxist*innen übernahm die Bearbeitung dieses Themas eher Max Adler. Dies lag

¹⁶³ Rebhan, Demokratie ohne Demokraten 164.

¹⁶⁴ Otto Bauer, Rede am Linzer Parteitag der SDAP (30.10.-03.11.1926). In: Bauer Werkausgabe, Band 5 417f.

einerseits natürlich daran, dass die katholische Kirche explizit die CS-Partei unterstützte, und andererseits daran, dass das Konzept Glaube in Bauers Leben keine Rolle einnahm.¹⁶⁵

Bauer sagte über sich selbst, dass er als Intellektueller Religion nicht nachvollziehen könne, da sie empirisch und argumentativ nicht erschlossen werden könne. Zusätzlich wäre die Kirche bzw. deren Funktionäre eine ausbeuterische und herrschende Klasse. Ähnlich wie der Anarchist Bakunin, vertrat Bauer also die Meinung, dass die Kirche Hierarchien und daraus folgend Ungleichheiten akzeptieren und sogar fördern würde.¹⁶⁶

Bauer hatte im Kern also kein Problem mit dem grundsätzlichen Konzept einer Religion; wie sie sich weltlich hingegen präsentierte, verstieß gegen Bauers Wertekompass. In der Welt, die er plante zu bilden, würde das Konzept eines Gottes aber ohnehin nicht notwendig sein, da der ‚neue Mensch‘ sich nicht an einen höheren Etwas richten müsste, damit es ihm/ihr gut geht – in seiner sozialistischen Welt wäre niemand so bedürftig, dass der einzige Ausweg die Flucht zu Mythologien wäre und gleichzeitig wäre jeder gebildet genug, um zu erkennen, dass keine Beweise für Übernatürliches existieren würden.¹⁶⁷

Dass Religionsfreiheit gelten sollte, stand für Bauer also nie zur Debatte; auch sollten Menschen gläubig sein dürfen, dies aber nur im privaten Raum: Bauers Anti-Klerikalismus richtete sich nur gegen die Institutionen, die aus der Religion entstanden sind, nicht gegen die Religion selbst. Im eigenen Haus könne jede*r an das glauben, was er/sie für richtig hält, solange diese Ideologie nicht dafür genutzt wird, andere Menschen zu indoktrinieren und in Klassen einzuteilen.¹⁶⁸

2.2.2 Soziale Demokratie – als Konzept der SDAP

*„Das Prinzip der sozialen Demokratie ist demnach das allgemeine Stimmrecht für die Verfassung, die Aufhebung der gesellschaftlichen Abhängigkeit in der arbeitenden Klasse für die Verwaltung. In der sozialen Demokratie ist die Konstitution daher das demokratische, die Administration das soziale Element.“*¹⁶⁹

Soziale Demokratie und der schon behandelte politische Sozialismus haben viele Überschneidungspunkte, da diese Demokratieform hauptsächlich von den Parteien gefordert

¹⁶⁵ Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus 524-526.

¹⁶⁶ Otto Bauer, Proletariat und Religion, Leitartikel in Der Kampf (1908). In: Otto Bauer Werkausgabe, Band 8 141-143.

¹⁶⁷ Bauer, Proletariat und Religion. Otto Bauer Werkausgabe, Band 8 143f.

¹⁶⁸ Bauer, Proletariat und Religion. Otto Bauer Werkausgabe, Band 8 148f.

¹⁶⁹ Hanno Rebhan, Entwicklung zur Demokratie in Österreich. Verfassung, Kampf um Gleichstellung und Demokratiedebatten in der Habsburgermonarchie (1867-1918) (Marburg 2014) 198.

wurde, die die Arbeiter*innenbewegung unterstützten bzw. aus dieser hervorgingen. Dementsprechend trat jede sozialdemokratische Partei für eine bestimmte Form der Sozialen Demokratie ein; oftmals mit Überschneidungen zu anderen Parteien, manchmal aber auch mit gänzlich eigenen Forderungen – abhängig von der Realsituation im eigenen Land.

Die erste Demokratiedefinition der österreichischen Arbeiter*innenbewegung ist 1868 zu finden, als auf dem V. Arbeitertag ein Manifest einstimmig angenommen wurde, welches besagte, dass das Ziel die Errichtung eines demokratischen Staates wäre, wobei die Basis dessen das allgemeine, direkte Wahlrecht sein müsste. Das ganze Volk (auch Frauen) müsste proportional in den legislativen Körperschaften vertreten sein, sodass es den Arbeiter*innen möglich ist, die Produktion selbst zu übernehmen und nicht mehr von Hungerlöhnen der kapitalistischen Arbeitgeber*innen abhängig zu sein. Zusätzlich müssten in einer Demokratie noch vollständige Rede-, Schrift-, Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheiten etabliert werden. Demokratisierung nach sozialem Konzept wäre demnach nur dann zu erreichen, wenn die Arbeiter*innen sich emanzipieren, den Kapitalismus überwinden und die Herrschaftsmängel kippen würden.¹⁷⁰

Die österreichische Arbeiterschaft sah der republikanischen Zukunft zwar positiv entgegen, jedoch gab es auch einige Zweifelnde, die sich nicht sicher waren, ob dieses langfristig erhalten bleiben könnte. Das war auch an Parodien auf die Kaiserhymne zu erkennen: „*Gott erhalt, Gott beschütz / Unsern Renner, unsern Seitz / Und erhalt – man kann nie wissen / Auch den Kaiser in der Schweiz!*“¹⁷¹ Sollte sich also herausstellen, dass die Parteien und ihre zugehörigen Politiker*innen nicht imstande wären, ein Land zu führen, sollte eine Rückkehr zur Monarchie nicht gänzlich ausgeschlossen werden.¹⁷²

Dadurch dass mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für alle Bürger*innen eine der essenziellsten Forderungen der Sozialdemokratie mit der Etablierung der Republik umgesetzt wurde, brauchte die Partei neue Anknüpfungspunkte, um diese in ihr Programm zu nehmen. Sie blieb dabei, dass ihre Politik vor allem ihren Klientelen (also hauptsächlich den Arbeiter*innen) dienen sollte; ihr war aber auch bewusst, dass andere Wähler*innengruppen erschlossen werden sollten, wenn ein demokratischer Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft geschehen

¹⁷⁰ Rebhan, Entwicklung zur Demokratie 199f.

¹⁷¹ Gröller, Seitz 39.

¹⁷² Gröller, Seitz 38f.

sollte.¹⁷³ Über den Weg zur Erschließung neuer Wähler*innengruppe, gab es in der Führungsriege der SDAP aber Uneinigkeit, weswegen ein Wandel nie wirklich vonstattenging: Bauer wollte durch rigorose Aufklärung den ‚neuen Menschen‘ schaffen, der sozialistisch denken würde, während Renner durch Mäßigung, Kooperation und konstruktive Kritik den Menschen zeigen wollte, dass die SDAP den anderen Parteien überlegen wäre.¹⁷⁴

2.2.3 Libertäre Demokratie – als Gegenkonzept der CS

Eine libertäre Demokratie ist dadurch gekennzeichnet, dass der Staat demokratisch-rechtsstaatlich aufgebaut ist; die sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse werden aber als Privatsphäre angesehen, in die der Staat nicht eindringen sollte. Das Resultat dessen sollte sein, dass eine freie Marktwirtschaft herrscht, wo jede Person selbst ihr Privateigentum erarbeiten muss.¹⁷⁵

Ein Vorwurf Bauers an diesem Modell war der minimalistische Ansatz: Hierbei wären bspw. Menschenrechte oder der Rechtsstaat keine essenziellen Notwendigkeiten in einer Demokratie. Stattdessen würde eine Partei stets auf die ‚Nachfrage‘ reagieren. Die Programmatik der Partei würde sich demnach nur danach richten, was die größten Geldgeber*innen verlangen würden, und nicht danach, was für die Allgemeinheit von Vorteil wäre.¹⁷⁶

Der Demokratietheoretiker Joseph Schumpeter (1883-1950) beschrieb dieses minimalistische Demokratiemodell aber als realistisch, da der Kern der Demokratie dadurch erfüllt werden würde. Der Kern wären dabei die gleichen, freien und geheimen Wahlen. Die Zivilgesellschaft dürfte während einer Legislaturperiode aber keinen Einfluss auf die Regierung ausüben, um Korruption vorzubeugen. Dieses Modell würde der Regierung also große Macht (Autorität) zukommen lassen und würde sich auf die Kompetenz und die Unbestechlichkeit der Machthabenden verlassen.¹⁷⁷

Ignaz Seipel

Ein autoritäres Demokratiekonzept der CS war schon vor der Ausrufung der Republik Deutschösterreichs zu beobachten: Seipel bzw. viele der CS-Würdenträger*innen dieser Zeit bekannten sich zwar zum Demokratieprinzip, sahen sich aber nicht als Republikaner:

¹⁷³ Saage, Bauer. Ein Grenzgänger 16f.

¹⁷⁴ Saage, Bauer. Ein Grenzgänger 149f., 152.

¹⁷⁵ Meyer, Was ist Demokratie? 100.

¹⁷⁶ Wolfgang Merkel (Hg.), Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie (Wiesbaden 2015) 10.

¹⁷⁷ Merkel, Demokratie und Krise 10f.

*„Insbesondere erachte ich [Seipel] eine weitgehende und aufrichtige Demokratisierung der Staatseinrichtungen für eine Forderung der Gerechtigkeit. Dass Demokratie und Republik nicht dasselbe sind, weiß jeder Verständige. (...) Mir ist, ganz dem Ursprung der Kaiseridee entsprechend, der Kaiser der erste und berufenste und – soweit es sich um unseren Kaiser handelt – auch der bewährteste Volkstribun.“*¹⁷⁸

Seipels positive Haltung bezüglich monarchischer Strukturen war auch auf seine Rolle in der katholischen Kirche zurückzuführen, die von einem ‚Sacrum Imperium‘ träumte, also einem christlichen Reich unter dem Schirmherrn (Kaiser).¹⁷⁹

Eine Wende vollzog Seipel ab dem 9. November 1918, – dem Tag, an dem in Deutschland die Republik ausgerufen wurde – denn, um ein Sacrum Imperium erreichen zu können, wäre eine Union mit dem deutschen Reich von Vorteil - und um dies zu erreichen, müsste Österreich selbst Republik sein. Seipel teilte also mit der Sozialdemokratie den Wunsch eines Anschlusses an Deutschland, aber aus gänzlich anderen Gründen: Die Sozialdemokraten waren der Ansicht, dass in einer großen Republik die Ziele der Arbeiterbewegung leichter durchzusetzen wären, während Seipel die Chance einer wiedererstarkenden Monarchie (aber mit demokratischeren Strukturen) durch den Anschluss witterte (zusätzlich zweifelten beide Parteien aber auch daran, dass dieses zerkleinerte Österreich überhaupt lebensfähig wäre).¹⁸⁰

Rudolf Ramek

Rudolf Ramek (1881-1941; Kanzler von 1924-1926) vertrat teils gegensätzliche Demokratiekonzepte zu Seipel: Er war von Beginn der Republik an demokratisch eingestellt, er lehnte die gewaltbereite Heimwehr (sowie auch den Schutzbund) ab und wollte Konsens zwischen den großen Parteien finden; einen Helfer fand er dabei in Renner. Da weder Ramek noch Renner in den Parteien aber die unangefochtenen Führungsfiguren waren, war es ihnen nicht möglich, das durchzusetzen, was sie wollten – zum einen eine Konsenskoalition zwischen den verfeindeten Parteien; zum anderen die Demokratisierung verschiedener Zweige des Staates, wie bspw. Bezirken.¹⁸¹

¹⁷⁸ Ignaz Seipel, Reichspost Interview 1918, zitiert nach: Michaela Sohn-Kronthaler, Markus Zimmermann (Hg.), Ignaz Seipel (1876-1932). Im Spannungsfeld von Kirche, Partei und Politik (Wien 2024) 97.

¹⁷⁹ Sohn-Kronthaler, Zimmermann (Hg.), Ignaz Seipel 100.

¹⁸⁰ Sohn-Kronthaler, Zimmermann (Hg.), Ignaz Seipel 100-103.

¹⁸¹ Reinhard Krammer, Christoph Kühberger, Franz Schausberger (Hg.), Der forschende Blick. Beiträge zur Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert. Festschrift für Ernst Hanisch zum 70. Geburtstag (Wien/Köln/Weimar 2010) 186, 201, 221.

Schon 1919 vor der Wahl bekannte sich Ramek unerschütterlich zur Republik und forderte seine Wähler*innen auf, dieser Staatsform eine Chance zu geben, da niemand Interesse haben sollte, die Monarchie wieder zu errichten, da in dieser: „*unser christliches Volk in skrupellosester Weise ausgesaugt und begaunert wurde.*“¹⁸² Rameks Rhetorik gegenüber der Monarchie war der Bauers nicht unähnlich – lediglich die anzusprechenden Personen unterschieden sich aufgrund deren Klientelen. Aber sie waren sich einig darüber, dass in der Monarchie das ‚einfache Volk‘ zu leiden gehabt hätte – ob dies nun Christ*innen oder Arbeiter*innen waren. Ramek bekannte sich zwar zur Republik, bei der Frage nach der Demokratieform orientierte er sich aber stark an Seipel: Demokratie nach kirchlichem Vorbild, in welchem Auslese (Hierarchien) und ein starke, autoritäre Führungsfigur entscheidend waren. Es sollte also keine rein abstimmende Demokratie sein, sondern eine Demokratie der Verantwortung.¹⁸³

Die Führungsfigur an der Spitze des Staates sollte aber kompetente Menschen finden, um mit ihnen zusammenzuarbeiten (auch bzw. explizit gegnerische Politiker*innen sollten dabei inkludiert werden). Zusätzlich sollte stets der Bezug zu den Wähler*innen gewahrt werden, die ihre Meinung zu geplanten Gesetzesentwürfen einbringen können sollten, aber schlussendlich kein Veto oder ähnliches hätten.¹⁸⁴

Sowohl Ramek als auch Seipel setzten sich zusätzlich sehr stark für den Föderalismus ein. Dies mag einerseits damit erklärt werden können, dass beide in Landesparteien politisch sozialisiert wurden; wahrscheinlicher lag es aber daran, dass eine zentralistische Führung aus dem Roten Wien verhindert werden sollte. Ramek war zwar auf Konsens aus, wenn die Sozialdemokraten aber von Wien aus alle Bundesländer lenken hätten können, hätte dies den Untergang für die christliche Bevölkerung dargestellt.¹⁸⁵

Verfechter*innen der Sozialen Demokratie wollten zu diesem Zeitpunkt also eine Etablierung der republikanischen Demokratie aber auch einen Anschluss an Deutschland, um diesem Demokratieprinzip eine lautere Stimme zu geben. Währenddessen waren Libertäre Demokrat*innen unentschlossener dahingehend, ob nicht doch eine Monarchie vorteilhafter wäre, da sich das gemeine Volk als alleiniges Souverän nicht eignen würde – dabei würde der Monarch aber trotzdem (zumindest im Verhältnis zu davor) einiges an Macht verlieren.

¹⁸² Rudolf Ramek, Artikel in Salzburger Chronik, 21.01.1919. Zitiert nach: Franz Schausberger, Rudolf Ramek (1881-1941). Konsenskanzler im Österreich der Gegensätze (Wien/Köln/Weimar 2017) 58.

¹⁸³ Schausberger, Ramek 39.

¹⁸⁴ Schausberger, Ramek 61.

¹⁸⁵ Schausberger, Ramek 69.

2.2.4 Bauers Demokratiebegriff in Abgrenzung zu anderen Politikern der SDAP

Zuallererst sei zu erwähnen, dass in Bauers sozialistischem Denken kein Staat (zumindest nicht in der Art und Weise, wie er damals und heute verstanden wurde) existieren sollte. Der Staat war für ihn ein ‚säkulares Kunstprodukt‘, welches von autonomen Menschen gebildet wurde, um andere Menschen kontrollieren zu können. Eine Gesellschaft bräuchte folglich keine Obrigkeit, würde der Unterdrückung aber aus Mangel an Optionen unfreiwillig zustimmen.¹⁸⁶ Bauer war aber auch realistisch genug, um zu erkennen, dass dies keine mehrheitsfähige Auffassung war und versuchte den Staat stattdessen so umzubauen, dass er so nah wie möglich an seine Idealvorstellungen kommen konnte.

Den Übergang von Monarchie zu Republik wurde von Bauer als erstrebenswert erachtet, wobei es noch genügend Problematiken gab, die angegangen werden müssten: Die politische Umgestaltung war geschlagen, die soziale blieb aber noch aus. Das heißt, dass die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeiterschaft durch Kapitalist*innen noch nicht überwunden worden war. Eine Gleichberechtigung aller Menschen wäre mit dem Wahlrecht und den republikanischen Strukturen auf dem Papier zwar erreicht, die Benachteiligungen bei den Produktionsprozessen wären aber weiterhin so präsent wie zu Monarchiezeiten.¹⁸⁷

Bauer berief sich zum Teil auf von Stein, wenn er davon sprach, dass die Freiheiten in einer liberalen Demokratie so ausgenutzt werden, dass damit jede Art von staatlichem Zwang gekippt werden sollte: Bauer trete: *„als der Verfechter der Freiheit des einzelnen Arbeiters und der einzelnen Arbeitergruppen gegen die Staatsgewalt auf.“*¹⁸⁸

Demokratie selbst definierte Bauer (nach Vorbild der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung 1776) als: *„das System des Regierens im Einvernehmen mit den Regierten.“*¹⁸⁹ Dieses Einvernehmens-System wäre in Österreich aber nur auf dem Papier gegeben; die Realität würde zeigen, dass Wahlen als einziges Mittel der Volksstimme nicht ausreichen würden, denn in der vierjährigen Legislaturperiode hätte das Volk keine Möglichkeit sich in die Regierungsgeschäfte einzumischen. Dies würde die Regierung dazu einladen, nur Politik für die Bourgeoisie zu machen und die Arbeiterschaft zu unterdrücken.¹⁹⁰

¹⁸⁶ Saage, Bauer. Ein Grenzgänger 126f.

¹⁸⁷ Otto Bauer, Der Weg zum Sozialismus. In: Bauer Werkausgabe, Band 2 91.

¹⁸⁸ Bauer, Bolschewismus oder Sozialdemokratie? (Wien 1920). In: Bauer Werkausgabe, Band 2 329.

¹⁸⁹ Otto Bauer, Die österreichische Revolution (Wien 1923). In: Bauer Werkausgabe, Band 2 731.

¹⁹⁰ Bauer, Die österreichische Revolution. In: Bauer Werkausgabe, Band 2 731f.

Diesem politischen Demokratiesystem (libertär), in welchem das Volk kaum in den Regierungsgeschäften involviert war, stellte Bauer die funktionelle Demokratie (sozial) entgegen: Dabei müsste die Regierung bei jeder Entscheidung mit der organisierten Gesamtheit der von einem Gesetz/einer Handlung betroffenen Gruppe (in Berufe oder Betriebsstätten eingeteilt) kooperieren. Alle Menschen bzw. Repräsentant*innen dieser müssten also bei Entscheidungen, die sie betreffen, involviert sein und mitentscheiden.¹⁹¹

Die Regierung aus CS und Deutschnationalen bzw. die Bourgeoisie hätte diese Demokratieform als ‚schleichenden Bolschewismus‘ verunglimpft; dabei wäre diese Form die einzige gewesen, die den Namen Demokratie überhaupt verdient hätte, denn sie hätte wirklich das ganze Volk mitbestimmen lassen: *„In Wirklichkeit war es nicht nur eine Vertiefung des demokratischen Gedankens der Regierung im Einvernehmen mit den Regierten, war es nicht nur die legale Form der Machtübung und Machterweiterung der Arbeiterklasse, war es nicht nur die Rettung des Landes vor der Gefahr blutiger Katastrophe. Es war mehr. Es war das gewaltigste Mittel der Selbsterziehung der Massen. Es war das Mittel zur völligen Umwälzung des Verhältnisses der Massen zum Staat.“*¹⁹²

An dieser Aussage sind die Vermischung der Sozialismus- und Demokratiebegriffe Bauers zu erkennen: Während sein Sozialismus (in Anlehnung an Marx) auf die Diktatur des Proletariats hinauslief, stellte er hier vor, wie dies demokratisch erreicht werden sollte (durch maximale Inklusion). Auch ist zu erkennen, wie der ‚neue Mensch‘ gebildet werden sollte: Durch direkte Teilhabe am demokratischen System, sollten die Menschen erkennen, dass Sozialismus der Weg wäre, der es ihnen ermöglichen würde, ohne Unterdrückung und Ausbeutung zu leben.

Karl Seitz

Karl Seitz (1869-1950) war der Vorsitzende der SDAP über die gesamte Erste Republik hinweg (nachdem Victor Adler im November 1918 verstorben war). Deswegen war es auch er, der die Gesetze und Forderungen der SDAP bezüglich demokratischen Strukturen (mit-) vorgab. Zusätzlich war er auch (Co-)Vorsitzender der Nationalversammlung und Interimspräsident bis zu ersten Präsidentschaftswahl 1920.¹⁹³

Als interimistischer Staatspräsident pochte Seitz vor allem darauf, dass die Macht eben seines Postens reduziert werden sollte (dabei war er mit Bauer einer Meinung), da die Möglichkeit

¹⁹¹ Bauer, Die österreichische Revolution. In: Bauer Werkausgabe, Band 2 732.

¹⁹² Bauer, Die österreichische Revolution. In: Bauer Werkausgabe, Band 2 733.

¹⁹³ Gröller, Seitz 38-41.

einer Alleinherrschaft jeglicher Art verhindert werden sollte. Der Präsident sollte demnach nur ein Repräsentant der jeweiligen Regierung sein und größere Entscheidung nur dann treffen können, wenn ihm dies von der Regierung aufgetragen werden würde.¹⁹⁴

Schon zu Monarchiezeiten sollte ein großer Punkt von Seitz' Politikverständnis aber klar werden: Als ihm 1905 im Wahlrechtskabinett ein Platz angeboten wurde, lehnte er dies ab, da ein Ministerposten mit den Idealen der Sozialdemokratie nicht zu vereinbaren wären.¹⁹⁵ Seitz war also bereit dazu auf Macht zu verzichten, um die Durchsetzung seiner Ziele nicht zu gefährden. Demokratie wäre demnach nicht durch die Taten einzelner Politiker*innen zu festigen, sondern durch die richtigen Politiker*innen auf den richtigen Posten. Es sollten also die Besten und nicht die Mächtigsten, Reichsten oder Einflussstärksten das Volk vertreten; deren Rollen sollten zusätzlich auch von deren Kompetenzen abhängen. Seitz war folglich auch auf Bauers Seite (im Gegensatz zu Kanzler Renner), als dieser 1919 den Außenministerposten aufgab, weil er der Ansicht war, dass er nichts erreichen könnte, was seinen sozialistischen Idealen entsprechen würde und deswegen nicht der richtige Mann für den Posten gewesen wäre.¹⁹⁶

Demokratie würde nach Seitz (und teils auch nach Bauer) also davon leben, dass die richtigen Personen die richtigen Ämter besetzen. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, (was seiner Meinung nach ab 1920 die gesamte Erste Republik lang so war) dann müsste es eine starke Opposition geben, die die Fehler der Personen laut benennt, damit die Wähler*innen die Unzulänglichkeiten der angesprochenen Politiker*innen wahrnehmen und zukünftig andere Wahlentscheidungen treffen.¹⁹⁷

Die ‚wahre Demokratie‘ könnte aber nur dann etabliert werden, wenn deren Gegner*innen verschwinden würden bzw. klein gehalten werden würden. Damit meinte Seitz quasi alle anderen Parteien der Ersten Republik: Damit die CS keine Monarchie oder unliebsame Demokratieformen einführen könnten, müsste die SDAP die CS in der Koalition in jeder Hinsicht dominieren; kleinere Parteien wie die Deutschnationalen oder die Kommunisten müssten politisch so klein gehalten werden, dass die Möglichkeiten für etwaige geplante Umstürze minimiert werden würden.¹⁹⁸

¹⁹⁴ Gröller, Seitz 39.

¹⁹⁵ Alexander Spritzendorfer, Karl Seitz. Bürgermeister des Roten Wien. Eine Biografie (Wien 2023) 98.

¹⁹⁶ Spritzendorfer, Karl Seitz 99f.

¹⁹⁷ Hanisch, Der große Illusionist 214f.

¹⁹⁸ Rebhan, Demokratie ohne Demokraten 85.

Sein demokratisches Staatsverständnis berief sich also stark auf die Prozesse und die Institutionen, welche den Staat am Laufen hielten, sowie die Personen, welche dies organisierten und repräsentierten. Die Vorstellung eines Übergangs zu einer sozialistischen Gesellschaft, in welchem kein Staat mehr benötigt werden würde, war bei Seitz aber nicht zu erkennen. Dies war am besten durch seine Tätigkeit als Bürgermeister im Roten Wien ab 1923 zu sehen: Er fokussierte sich klar auf soziale Politik (bspw. sozialen Wohnungsbau, Schulbildung), (radikal-) sozialistische Forderungen nach Bauers Konzepten (wie bspw. die Sozialisierung von Industriezweigen oder eine Verteilungsgerechtigkeit, bei welcher die Reichen ihr Vermögen drastisch verkleinern hätten müssen) setzte er aber nicht um.¹⁹⁹

Karl Renner:

Renner (1870-1950) startete seine politische Karriere – wie Bauer – am linken Rand der SDAP. Durch seine Nähe zu kaiserlichen Politikern entfremdete er sich aber zusehends von den marxistischen Genoss*innen wie Bauer oder Friedrich und Victor Adler, welche sich nicht darauf verließen, dass Renner tatsächlich ihren Wertekompass teilte. Zwischen Bauer und Renner entstand ein Riss, welcher dem von Lassalle und Marx Jahrzehnte zuvor nicht unähnlich war: Renner propagierte, dass Kooperation und nicht Konfrontation mit politischen Gegner*innen langfristig dem Wohl der Arbeiterschaft dienen würde, während Bauer konkret handeln und sich nicht auf andere Parteien verlassen wollte, da diese egoistisch handeln würden und deswegen niemals mit den Sozialist*innen deren Forderungen umsetzen würden.²⁰⁰

Schon 1901 setzte sich Renner für die Durchsetzung von demokratischen Strukturen ein: Unter dem Pseudonym Rudolf Springer publizierte er das Werk ‚Staat und Parlament‘, in welchem er Demokratie als Mehrheitsherrschaft forderte. Minderheiten sollten dabei aber explizit Rechte gesichert werden, die es ihnen möglich machen sollten, Mehrheiten in Schach zu halten bzw. selbst zu Mehrheiten zu werden.²⁰¹ Eine soziale Gesellschaft sollte dementsprechend durch evolutionäre, gesellschaftliche Transformation etabliert werden und nicht durch Revolution, denn durch letzteres würde nie etwas Neues geschaffen werden. Damit stellte sich Renner konträr zu Marx und seinen Anhänger*innen, die in Revolution die ‚Lokomotive der Geschichte‘ sahen, also dass alles Fortschrittliche nur durch Revolutionen erreicht wurde

¹⁹⁹ *Spritzendorfer*, Karl Seitz 157-159.

²⁰⁰ Siegfried *Nasko*, Karl Renner. Zu Unrecht umstritten? Eine Wahrheitssuche (Salzburg/Wien 2016) 71f.

²⁰¹ *Nasko*, Renner 72.

(Bauer stand da zwischen den Stühlen, denn er war Revolution zwar nicht abgeneigt, befand eine gesellschaftliche Transformation zu gegebenem Zeitpunkt aber als erstrebenswerter).²⁰²

Auch Renner begrüßte den Übergang von Monarchie zu Republik (und trieb dies auch entscheidend mit voran als erster Staatskanzler der Republik bis 1920), war aber nicht so sozialismus- bzw. revolutionsaffin wie Bauer; auch die Anschlussidee war bei Renner zwar vorhanden, aber nicht so ausgeprägt (er hatte Vorstellungen von anderen Unionen, wie bspw. mit Deutschböhmen). Dies lag daran, dass er in Deutschland eine Gefahr der Übernahme durch den Bolschewismus fürchtete. Die Bolschewiki, welche die revolutionären Ansichten Lenins umsetzen wollten, waren für Renner ein Rotes Tuch – auch hier wieder im Kontrast zu Bauer, der die Entwicklungen in Russland genau verfolgte und durchaus Schnittmengen mit leninistischem Gedankengut hatte.²⁰³

Während Renners Kanzlerschaft wurde für Bauer klar, dass Ersterer keine Probleme damit hatte, sich Kapitalist*innen anzubiedern, um das zu erreichen, was er wollte. In Renners Fall wollte er Investitionen amerikanischer Kapitalist*innen explizit ermöglichen, um langfristig wirtschaftlich so dazustehen, dass Unionen mit Deutschböhmen, dem Sudetenland und Westungarn für beide Seiten von Vorteil gewesen wären. Bauer reagierte sauer und schrieb in einem Brief an Renner: *„Du liest offenbar keine ausländischen Blätter und hast daher, wie es scheint, keine Ahnung, welches Unheil Du mit manchen Redewendungen anrichten kannst.“*²⁰⁴ Bauer wollte sich einerseits nicht auf ausländische Geldgeber*innen verlassen, um das Land aufzubauen und andererseits wusste er, dass die Siegermächte des Krieges Österreich klein halten wollen würden; um das Ziel einer Union mit Deutschland also ermöglichen zu können, dürften die Mächte nicht verärgert werden durch Vorstellungen und Äußerungen wie denen Renners, dessen Pläne ein starkes Österreich vorsahen, welchem niemals ein Anschluss an Deutschland erlaubt werden würde; erst wenn klar sein würde, dass die Entente einen Anschluss an Deutschland niemals billigen würde, würden Optionen für andere Bündnisse aufkommen.²⁰⁵

²⁰² Nasko, Karl Renner 72f.

²⁰³ Nasko, Karl Renner 34-36.

²⁰⁴ Brief von Otto Bauer an Karl Renner, 02. Februar 1919, zitiert nach: Nasko, Karl Renner 37.

²⁰⁵ Leichter, Bauer 260f.

3. Die Erste Republik als Zerreißprobe für Bauers Ideenwelt: sozialistische Revolution, Klassenkampf oder demokratischer Parlamentarismus?

3.1 Gewalt

Gewalt scheint retrospektiv einer der Begriffe zu sein, der die Erste Republik mehr als alles andere prägte: Angefangen bei verbaler Gewalt zu Beginn der Republik, die zu einer Verhärtung der Fronten führte, weiterführend mit der Etablierung der paramilitärischen Organisationen Heimwehr und Schutzbund und den damit in Zusammenhang stehenden Ereignissen in Schattendorf und dem Justizpalastbrand 1927; und schlussendlich führte Gewalt auch zum Ende der Republik, als zuerst das Parlament ausgeschaltet wurde und danach ein Bürgerkrieg das Ende der SDAP einläutete und ein faschistisches Regime ermöglichte.

Dies war aber ‚nur‘ die reale Gewalt und nicht die Gewalt, die in den Köpfen vorhanden war, aber nicht umgesetzt wurde. Hierbei kommt die Person Otto Bauer wieder ins Spiel, der dem Konzept Gewalt nicht abgeneigt war, wenn sie zur Erreichung eines besseren Systems eingesetzt werden würde.

Im Laufe der Ersten Republik berief Bauer sich zeitweise auf die ‚defensive Gewalt‘, die er umsetzen müsste, um die Demokratie zu verteidigen. Die Gewalt der Arbeiterschaft würde nur auf Handlungen der CS reagieren. Die aktiven Gewaltvorstellungen, bei welchen die Arbeiterschaft zu den Waffen gerufen worden wäre, um eine sozialistische Revolution zu erzwingen, wurden in der Realität aber nicht umgesetzt.²⁰⁶

3.1.1 Soziale und politische Revolutionsfantasien

Die politische Revolution, durch welche das gesamte politische System umgeworfen werden sollte, endete 1919/20 zufriedenstellend für Bauer: Sie schaffte es die Monarchie zu verdrängen, politische Partizipation wurde vereinfacht und erweitert, das politische System wurde parlamentarisiert und auch Frauen durften nun wählen. Viele der Sozialisierungs- und Demokratisierungsforderungen Bauers aus Monarchiezeiten wurden also implementiert; die

²⁰⁶ Albers, Heimann, Saage (Hg.), Bauer: Theorie und Politik 121.

Umgestaltung der Gesellschaft war für Bauer der nächste Schritt zur sozialistischen Gesellschaft.²⁰⁷

Die sozialistische Revolution beschrieb Bauer in seinem Werk ‚Der Weg zum Sozialismus‘ von 1919 ausführlich. Er schrieb aber auch, dass eine solche Revolution das letzte Mittel sein sollte, um die Macht zu ergreifen. Die CS verstanden diesen Text Bauers aber als Drohung und agierten gegen eine solche Umwälzung des Staates, da dies für sie mindestens einen Machtverlust bedeutet hätte, wenn sie auf ihrer Demokratieauffassung bestanden hätten (womöglich sogar den Tod).

Bauers Gewaltvorstellungen waren aber nicht nur auf Sozialisierungskonzepte beschränkt: Auch die für ihn ideale Demokratie (teilweise einhergehend mit seinen Sozialisierungskonzepten) müsste – wenn nötig – gewaltsam erkämpft werden. Libertäre Demokraten bzw. deren Anhänger*innen (die Wählerschaft von CS und Großdeutschen) müssten ‚umerzogen‘ werden, damit sie das Konzept der sozialen Demokratie bzw. den sozialistischen Staat als notwendig erachten würden. Sollte eine solche Erziehung aber fehlschlagen, müssten sie zu ihrem Glück gezwungen werden.²⁰⁸

Bauers Sozialisierungskonzepte umfassten fast alle Wirtschaftsbereiche aber auch die Rechtsprechung und die staatliche Verwaltung. Im Wirtschaftsbereich war Sozialisierung dabei als Vergesellschaftung aufzufassen (explizit nicht Verstaatlichung, da sich der Staat als Verwalter nicht eignen würde). Durch eine Vergesellschaftung wäre es möglich, dass sich alle Wirtschaftsbereiche verflechten und aufeinander abstimmen könnten, um das wirtschaftlich gebeutelte Deutschösterreich aus der Misere zu retten.²⁰⁹ Bauer wurde im März 1919 Präsident der Sozialisierungskommission (legte das Amt im November desselben Jahres aber wieder zurück) und legte der Nationalversammlung einen Gesetzesentwurf vor, in welchem die Einführung von Betriebsräten, die Enteignung von Wirtschaftsbetrieben, die Errichtung von gemeinschaftlichen Anstalten (Organisationen, die als juristische Personen gelten und den Zweck haben enteignete Betriebe in die Hand der Gemeinschaft zu übergeben) und die Vergesellschaftung von Unternehmen durch die zuständigen Gemeinden gefordert wurden.²¹⁰ Betriebsräte wurden eingeführt, die restlichen Forderungen Bauers aber nicht, trotz dessen, dass

²⁰⁷ Hanisch, Der große Illusionist 144.

²⁰⁸ Otto Bauer, Bolschewismus oder Sozialdemokratie? In: Bauer Werkausgabe, Band 2 305f.

²⁰⁹ Albers, Heimann, Saage (Hg.), Bauer: Theorie und Politik 33.

²¹⁰ Ilias Katsoulis, Sozialismus und Staat. Demokratie, Revolution und Diktatur des Proletariats im Austromarxismus (Meisenheim am Glan 1975) 141f.

die koalierende CS-Partei von der Umsetzung nicht gänzlich abgeneigt war. Grund dafür war die Intervention der Alliierten, die in einem von Arbeiterrevolutionen geprägten Europa keine starke österreichische Arbeiterbewegung erzeugen wollten und die sicherstellen wollten, dass sie an österreichischen Unternehmen weiterhin finanziell beteiligt sind, um Einfluss ausüben zu können.²¹¹ Dies bewegte Bauer dazu sich mehr auf die Sozialisierung durch die Massen zu konzentrieren: Also die Erreichung des demokratischen Sozialismus durch eine sozialistische Erziehung der Menschen, die im Lauf der Zeit so laut werden sollten, dass es keinen anderen Weg mehr geben sollte.

Eben durch die Einmischung der Entente und durch die hörigen CS, die sich den Mächten vor die Füße werfen würden, intensivierte sich Bauers abneigende Rhetorik gegenüber diesen beiden. Er sah sich in der Ansicht bestärkt, dass die Arbeiterpartei bzw. die Arbeiterschaft auf sich allein gestellt wäre und keinerlei Hilfe von innen oder außen zu erwarten wäre, um einen besseren Staat erschaffen zu können. Zusätzlich war die expansive Wirtschaftspolitik für Bauer der Beweis dafür, dass die Alliierten nur ihre eigenen Interessen durchsetzen wollen würden und sich nicht um das Überleben der österreichischen Arbeiter*innen kümmern würden, solange sie Kapital aus und durch Österreich erwirtschaften könnten.²¹²

Aufgrund dieser Einsicht radikalisierten sich seine Aussagen gegenüber den ‚Feinden‘ und er schlug immer mehr einen Kurs ein, der den gegnerischen Parteien nicht gefiel. Dies gipfelte darin, dass die SDAP aus der Koalition ausstieg, da mit den CS kein Staat zu machen sei. Dies war für Bauer aber keineswegs problematisch, denn er war überzeugt davon, dass eine bürgerliche Regierung das Land an die Wand fahren würde, was eine Machtübernahme und eine sozialistische Transformation des Staates leichter machen würde.²¹³

Grundsätzlich ist die politische Revolution also als ein kurzer, gewaltsamer Akt aufzufassen, der das Ziel hat, die Macht im Staat an sich zu reißen (mit dem Übergang zur Republik teilweise schon geschehen – der letzte Schritt wäre die absolute Mehrheit für die Arbeiterpartei). Die soziale Revolution hingegen, ist ein langwieriger Prozess, der einiges an Arbeit und Organisation bedarf, denn ein demokratischer Sozialismus würde nur dann funktionieren, wenn die Mehrheit der Menschen aktiv an der Transformation des Staates mitarbeitet.²¹⁴

Ein Staat kann folglich nur dann ein sozialistischer Staat sein, wenn beide dieser Revolutionen geschlagen sind und wenn Ungleichheiten beseitigt sind: *„die politische Revolution ist nur die*

²¹¹ Katsoulis, Sozialismus und Staat 146f.

²¹² Katsoulis, Sozialismus und Staat 147-149.

²¹³ Leichter, Bauer 261-264.

²¹⁴ Ciftci, Fisahn, Scholle (Hg.), Marxismus als Sozialwissenschaft 212.

halbe Revolution. Sie hebt die politische Unterdrückung auf, aber sie lässt die wirtschaftliche Ausbeutung bestehen. (...) Die politische Revolution hebt nicht die wirtschaftliche Ausbeutung auf. Sie macht sie vielmehr erst recht fühlbar. (...) Die halbe Revolution weckt den Willen zur ganzen. Die politische Umwälzung weckt den Willen zur sozialen Neugestaltung. Der Sieg der Demokratie leitet den Kampf um den Sozialismus ein.“²¹⁵

Sozialismus und Demokratie waren in Bauers Denken also zwei Gesellschaftsformen, die das Beste ineinander herausholen können sollten; Jahre später räumte er aber ein, dass er zu diesem Zeitpunkt anders handeln hätte können/sollen. Retrospektiv verstand Bauer, dass er zu diesem Zeitpunkt zu gesellschaftspositiv dachte und dass eine Revolution womöglich der bessere Weg gewesen wäre, da er das Herrschaftspotenzial der Bourgeoisie in einer Demokratie unterschätzte: *„Als aber nach jahrzehntelangen Kämpfen die Demokratie erobert war, erfuhr die Arbeiterklasse nur allzu bald, daß auch die Demokratie zur Herrschaftsform der Bourgeoisie wurde. Der Krieg jener Mächte, die angezogen waren, die Welt sicher zu machen für die Demokratie, endete mit Versailles und St.-Germain.“*²¹⁶ Bürgerliche Parteien hätten verstanden, wie das demokratische System zu deren Vorteil ausgenutzt werden konnte (opportunistische Demokrat*innen) und hätten dabei Unterstützung von den Siegermächten des Weltkrieges erhalten, die Angst vor einem sozialistischen System gehabt hätten, weil dieses deren Ausbeutungshoffnungen zunichte gemacht hätte. Deswegen wurde bei den Friedensverhandlungen einerseits der Anschluss an Deutschland untersagt und andererseits wären die Gesandten der CS-Partei besser behandelt worden, weil die Alliierten die Hoffnung gehabt hätten, diese als Marionetten einsetzen zu können.²¹⁷

3.1.2 Paramilitärische Organisationen

Das Klima zwischen SDAP und CS wurde in den Jahren nach der Koalitionsbeendigung immer angespannter (vor allem aufgrund von Uneinigkeiten in der Wirtschaftspolitik). Gerade Bauer als inoffizieller Parteiführer trug intensive Wortgefechte mit Politikern der CS aus – insbesondere mit Ignaz Seipel. Beide Parteien vertrauten nicht darauf, dass die jeweils andere die Interessen des Staates über die eigenen stellen würden. Das Misstrauen führte dazu, dass beide Parteien Milizen aufstellten, um sich im Notfall selbst verteidigen zu können. Die CS stellten die Heimwehr auf, während die SDAP den Republikanischen Schutzbund gründete.²¹⁸

²¹⁵ Bauer, Der Weg zum Sozialismus. In: Bauer Werkausgabe, Band 2 91.

²¹⁶ Otto Bauer, Linz und die Wahlen, Artikel in Der Kampf (1927). In: Bauer Werkausgabe, Band 9 131.

²¹⁷ Bauer, Linz und die Wahlen, Artikel in Der Kampf (1927). In: Bauer Werkausgabe, Band 9 131f.

²¹⁸ Hanisch, Der große Illusionist 235.

Heimwehren und Arbeiterselbstschutzverbände existieren bereits zu Beginn der Republik, wurden aber vorerst aber noch nicht wirklich parteipolitisch genutzt. Sie agierten lokal zum Schutz der hiesigen Bevölkerung gegen Teile der alten Armee aus der Monarchie und gegen Übergriffe der Volkswehr. Nach dem Bruch der Koalition aus CS und SDAP mobilisierte erstere die Heimwehr als eine Antwort auf die Macht, die die Sozialdemokratie auf der Straße gehabt hätte. Sie sollte also zum Schutz vor einer etwaigen Revolution der Arbeiterschaft dienen.²¹⁹

Als Antwort auf die Ausbreitung der Heimwehren schlossen sich die Arbeiterwehren in enger Kooperation mit der SDAP 1923 zum Republikanischen Schutzbund zusammen. Federführend daran beteiligt war Julius Deutsch, der ebenfalls dem linken Spektrum der SDAP zugeordnet wurde und in enger Absprache mit Bauer handelte. Er formulierte, dass der Schutzbund hauptsächlich gegen die ‚Faschistengefahr‘ agieren sollte. Die Miliz war nicht nur eine Antwort auf die Heimwehren (welche zu diesem Zeitpunkt noch eher zersplittert waren), sondern auch auf die Machtergreifung des Faschismus in Italien und den Hitlerputsch in Deutschland; die militärische Präsenz sollte verhindern, dass eine solche Entwicklung auch in Österreich entsteht.²²⁰ Der Schutzbund wäre die letzte Bastion, die die Demokratie retten müsste, wenn ein Angriff, welcher drohen würde, gegen sie gestartet werden würde: *„Die Bourgeoisie hat sich nur so lange mit der Demokratie abgefunden, als sie die Republik beherrschen kann. Sobald die Macht in der Republik in die Hände der Arbeiterklasse zu fallen droht, wird sich die Bourgeoisie gegen die Republik auflehnen. (...) Die Arbeiterschaft zum Abwehrkampf bereit zu machen und bereit zu erhalten ist die Aufgabe unseres Republikanischen Schutzbundes.“*²²¹ Bauer sah im Schutzbund demnach mehr als ein Mittel zur Selbstverteidigung der SDAP: Er sollte die republikanischen und demokratischen Strukturen vor den machtbesessenen Bürgerlichen beschützen, welche eine Sozialisierung mit allen verfügbaren Mitteln verhindern wollen würden. Zusätzlich musste der Schutzbund dazu eingesetzt werden, dass die Herrschaft der Großbourgeoisie über die Arbeiterschaft nicht ausgenutzt werden wird und final auch gesprengt wird. Dies sollte Hand in Hand mit der Sozialisierung geschehen: Während die Partei die Macht im Parlament übernimmt, sollte der Schutzbund dafür sorgen, dass die Gegenseite ihren Zorn darüber nicht an den einfachen Arbeiter*innen ausleben dürfte.²²²

²¹⁹ Sohn-Kronthaler, Zimmermann (Hg.), Ignaz Seipel 357f.

²²⁰ Otto Naderer, Der bewaffnete Aufstand. Der Republikanische Schutzbund der österreichischen Sozialdemokratie und die militärische Vorbereitung auf den Bürgerkrieg (1923-1934) (Graz 2004) 154f.

²²¹ Otto Bauer, Demokratie und Waffengewalt, Artikel in: Der Schutzbund, September 1924. In: Bauer Werkausgabe, Band 7 632.

²²² Bauer, Demokratie und Waffengewalt. In: Bauer Werkausgabe, Band 7 632f.

Schutzbund und Heimwehr festigten in den Folgejahren ihren Einfluss auf die jeweiligen Parteien (der Schutzbund bspw. erhielt eine eigene Zeitung und Statuten; die Heimwehr stellte eine eigene Partei auf, welche bei Wahlen kandidierte); der große Krach, den sowohl Politiker*innen als auch die gespaltene Gesellschaft prophezeiten, blieb aber vorerst noch aus. Der Linzer Parteitag der SDAP 1926 sollte aber wegweisend sein: Das dort beschlossene Programm (von Bauer ausgearbeitet) sollte zum Grundsatzprogramm für die restliche Republik werden und umfasste alles, was zu dieser Zeit parteipolitisch relevant war – darunter natürlich auch der Umgang mit den paramilitärischen Organisationen. Bezüglich des Schutzbundes wurden in Linz dessen bisherige Zwecke und Ziele bestätigt, nun aber auch im offiziellen Parteiprogramm integriert: Einerseits das Konzept der defensiven Gewalt (der Schutzbund sollte nur dann gewaltvoll handeln, wenn die Republik in Gefahr ist und verteidigt werden müsste); und andererseits sollte der Schutzbund die Sozialisierung des Staates verteidigen, wenn die SDAP erstmal die absolute Mehrheit haben sollte (wovon Bauer ausging, dass es bei der nächsten Wahl geschehen würde).²²³

Was Bauer aber nicht verstand, war die Reaktion der Bürgerlichen auf das Linzer Programm: „Da sagte plötzlich im Verlaufe der Debatte einer der Minister zu mir: >>Sie dürfen sich nicht darüber wundern, daß das Bürgertum beunruhigt ist. Wenn man so droht, wie Sie in Linz gedroht haben ...<< Droht? Ich verstand gar nicht, was der Minister meinte.“²²⁴ Bauer war überzeugt davon, dass alle Menschen ein sozialistisches System wollen würden (und das gesamte Programm hätte dieses System zum Ziel); diese Reaktion eines CS-Regierungsmitglieds bestärkte Bauer also eher in seinem Streben, dass alle Menschen (vor allem die, die von den CS indoktriniert wurden) erkennen sollten, wie gut seine ideale, sozialistische Welt wäre.²²⁵

Bauer scheiterte daran zu erkennen, dass viele Menschen nicht das Wohl aller, sondern nur das eigene Wohl (bzw. das Wohl des eigenen Umkreises) im Kopf hatten. Gerade reichere Menschen meinten, dass Bauer ihnen ihren gesamten Besitz wegnehmen wollen würde, um ihn an seine Freunde weiterzugeben; besitzende Landwirtschaftstreibende meinten, dass Bauer ihnen ihren gesamten Grund wegnehmen wollen würde. Dass die CS diese Haltung auch kommunizierten, resultierte darin, dass Bauers Sozialismusforderung für viele bürgerliche Wähler*innen ein Synonym für deren Enteignung war, was wiederum als Drohung aufgefasst wurde.²²⁶

²²³ Naderer, bewaffnete Aufstand 163.

²²⁴ Bauer, Linz und die Wahlen, Artikel in Der Kampf (1927). In: Bauer Werkausgabe, Band 9 131.

²²⁵ Bauer, Linz und die Wahlen, Artikel in Der Kampf (1927). In: Bauer Werkausgabe, Band 9 131f.

²²⁶ Bauer, Linz und die Wahlen, Artikel in Der Kampf (1927). In: Bauer Werkausgabe, Band 9 133-136.

Das erste Ereignis, das das militärische Gleichgewicht zwischen den Parteien aber auf die Probe stellte, waren die Schüsse in Schattendorf am 30. Jänner 1927. Im burgenländischen Dorf fand ein Konflikt zwischen Schutzbund und Mitgliedern der ‚Frontkämpfer‘ (Rechtsextreme Gruppierung mit Nähe zur Heimwehr; bekanntestes Mitglied war der Nationalsozialist Adolf Eichmann) statt. Nach einer Schlägerei verbarrikadierten sich die Frontkämpfer in einem Wirtshaus und schossen auf die vorbeiziehenden Schutzbündler. Ein achtjähriges Kind sowie ein Kriegsinvaliden aus Jugoslawien wurden dabei getötet.²²⁷

Friedrich Austerlitz (Chefredakteur der AZ) benannte dieses Attentat als ‚Jagdvergnügen‘ der Rechten auf unbescholtene Arbeiter*innen. In der ‚Reichspost‘ – dem publizistischen Parteiorgan der CS – wurde die Schuld bei den dort anwesenden Schutzbündlern gesehen, welche ohne Grund auf die Frontkämpfer eingeschlagen hätten. Die Ereignisse in Schattendorf festigten die Spaltung in zwei Lager endgültig. Zu sehen war das bspw. an den Wahlen im Frühling 1927: Die CS traten als Einheitsliste gemeinsam mit den Großdeutschen und anderen rechten Kleinparteien an. Lediglich der Landbund trat mit einer eigenen Liste (natürlich neben der SDAP) an; er koalierte aber später mit der Einheitsliste, die wider Erwarten keine Mehrheit im Nationalrat erhielt.²²⁸

Bauer sprach auf einer Trauerfeier von den ‚Schattendorfer Arbeitermorden‘ und betonte, dass deren Tod nicht unbeantwortet bleiben würde und dass er nicht umsonst gewesen wäre. Jeder Mensch, der sein Leben im Kampf für die Demokratie und den Sozialismus lassen würde, hätte die Unsterblichkeit errungen.²²⁹ Bauer nutzte den Anlass also um die Getöteten als Märtyrer im Kampf gegen Antidemokraten wiederzubeleben; gleichzeitig stachelte er die Arbeiter*innen auch dazu an, dieses Verbrechen nicht ungesühnt in Vergessenheit geraten zu lassen.

Der zentrale Wendepunkt in der Republik war dann aber der 14. Juli 1927; der Tag, an dem die Schützen von Schattendorf freigesprochen wurden. Mitunter auch wegen Bauers Worten lösten die Freisprüche riesige Proteste unter den Wiener Arbeiter*innen aus. Diese versammelten sich am Ring, um ihren Unmut über die Justiz zum Ausdruck zu bringen. Auch Austerlitz heizte diesen Protest an, indem er in der AZ schrieb: *„Denn wenn die Arbeiter erkennen müßten, daß es für sie in dieser kapitalistischen Ordnung keine Gerechtigkeit gibt, daß die Justiz zur*

²²⁷ Christian Mertens, 1926-1933: Ein brennender Palast als Fanal. In: Parlamentsdirektion (Hg.), Umbruch und Aufbruch. Parlamentarische Demokratie in Österreich (Wien 2019) 68.

²²⁸ Christian Mertens, brennender Palast als Fanal 67f.

²²⁹ Otto Bauer, Der Schattendorfer Arbeitermord, Artikel in der Arbeiterzeitung (03.02.1927). In: Bauer Werkausgabe, Band 6 680f.

*Komödie herabsinkt, wenn ein den arbeitenden Menschen zugefügtes Unrecht zu sühnen ist, dann wird der Glaube an diese Gerechtigkeit vernichtet und das Vertrauen zu ihr verschüttet.*²³⁰ Es wurden also Zweifel lauter, dass die Gewaltenteilung noch funktionieren würde, da sowohl Judikative als auch Exekutive an diesem verhängnisvollen Tag explizit gegen die SDAP gehandelt hätten, obwohl es dafür keine Gründe gegeben hätte. Die Justiz sprach die Mörder frei, während die Exekutive die Proteste brutal niedergeschlagen hätte, indem in die Menge geschossen wurde. Dass inmitten der Proteste der Justizpalast in Wien angezündet wurde, war für die SDAP dabei eher nebensächlich, während die CS darauf beharrte, dass die Schüsse gerechtfertigt waren, um mehr Schaden und Gewalt durch die Protestierenden zu unterbinden.²³¹

Im parlamentarischen Nachgang dieser Tragödie spitzte sich Bauers Rhetorik gegenüber Seipel zu: Polemisch warf er ihm vor, dass er als Kanzler persönlich für die Toten dieses Tages verantwortlich wäre, was zu einem Tumult im Parlament führte; der Kanzler wäre darüber hinaus für die Bewaffnung des Parteienhasses verantwortlich, was selbstverständlich nur mit einem Rücktritt gelöst werden könnte. Wenn Seipel seinem Weg folgen würde, wäre er im Inbegriff das Wesen der Republik zu zerstören, indem er das System, welches dazu ausgelegt sein sollte, keinen Autoritarismus zu erlauben, kippen würde.²³² Die Institutionen, die neutral zu handeln hätten, wären von ihm untergraben worden, was erst die Möglichkeit dieser Tragödie eröffnete. Bauer zweifelte – so wie von Austerlitz geschrieben – also daran, dass die Gewaltenteilung noch so funktionieren würde, wie es von der Verfassung vorgesehen war: Die Legislative, die alle Menschen gleich behandeln sollte, würde Arbeiter*innen jagen und Mörder*innen freisprechen; die Exekutive, die alle Menschen schützen sollte, würde willkürlich auf wütende Arbeiter*innen schießen, nur weil dies von Kapitalist*innen angeordnet wurde.²³³

Der Staat könnte nur repariert werden, wenn alle Parteien sich zur Demokratie bekennen würden und die parlamentarischen Wege einleiten würde, welche eine Aufarbeitung der Tragödie ermöglichen könnten: Zum einen wäre das ein Untersuchungsausschuss, der aus unparteiischen Mitgliedern zu bestehen habe und zum anderen müssten alle an diesem Tage inhaftierten Arbeiter*innen freigelassen werden, um einen möglichen Aufstand der

²³⁰ Friedrich Austerlitz, Die Mörder von Schattendorf freigesprochen, Artikel in der Arbeiterzeitung Nr. 193 (15.07.1927) 2.

²³¹ Hanisch, Der große Illusionist 245-247.

²³² Hanisch, Der große Illusionist 245, 247f.

²³³ Otto Bauer, Die Julikatastrophe 1927, Rede im Nationalrat (26.07.1927). In: Bauer Werkausgabe, Band 5 916, 919f, 926.

Arbeiterfamilien und Mitarbeiter*innen dieser Personen zu verhindern.²³⁴ Dies konnte (und wurde teils) durchaus als unterschwellige Drohung von Bauer interpretiert werden: Wenn alles nicht zufriedenstellend aufgearbeitet wird, könnte die Revolution erst recht folgen. Bauer führte aber auch aus, dass er keine Kooperation von den CS erwarten würde, da sie sowieso schon auf Autorität aus wären: „Aber daß der Herr Bundeskanzler irgendwie die Verpflichtung fühlen wird, dieses unermessliche menschliche Leid [Verlust von Freunden und Familie während des Revoltes] auch irgendwie zu lindern, um eine gewisse Beruhigung zu schaffen, das habe ich gehofft. (...) Nicht aus Humanität. Ich weiß: Autorität, nicht Humanität ist Ihre Parole. Nicht aus irgendwelcher religiöser Überzeugung. (...) Nein, nur aus der bloßen Staatsräson (...), daß man nicht zuviel Erbitterung in den Tiefen der Gesellschaft lassen soll.“²³⁵ Eine Aufarbeitung wäre demnach nicht nur ein moralisches Anliegen, sondern wichtig für den Staat, für die Demokratie und für die Menschen. Seitenhiebe gegen Seipel ließ Bauer aber auch nicht aus: Er unterstellte, dass dieser keine Moral, keine Humanität besitzen würde, was vor allem für den Priester (weniger den Politiker) Seipel verletzend gewesen sein musste.

In dieser Phase der Republik fokussierte sich Bauer also darauf politisch/mit demokratischen Mitteln die Macht zu erobern; die Vorstellung einer gewaltvollen Revolution war aber immer noch präsent. Die Institutionen, die die Republik erhalten sollten, waren für ihn dabei entscheidend, denn sie müssten aus dem Einflussbereich der Bürgerlichen entfernt werden, damit sie tatsächlich neutral agieren könnten. Für Bauer war neutral aber gleichbedeutend mit vielen seiner Forderungen: Dass alle Menschen gleichberechtigt und gleichgestellt wären – ohne Differenzierungen in arm und reich (in Theorie hätte das der Fall sein sollen, Praxis zeigte aber, dass Menschen sich ‚freikaufen‘ konnten). Während die CS an der Macht sind, sollten also schon die Vorkehrungen getroffen werden, die eine Transformation zu einem sozialistischen Staat erleichtern sollten, wenn die SDAP erstmal an der Macht ist.

3.1.3 Das Ende der Republik

Der Anfang des Untergangs der Ersten Republik begann wohl dann, als Dollfuß Kanzler wurde (1932) bzw. als dieser das ‚Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz‘ nutzte – damit konnte Dollfuß Notverordnungen erlassen, ohne das Parlament konsultieren zu müssen. Unter der Kanzlerschaft Seipels (bis 1929) arbeitete dieser noch daran, SDAP und CS einander wieder anzunähern, indem er bspw. der SDAP ein Koalitionsangebot unterbreitete, welches Bauer aber

²³⁴ Bauer, Die Julikatastrophe 1927, Rede im Nationalrat (26.07.1927). In: Bauer Werkausgabe, Band 5 928-930.

²³⁵ Bauer, Die Julikatastrophe 1927, Rede im Nationalrat (26.07.1927). In: Bauer Werkausgabe, Band 5 931.

ablehnte. Auch bei der Überarbeitung der Verfassung 1929 war eine gute Kooperation zwischen den beiden Parteien noch vorhanden.²³⁶ Dollfuß machte keine wirklichen Anzeichen, dass er Frieden mit der SDAP schließen wollen würde, denn bei jeglichen Verhandlungen, in welchen die Parteien zusammensaßen, waren die vorgeschlagenen Kompromisse grundsätzlich so formuliert, dass die andere Partei nie zustimmen könnte, ohne dabei ihre Werte zu verraten. Es schien aber nicht so, dass Dollfuß vor Beginn seiner Kanzlerschaft schon die Sozialdemokratie loswerden wollte – in agrarpolitischen Fragen (Dollfuß war davor Landwirtschaftsminister) waren Bauer und er oftmals einer Meinung gewesen. Dass Bauer aber bei der ersten Nationalratssitzung unter der Dollfuß-Regierung einen Misstrauensantrag stellte, war für Dollfuß eine Beleidigung, die dieser nicht vergessen sollte.²³⁷

Die Animosität zwischen Bauer und Dollfuß wurde im Herbst 1932 aber am deutlichsten: In den Nationalratssitzungen des 20. und 21. Oktober – die, in welchen das Ermächtigungsgesetz eingeführt wurde – feindeten die beiden sich gegenseitig an: Dollfuß nannte Bauer einen Bolschewiken und einen Antidemokraten; Bauer entgegnete, dass Dollfuß ein ‚Gesinnungslump‘ wäre und dass er nur Verachtung für ihn verspüren würde. Bauer unterstellte, dass Dollfuß keine klare politische Linie hätte und dass bei ihm alles nur auf einen Diktaturwunsch hinauslaufen würde.²³⁸ Das war aber nur der Anfang der kontinuierlichen verbalen Auseinandersetzungen und wahrscheinlich einer der Hauptgründe, warum Dollfuß auf den geeigneten Moment wartete, um das Parlament bzw. ihm widrige oppositionelle Parteien (SDAP und KPÖ – Letztere war zwar nicht im Nationalrat, agierte aber aktivistisch gegen Dollfuß) loswerden zu können.

Von den Dreien musste das Parlament zuerst weichen: Am 4. März 1933 fand im Parlament eine heftige Debatte über Eisenbahnerstreiks statt, welche im Rücktritt aller drei Nationalratspräsidenten endete; dass die Präsidenten zurücktraten, ist darauf zurückzuführen, dass die Regierung nur eine Mehrheit von einem Mandat im Nationalrat hatte und die Stimmen der Präsidenten dementsprechend entscheidend waren, um einen Gesetzesentwurf verabschieden zu können. Dass die Sitzung ohne Präsident zu Ende ging, bedeutete aber auch, dass sie nicht ordnungsmäßig geschlossen werden konnte, was die Regierung Dollfuß nutzte, um das Parlament handlungsunfähig zu machen.²³⁹ In der Sitzung vom 4. März sollte Bauer

²³⁶ Hanisch, *Der große Illusionist* 247.

²³⁷ Hanisch, *Der große Illusionist* 278.

²³⁸ Hanisch, *Der große Illusionist* 278f.

²³⁹ Hannes Leidinger, Verena Moritz, *Die Republik Österreich 1918/2008, Überblick. Zwischenbilanz. Neubewertung* (Wien 2008) 71f.

auch seine allerletzte Wortmeldung im Nationalrat tätigen. In Anbetracht seiner über hundert Redebeiträgen im Laufe der Republik, ist es etwas antiklimaktisch, dass es sich um einen kurzen Zwischenruf handelte, der inhaltlich wenig relevant war.

In Folge nutzte Dollfuß das Ermächtigungsgesetz, um mithilfe von Notverordnungen die republikanischen und demokratischen Strukturen auszuhöhlen: Es wurden Verordnungen gegen die Presse- und Versammlungsfreiheiten erlassen und die KPÖ sowie der Schutzbund wurden verboten.²⁴⁰

Bauer selbst blieb im weiteren Jahr 1933 recht passiv. Er wettete in Artikeln und Reden zwar gegen die antidemokratische Regierung, konkrete Handlungen blieben aber aus; wahrscheinlich deswegen, weil Dollfuß im Vergleich zu den Nationalsozialist*innen das geringere Übel war und auch Dollfuß aktiv gegen die Nazis vorging. Auf dem außerordentlichen Parteitag der SDAP sagte Bauer, dass es nun das oberste Ziel der Partei sein müsste sowohl den inländischen als auch den ausländischen Faschismus zu bekämpfen; wie genau dies stattfinden sollte, wurde aber nicht genauer erläutert. Wenn Dollfuß' Ziel aber wirklich die Bekämpfung der Nazis in Österreich gewesen wäre, dann hätte er sich an die Sozialdemokratie selbst wenden müssen, welche ihn im Kampf dagegen unterstützt hätte; stattdessen orientierte er sich an Mussolini – einem anderen Faschisten. Wäre aber die Ausschaltung der Demokratie notwendig gewesen? *„Er [Dollfuß] hätte auch, wenn er die Gefahr von Deutschland aus fürchtete, eine Politik machen können, die die Kräfte der österreichischen Arbeiter, die ganz sicher entschlossen, zu allen entschlossene Todfeinde des Hitlerfaschismus sind, für die Verteidigung des Landes mobilisiert hätte.“*²⁴¹ Nachdem dies nicht stattfand, kann durchaus darüber spekuliert werden, ob die Arbeiterschaft wirklich gegen den Nationalsozialismus gekämpft hätte; so wurde Hitler fünf Jahre später doch mit großem Enthusiasmus in Wien willkommen geheißen.

Gänzlich aufgegeben hatte Bauer aber noch nicht: *„Gibt es eine Möglichkeit zur Verständigung, wenn sie dieses noch könnten? (...) es gäbe für uns Sozialdemokraten gewiß Möglichkeiten, sich mit den Bauernparteien über eine Verfassungsreform zu verständigen, wenn diese Verfassungsreform den Kern und das Wesen der demokratischen Republik unangetastet läßt. Aber es gibt mit uns keine Diskussion über das Wahlrecht!“*²⁴² Selbst als eine Rückkehr zur Normalität schwierig vorstellbar war, wandte Bauer sich von den Grundprinzipien seines

²⁴⁰ Stefan Karner (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich 1918-1938 (Innsbruck/Wien 2017) 217.

²⁴¹ Otto Bauer, Die politische Lage, Rede auf dem außerordentlichen Parteitag der SDAP (14.-16.10.1933). In: Bauer Werkausgabe, Band 5 707.

²⁴² Bauer, Die politische Lage. In: Bauer Werkausgabe, Band 5 709.

Demokratiebegriffs nicht ab; was in dieser Rede aber interessant ist, ist dass er stets nur über die Demokratie sprach, aber nicht über die Implementierung des sozialistischen Staats. Er ließ also bewusst die Punkte seines Staatsverständnisses, welche am meisten polarisierten, aus, möglicherweise um nicht allzu angriffslustig aufgenommen zu werden, damit ein gemeinschaftliches Projekt gegen den Nationalsozialismus noch aufgenommen werden könnte – egal wie gering die Chancen dafür tatsächlich waren.

Dass eine Kooperation aber nie wieder stattfinden würde, wurde spätestens im Februar 1934 sichtbar: Dollfuß wollte den Ständestaat mithilfe der Heimwehr endgültig festigen. Dabei müssten die Bundesländer gleichgeschaltet werden und der Widerstand der Sozialdemokratie, welcher unweigerlich folgen würde, gewaltsam niedergeschlagen werden. So starteten Massenverhaftungen von ehemaligen Schutzbündlern, wie bspw. dem Stabschef Alexander Eifler und zahlreiche Hausdurchsuchungen sozialdemokratisch assoziierter Personen unter dem Vorwand, dass dort Waffen versteckt werden würden. Sowohl Heimwehr als auch der alte Schutzbund machten sich zum Kampf bereit; lediglich eine Ansage aus der Parteiführung der SDAP wurde noch erwartet – welche aber nie kam.²⁴³

Bauer wurde über die drohenden Aufstände informiert, agierte aber passiv und bestand darauf, dass der Parteivorstand tagen müsste, bevor überstürzt agiert werden würde. Am 12. Februar fielen in einem Linzer Arbeiterheim die ersten Schüsse, als Polizisten das Heim angriffen. In fast allen Bundesländern folgten ähnlich Aktionen – erst jetzt, als der Angriff schon mehrere Stunden lief, wurde in Wien der Generalstreik ausgerufen. In roten Hochburgen wie bspw. in den Wohngegenden um den Reumannplatz und den Karl-Marx-Hof versammelten sich Schutzbundmitglieder, um Widerstand zu leisten, was aber auch nur wenige Tage andauerte. Die Massen, auf die sich die SDAP eigentlich immer verlassen konnte, kamen nicht zur Verteidigung der Partei und der Republik. Viele hatten sich aber schon von der SDAP abgewendet, denn knapp ein Drittel der Mitglieder in Wien hatte in den Monaten zuvor die Partei verlassen, weil die Parteispitze ‚verjudet‘ und von ‚geistigem Hochmut‘ geprägt wäre. Das waren eindeutig Spitzen gegen den Bauer aber auch ein Anzeichen des stark ausgebreiteten Antisemitismus.²⁴⁴

Bauer floh noch während die Kämpfe andauerten, da eine Gefangennahme für ihn mit ziemlicher Sicherheit mit einem Todesurteil geendet hätte. Im Exil befasste er sich intensiv mit

²⁴³ Otto Leichter, *Glanz und Ende der Ersten Republik. Wie es zum österreichischen Bürgerkrieg kam* (Wien 1964) 238f.

²⁴⁴ Hanisch, *Der große Illusionist* 295, 297-299.

dem Schreiben: So waren regelmäßig Artikel von ihm in der illegal unter der Hand vertriebenen AZ zu lesen. Schnell erschien auch sein Werk ‚Der Aufstand der österreichischen Arbeiter‘, in welchem er seine Sicht der Geschehnisse des Februars 1934 schilderte. Jedenfalls war seine Rhetorik gegenüber den Faschist*innen um einiges heftiger als in den ein-zwei Jahren zuvor, in welchen er sich (für seine Verhältnisse) verbal recht anständig ausdrückte. Er rechnete heftig mit der faschistischen Partei und ihren Exekutivorganen ab: *„ Aus der Erinnerung an unsere Gefallenen und standrechtlich Gerichteten, aus dem Ruhme ihres Kampfes, aus dem Haß gegen die Mörder, die Weiber und Kinder in den Gemeindebauten gemordet haben, gegen ihre Henker, die Verwundete zum Galgen schicken, gegen ihre Mitschuldigen, mögen sie in katholischen Bischofsitzen oder in jüdischen Zeitungsredaktionen dem Blutwerk der Henkerregierung applaudieren, wird die österreichische Sozialdemokratie sieghaft wiedererstehen.“*²⁴⁵

Nachdem sich Bauer mit der Vernichtung der SDAP ‚abgefunden‘ hatte und nachdem Dollfuß seine ‚Strafe‘ (seine Ermordung durch Nazis im Juli 1934) dafür erhalten hatte, wagte er einen letzten Versuch, um wieder in Österreich Fuß zu fassen. Im August 1934 versuchte Bauer mit Diplomatie die verbotene Sozialdemokratie den Christlich-Sozialen anzunähern: Sein Aufsatz ‚Zur politischen Verständigung‘ rief zu Kompromissen auf und appellierte an eine gewaltfreie Zukunft: *„Wer das Vergeltungsprinzip, den Schrei nach Rache (...) überwindet, wird endgültig Sieger in der gesellschaftlichen Neugestaltung Oesterreichs bleiben.“*²⁴⁶ Das Ziel einer sozialistischen Neugestaltung Österreichs, bei welcher alle der Klassen gleichwertig und gleichberechtigt wären, war also weiterhin vorhanden, bevor dies wahrhaftig umgesetzt werden könnte, müsste allerdings das gesellschaftliche und politische Klima verbessert werden. Die soziale Revolution in Österreich könnte zudem nur dann geschehen, wenn die Sozialist*innen sich überhaupt erst im Land befinden. Um also noch die geringste Chance auf eine sozialistische Gesellschaft in Österreich haben zu können, müsste eine Annäherung stattfinden.

Ob Bauer tatsächlich mit den Menschen zusammenarbeiten wollten, die sein sozialistisches Projekt zerstörten und seine Parteifreund*innen töteten, darf aber wohl angezweifelt werden; eher sollte dies die verbliebenen Sozialist*innen im Land ermutigen, dass noch nicht alles verloren gewesen wäre und dass eine Rückkehr der Sozialdemokratie geplant wäre.

²⁴⁵ Otto Bauer, Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. Seine Ursachen und seine Wirkungen (Prag 1934). In: Bauer Werkausgabe, Band 3 983f.

²⁴⁶ Otto Bauer, Zur politischen Verständigung (August 1934). In: VGA Wien Personenarchiv, Briefe Otto Bauer 1921-1938, Mappe 84, Nr. 74.

3.2 Parteien (Aufbau, Verantwortlichkeit, Zusammensetzungen)

Parteien kam in der Ersten Republik eine Gesellschaftsverantwortung zu, die sie davor nicht kannten. Deswegen mussten sie sich – im Vergleich zur Monarchie – stark umstrukturieren. Zum einen konnten sie nun tatsächlich Gesetze beschließen, ohne vom Kaiser überstimmt zu werden; zum anderen verwalteten sie nun staatstragende Institutionen und Posten mit Macht, die sie davor nie hatten. Zusätzlich mussten sie sich an die neuen geopolitischen Gegebenheiten anpassen: ein deutlich reduzierter Wirkungsbereich mit teils noch unklaren Grenzen (Südtirol, Burgenland).

Wie die Parteien aufgebaut werden sollten, hing aber auch mit dem Aufbau des Staates selbst zusammen. Die SDAP präsentierte 1918 ein Aktionsprogramm, welches den Aufbau einer Republik darstellen sollte (es ist anzunehmen, dass Bauer dabei inkludiert wurde). Gefordert wurden: *„Ausarbeitung und Sicherung der Verfassung mit einem Einkammersystem, Selbstregierung der Länder, das Wesen von Volksabstimmungen, Versammlungs- und Pressefreiheit, Ausarbeitung von Länderverfassungen, Anschluss an das Deutsche Reich und die Einsetzung einer sozialpolitischen Kommission.“*²⁴⁷

3.2.1 Innerparteilicher Aufbau

Bauer war davon überzeugt, dass die Arbeiterpartei sich auf ihre Anfänge besinnen sollte; also, dass sie mit und für die Arbeiterschaft agieren sollte. Deswegen müssten alle Funktionär*innen dafür einstehen, dass die Bevölkerung sie kontrollieren können sollte. Es müssten unbedingt Prozesse geschaffen werden, die es der Arbeiterschaft erlauben darüber zu bestimmen, wer ihre Interessen am besten vertreten könnte – dabei hatte er insbesondere die Arbeiterräte im Kopf, welche die Politiker*innen direkt kontrollieren können sollten.²⁴⁸

Die Sozialdemokrat*innen in Führungspositionen mussten aber auch außerhalb der Arbeiterschicht Sympathien genießen, damit ein Gewinn von neuen Wähler*innen möglich wäre. Gerade deswegen war Bauer selbst der Meinung, dass er als Parteivorsitzender fehl am Platz gewesen wäre – obwohl viel Parteigenoss*innen ihn gerne an der Spitze der Partei gesehen hätten (vor allem nach dem Verlust der Kanzlerschaft 1920). Zum einen wäre Bauer bei den Klientelen anderer Parteien unbeliebt gewesen und zum anderen war er jüdischer Herkunft, was in einer zunehmend antisemitischen Bevölkerung die SDAP zur ‚Judenpartei‘

²⁴⁷ Klaus Berchtold (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, zitiert nach Gabriella Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1918-1933 (Wien 1995) 88.

²⁴⁸ Julius Braunthal, Die Arbeiterräte in Deutschösterreich (Wien 1919). In: Bauer Werkausgabe, Band 6 239.

stilisiert hätte. Zudem wäre es sowieso nicht in Bauers Naturell gewesen, repräsentative Aufgaben zu übernehmen.²⁴⁹

Es galt sich als eigenständige Partei darzustellen, die nicht von außen gelenkt werden würde. Deswegen grenzte sich die Partei vom Reformismus der Internationalen Arbeiter*innenbewegung ab aber auch vom russischen Bolschewismus. Die neue SDAP sollte einen Neuanfang symbolisieren und sich deshalb – wie auch von Bauer noch während der Monarchie gefordert – auf ihren Ursprung auf der Straße besinnen. Es sollten die Taktiken der Bewegung, die es in der Monarchie schaffte, dass zahlreiche ihrer Forderungen umgesetzt wurden, adaptiert werden und auf das neue Staatssystem angewendet werden; in diesem Fall sogar mit einer zentralistischen Struktur, was einen angestrebten Revisionismus (vor allem nach den Friedensverträgen, die der SDAP nicht gefielen) leichter durchsetzbar machen sollte.²⁵⁰

Bauer (aber auch die restliche Führungsriege der SDAP) setzten schon früh darauf ein enges Verhältnis zu ihren Wähler*innen zu haben, da ihre Politik schließlich doch für diese Menschen gemacht werden sollte. Deshalb existierte ein reger Austausch zwischen der Basis, den Funktionär*innen und der Spitze. Für Bauer war dies deswegen so wichtig, weil er im Falle einer tatsächlich gewaltvollen Revolution auf seine Klientelen zählen können sollte, dass diese für/mit ihm den sozialistischen Staat gründen würden. Dieses System hatte aber auch das Ziel, dass die Partei als Einheit dargestellt werden sollte, in welcher alle Beteiligten am selben Strang ziehen. Dies sollte bei bspw. Wahlen einen Vorteil gegenüber den anderen Parteien bringen, die sich weder über deren Führungsfiguren noch über deren Programm vollständig einig werden könnten.²⁵¹

Bauer selbst schrieb 1917 eine ‚Erklärung der Linken‘ (unterzeichnet von rund 50 sozialdemokratischen Delegierten und am Parteitag von Gabriele Proft vorgetragen), in welcher die sozialpatriotische Richtung und der Reformismus der Partei angekreidet wurden. Zusätzlich forderte die linke Parteigruppe eine Demokratisierung der Parteistruktur, indem „*alle inneren Parteifragen in der Parteipresse und in den Parteiorganisationen*“ erörtert werden sollten.²⁵² Zusätzlich wurde gefordert, dass der Klassenkampf sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments oberstes Ziel der SDAP sein sollte. Diese Erklärung wurde angenommen, was den Beginn der linken Dominanz in der Partei festigte. Sowohl die AZ als auch die Organisationen

²⁴⁹ Hanisch, Der große Illusionist 166.

²⁵⁰ Karner (Hg.), Die umkämpfte Republik 163f.

²⁵¹ Albers, Heimann, Saage (Hg.), Bauer: Theorie und Politik 65f.

²⁵² Gabriele Proft, Rede am Parteitag der SDAP (19.10.1917), zitiert nach: Maderthaner, Müller (Hg.), Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 96.

wurden mit Personen besetzt, die sich zu den Austromarxisten zählten – neben Bauer auch bspw. Austerlitz, Proft, Schlesinger oder Deutsch. Besonders die Einflussnahme in der AZ war für Bauer sehr wichtig, da der linke Flügel damit direkten Zugang zu den Wähler*innen hatte und damit dessen Forderungen verbreiten konnte.²⁵³

Der Parteaufbau sollte also so konzipiert sein, dass die gesamte Basis am Prozess teilhaben können sollte. Die Wortführer sollten sorgfältig ausgesucht werden und stets nur in Absprache mit der Partei gewisse Aussagen tätigen. Die Posten sollten nach Kompetenz und nicht nach Macht oder Geld verteilt werden und nur so lange in Anspruch genommen werden, wie tatsächlich Einfluss geübt werden könnte. Dieser letzte Punkt war – wie zuvor schon erwähnt - vor allem Bauer sehr wichtig, da ein Staat nur dann sinnvoll geführt werden könnte, wenn die richtigen Menschen zur richtigen Zeit die richtigen Ämter innehaben würden. Dabei sprach Bauer auch sich selbst an, denn genau wegen dieser Auffassung legte er 1919 sein Amt als Außenminister zurück und deswegen legte er Renner 1920 nahe, dass die Koalition mit den CS beendet werden sollte, da sie in Zukunft nichts mehr erreichen könnte, weil die Staatsverständnisse der Parteien zu weit auseinandergedriftet waren.²⁵⁴

3.2.2 Regierung – Koalition, Umsetzung, Beendigung, Verweigerung

Die provisorische Nationalversammlung, die sich im Oktober 1918 zusammenfand, bestand aus den österreichischen Politikern (nur Männer aus drei Parteien), die bei der Wahl 1911 in den Reichsrat gewählt wurden. Sie hatten nun die Aufgabe die politische Zukunft (Deutsch-) Österreichs zu beschließen, wobei nur die Sozialdemokratie eine republikanische Demokratie forderte – Deutschnationale und Christlichsoziale wollten bei der Monarchie bleiben, welche aber demokratisiert werden sollte, indem bspw. eine demokratische Verfassung etabliert werden sollte.²⁵⁵ Während zu Beginn der Versammlung noch diskutiert wurde, ob manche der früheren Kronländer gehalten werden könnten (wie bspw. Böhmen oder Ungarn), wurde aber schnell klar, dass die Länder eigene Nationalstaatsgedanken hatten und keinen Zusammenschluss wollten. Österreich – das Zentrum der Monarchie – war damit abgeschnitten von vielen Ressourcen und hatte mit Rohstoffknappheit zu kämpfen. Deswegen blieb den Politikern nichts anderes übrig als es den anderen Ländern gleich zu tun und sie verkündeten am 30. Oktober 1918, dass die Geburtsstunde des neuen Deutschösterreich geschehen war.²⁵⁶ Dieser neue Staat

²⁵³ Maderthaner, Müller (Hg.), Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 97.

²⁵⁴ Hanisch, Der große Illusionist 197, 214f.

²⁵⁵ Walter Rauscher, Die verzweifelte Republik. Österreich 1918-1922 (Wien 2017) 34f.

²⁵⁶ Rauscher, Die verzweifelte Republik 42-44.

musste aber auch verwaltet werden, was dazu führte, dass alle drei aktuell existenten Parteien provisorisch die Regierungsposten einnahmen. Renner wurde vorerst vorübergehend zum Staatskanzler ernannt, da er mit allen Parteien eine Gesprächsbasis hatte – zumindest bis eine neue Wahl stattfinden würde. Die Regierung hatte vor allem Grundsätzliches auszuarbeiten: Den Kaiser zum Abdanken bewegen, die neue Staatsform bestimmen und den Staat konsolidieren. Detaillierteres wurde an die tatsächlich demokratisch legitimierte Regierung nach der Wahl im Februar 1919 weitergetragen. Diese Wahl gewann die SDAP zwar, sie konnte aber keine absolute Mehrheit erreichen, was Debatten über Koalitionsmöglichkeiten hervorrief.²⁵⁷

Bauer traute dem Prinzip Koalition mit einem Partner, der gänzlich andere Vorstellung hatte, aber nicht: *„Ich bin kein Freund solcher Koalitionen. Ich halte sie für naturwidrig und bin überzeugt, daß jeder solche Parteienbund durch seine inneren Widersprüche gelähmt und durch die unüberwindlichen Klassengegensätze nach kurzer Zeit gesprengt wird. Nur die höchste Not kann ein solches Zusammenwirken notwendig und dadurch auch möglich machen. Aber in solch höchster Not ist unser Staat entstanden und in solch höchster Not leben wir auch im Augenblick noch.“*²⁵⁸

Renner wiederum war der Ansicht, dass auch die Arbeiterklasse an das nationale Kapital geschmiedet sei und dass sie deswegen den Kapitalismus mit den CS in der Regierung akzeptieren und teilweise sogar fördern müsste. Eben diese Ansicht war ein großer Streitpunkt zwischen Bauer und Renner: Bauer wollte nur so lange eine Koalition dulden, bis ein Untergang Österreichs ausgeschlossen war (idealerweise nach ein paar Monaten mit dem Anschluss an Deutschland); Renner hingegen dachte, dass der Kapitalismus der Arbeiterklasse kurzfristig helfen könnte, sodass er eine Zusammenarbeit mit den CS einstweilig begrüßte, da er dachte, dass auch diese die Verarmung der Arbeiterschicht stoppen wollen würden – retrospektiv ein Trugschluss, den Renner 1920 auch selbst erkannte.²⁵⁹

Bauer sah in der Koalition aber die Option, dass die Partner so dominiert werden würden, dass sie in die Defensive gedrängt werden könnten und deswegen sozialpolitisch bei gewissen Forderungen Bauers mitstimmen würden. Er zählte also auf das Mittel der funktionellen

²⁵⁷ Alfred Pfoser, Andreas Weigl, Die erste Stunde Null. Gründungsjahre der österreichischen Republik 1918-1922 (Salzburg/Wien 2017) 122-125.

²⁵⁸ Otto Bauer, Eine Rede des Staatssekretärs Bauer, abgedruckt in Arbeiterzeitung (24.11.1918). In: Bauer Werkausgabe, Bd. 7 20f.

²⁵⁹ Hautmann, Geschichte der Rätebewegung 127-129.

Demokratie und weniger auf die parlamentarische: die CS sollten außerparlamentarisch bekämpft werden, bis sie innerparlamentarisch einknicken und unfreiwillig dabei mithelfen die soziale Demokratie herzustellen.²⁶⁰

Schon 1919 als Bauer als Außenminister zurücktrat, war er nicht mehr überzeugt davon, dass die SDAP in der Koalition bleiben sollte. Der Rücktritt selbst geschah aber nicht nur wegen des Koalitionspartners, sondern aufgrund des Anschlussverbots, welches bei den Friedensverhandlungen verhängt wurde. Er war der Ansicht, dass absichtlich gegen ihn intrigiert wurde (er verdächtigte England und Frankreich), weil er zu links gewesen wäre und die Mächte deswegen Angst vor ihm und seinen Ideen gehabt hätten. Deswegen würden sie auch Forderungen wie den Anschluss blockieren; nicht, weil es eine schlechte Idee wäre, sondern weil sie Angst vor einem links-dominierten großen Deutschland (inklusive Österreich) haben würden.²⁶¹

Mitunter auch deswegen, dass er sowohl im In- als auch Ausland nicht allzu beliebt war, war er sich sicher, dass er nicht mehr der richtige Mann für den Posten des Staatssekretärs für Äußeres war, was gemäß seiner eigenen Moral nur ein Ausscheiden aus dem Posten bedeuten durfte. Er mischte sich aber weiterhin in die Regierungsangelegenheiten ein: beriet Renner, sprach mit den Wähler*innen und schrieb über die Ziele der SDAP; Rollen, in welchen er sich wohler fühlte im Vergleich zu repräsentativen Posten und Aufgaben.

Es musste aber auch in Erwägung gezogen werden, was es für die Arbeiterschaft bedeutet hätte, wenn deren Partei nicht mehr in Regierung wäre: Eine Auflösung der Koalition würde aber unausweichlich zu einem unlösbaren Konflikt führen, denn die Alternativen schienen alle wenig reformträchtig zu sein. Einerseits wäre dies eine rein bürgerliche Regierung, welche Arbeiterschaft und Volkswehr aber nicht akzeptieren würden und andererseits eine sozialistische, welche außerhalb von Wien aber kaum Macht hätte und somit wenig umsetzen könnte. Ein weiter wie bisher wäre aber auch keine Option, denn die CS würden alle Reformationsversuche sabotieren und die Länder würden ihren Föderalismus so weit ausnutzen, dass sie nicht auf Anweisungen des Bundes achten.²⁶² Ein Austritt aus der Regierung, welche Neuwahlen zur Folge hätte, schien für Bauer zu diesem Zeitpunkt unausweichlich zu sein, jedoch müssten zuvor Entscheidungen getroffen werden, die

²⁶⁰ Saage, Bauer. Ein Grenzgänger 161.

²⁶¹ Hanisch, Der große Illusionist 161.

²⁶² Brief von Otto Bauer an Karl Kautsky, 26.01.1920. In: VGA Wien Personenarchiv, Teilnachlass Otto Bauer, Karton 2, Mappe 13, Nr. 58.

Wähler*innen anziehen würden, denn er fürchtete, dass die Bürgerlichen eine Mehrheit haben würden. Insbesondere eine populäre, aber polarisierende wirtschaftliche Entscheidung, wie bspw. eine Vermögensabgabe müsste versprochen werden, um Unentschlossene für sich zu gewinnen; dabei sollte es auch keine Rolle spielen, dass die CS und einige ihrer Klientelen verärgert werden würden.²⁶³

Später sagte Bauer, dass die Dominanz der SDAP über die CS im ersten Jahr der Koalition recht gut gelungen wäre; nachdem die CS sich aber gefangen hätten (aufgrund bürgerlicher Erfolge bspw. in Ungarn oder Deutschland, wo linke Aufstände bzw. Gruppierungen niedergeschlagen wurden), konnte die SDAP keine gute Regierungspolitik mehr machen: *„Im Anfang der Epoche, etwa im ersten Jahre nach dem Umsturz, war es für die Bourgeoisie ganz klar, daß sie keinen Tag hätte den Staat regieren können. Die Bourgeoisie kannte damals ihre ganze Schwäche, sie zitterte vor der Revolution, und deswegen war sie damals weich und nachgiebig. Es war damals nicht besonders schwer, ihr das aufzuzwingen, was das Proletariat gerade gebraucht hat. (...) Deshalb war jenes erste Jahr der Koalition für das Proletariat so fruchtbar, deswegen war es in diesem ersten Jahre möglich, für die Arbeiterklasse so viel zu erobern, zu gewinnen, innerhalb der Koalition.“*²⁶⁴

Die SDAP hätte demnach die Republik gegründet und gefestigt; die Bürgerlichen würden nun die Lorbeeren der Sozialdemokraten als die ihren verkaufen, um von ihrem Versagen abzulenken. Die Hoffnung, dass aus der Arbeit für die Republik eine soziale Demokratie entstehen würde, wäre vorerst also daran gescheitert, dass die Bourgeoisie sich an ihre alten, unterdrückenden Strukturen erinnert hat und die Strategien von früher wieder anwendete, um durch das Leid der Arbeiter*innen den eigenen Wohlstand aufzubauen. Das, wovor Bauer zu Beginn der Koalition also warnte, ist eingetreten: Die Klassengegensätze sorgten für einen Bruch, welcher kaum mehr zu reparieren wäre und welcher die Arbeit, welche nötig ist, um den sozialistischen Staat zu schaffen, erschweren würde.²⁶⁵

Eine Sozialdemokratie in der Regierung könnte demnach nur mehr allein regieren, weil es keine passenden Partnerparteien für sie geben würde. Eine Weiterführung der Koalition hätte im Land nur Stillstand bedeutet und ein längerfristiges Klassengleichgewicht erzwungen; durch gute Oppositionspolitik würde dieses Gleichgewicht gestört werden und zu einer absoluten Mehrheit

²⁶³ Bauer an Kautsky 26.01.1920.

²⁶⁴ Otto Bauer, Rede auf dem Parteitag der SDAP 1920 (05.-07.11.1920). In: Bauer Werkausgabe, Band 5 212.

²⁶⁵ Robert Kriechbaumer, Welcher Staat? In: Krammer, Kühberger, Schausberger (Hg.), Der forschende Blick 46f.

der SDAP führen, weil die Regierungskonstellation der Bürgerlichen früher oder später zusammenbrechen würden, da diese nicht demokratisch genug wären, um einen demokratischen Staat führen zu können. Die CS hätten demnach genau das getan, was Bauer in der SDAP um jeden Preis vermeiden wollte: Sie stellten die eigenen Interessen über das des Volkes; sie stellten die Bekanntesten und Mächtigsten an hohe Posten und nicht die Kompetentesten; und sie waren keine überzeugten Demokrat*innen. Diese bürgerliche Republik wäre somit nur eine Phase im langfristigen Kampf des Sozialismus gegen den Kapitalismus, welche ausgenutzt werden sollte, da sie die Schwächen des Kapitalismus offenlegen werden würde.²⁶⁶

Es gab im Verlauf der Ersten Republik noch mehrmals Optionen, dass die SDAP in eine Koalition mit den CS eintreten hätte können, was aber nie geschah: 1922 scheiterte es daran, dass Seipel den sozialdemokratischen Sanierungsplan (Kap. 3.3.2) nicht akzeptieren wollte und ab 1927 lehnte Bauer mehrere Angebote ab, da eine Koalition seiner Meinung nach das Ende des Kampfes für die Arbeiterschaft bedeutet hätte, welche dann in die politische Indifferenz abgeglitten wäre.²⁶⁷

Bauer war wohl nicht aus Prinzip gegen jede Koalition, aber er konnte keinen Angeboten zustimmen, welche seiner Meinung nach dem Proletariat geschadet hätten. Sein Politik- und Geschichtsbild war vom Klassenkampf bestimmt, welcher in einer Koalition nicht gut geführt werden könnte; eine Ansicht, die viele Menschen später als einen Mitgrund des Untergangs der Ersten Republik ansahen.

3.2.3 Oppositionsverantwortung

Opposition war für Bauer die politische Position, in welcher er sich am wohlsten fühlte. Als Oppositionspolitiker konnte er sich vollends auf seine theoretische Arbeit sowie auf den Plan der Machtergreifung und der Etablierung des sozialistischen Staats konzentrieren. Er ging sogar so weit, dass er „*Opposition als geschichtliche Notwendigkeit*“²⁶⁸ und als „*natürliche Stellung des Proletariats*“²⁶⁹ bezeichnete. Opposition sollte die Stellung sein, in welcher die Partei ihre Macht konsolidiert; eine neuerliche Regierungsoption wäre nur dann gegeben, wenn die SDAP sich sicher sein könnte, dass sie genügend Macht durch das Volk erhalten würde, um in einer

²⁶⁶ Kriechbaumer, Welcher Staat? 47-49.

²⁶⁷ Hanisch, Der große Illusionist 211.

²⁶⁸ Otto Bauer, Die Weltlage des Sozialismus und unsere nächsten Aufgaben, Rede auf dem Parteitag der SDAP (25.-27.11.1921). In: Bauer Werkausgabe, Band 5 250.

²⁶⁹ Bauer, Die Weltlage des Sozialismus und unsere nächsten Aufgaben. In: Bauer Werkausgabe, Band 5 253.

Regierungsposition wirklich ihre Forderungen durchsetzen zu können. Zudem könnten sich die Arbeiterschaft und die SDAP in der Opposition vollends darauf besinnen, den Aufstieg des Kapitalismus zu stoppen.²⁷⁰

Eine Stellung in der Opposition ermöglichte es der Partei zusätzlich einen funktionierendes Gegenkonzept zur bürgerlichen Regierung zu bilden, indem eine Mehrheit im Bundesrat angestrebt wurde. Der neue Föderalismus sollte so ausgenutzt werden, dass die SDAP die Bundesländer (welche die Posten im Rat besetzten) dominieren könnte, um einen föderalen Gegenpol zur zentralistischen bürgerlichen Regierung zu bilden. Dieser Plan scheiterte zwar großflächig, er brachte aber das Paradebeispiel des österreichischen Sozialdemokratie hervor: das ‚Rote Wien‘. In den restlichen Bundesländern scheiterte der Plan, weil Bauer die Möglichkeiten die Zwischenschichten von sich zu überzeugen überschätzte. In ländlich und bäuerlich geprägten Gebieten war die Erfolgsquote der SDAP recht gering, was darauf zurückzuführen war, dass die Narrative Bauers, dass die antiproletarische Linie der Regierung auch den klein- und mittelständischen Bäuer*innen schaden würde, nicht akzeptiert bzw. geglaubt wurde.²⁷¹

Das Oppositionsprojekt des ‚Roten Wiens‘ sollte für die bürgerliche Regierungen ein großes Dorn im Auge werden und für die SDAP der Quell ihrer Macht und der Demokratie. Wien wäre alles gewesen, was die Bürgerlichen nie erreichen hätten können (bzw. teils auch wollen), weil deren Staatsverständnis immer nur auf Kontrolle und Unterdrückung basiert hätte: *„Die Demokratie – das ist die Vereins-, Versammlung-, Presse-, Demonstrations-, Streikfreiheit, die Freiheit in der Führung des organisierten Massenkampfes der Arbeiterklasse. (...) Die Demokratie – das ist Parlamentarismus. Das heißt: man soll uns nicht mehr zu Mitternacht damit überraschen können, daß der Ministerrat die oder jene Schmälerung unserer sozialen Rechte über uns verhängt hat. (...) Die Demokratie – das ist unser schöpferisches Wirken in unserem roten Wien.“*²⁷² Wien war der Ort, der den Faschismus in Österreich lange zurückgehalten hätte; es war der einzige Ort, in welchem die demokratischen Rechte vollends ausgelebt wurden. Und genau deswegen – weil Wien der Oppositionsort schlechthin war, weil Wien das Bollwerk gegen den Faschismus war – musste Wien mit aller Macht bekämpft

²⁷⁰ Bauer, Die Weltlage des Sozialismus und unsere nächsten Aufgaben. In: Bauer Werkausgabe, Band 5 252f.

²⁷¹ Saage, Ein Grenzgänger 167.

²⁷² Bauer, Um die Demokratie. In: Bauer Werkausgabe, Band 9 307f.

werden, denn, wenn das restliche Österreich erkannt hätte, dass das Leben an einem solchen Ort viel besser wäre, dann wäre die Zeit der bürgerlichen Republik zu Ende gewesen.²⁷³

Die Rolle in der Opposition stellte Bauer aber auch auf die Probe, wenn er das Gefühl hatte, dass die Regierung den Menschen Österreichs schaden würde. Bei den Krisen, die Österreich verfolgten (nach dem Ende der Koalition waren das die Wirtschaftskrise und ein drohender Einmarsch Ungarns im Burgenland) würde die Regierung versagen. Die SDAP könnte die Krisen besser verwalte; ob dies aber den Preis in eine Koalition einzutreten wert wäre, wäre unklar. Bauer schrieb an Friedrich Adler, dass – sollten die Krisen sich intensivieren – die Arbeiterschaft eine bürgerliche Regierung nicht mehr akzeptieren würde. Die Zukunft wäre in Folge ungewiss, da die einzig andere Möglichkeit - eine sozialistische Regierung - keine Mehrheit im Parlament hätte und zusätzlich würde jeder Versuch Maßnahmen umzusetzen, von den Bürgerlichen im In- und Ausland als Bolschewismus denunziert werden.²⁷⁴

Ein ‚weiter wie bisher‘ würde aber die Krone zusammenbrechen lassen sowie den Verlust des Burgenlands an Ungarn bedeuten. Bauer schlug deswegen vor, dass so schnell wie möglich Neuwahlen stattfinden sollten; die Parteien müssten sich davor aber darauf einigen, dass in einer zukünftigen Regierung alle Parlamentsparteien proporzmäßig einen Platz finden sollten, um die Krisen für alle Gesellschaftsschichten überwinden zu können.²⁷⁵

Bauer war also durchaus gewillt, einer Koalition eine neue Chance zu geben; sie müsste aber so geführt werden, wie es zu Beginn der Republik geschehen war: die Koalitionspartner dominieren. Ein Gleichgewicht in der Regierung könnte dafür sorgen, dass die Parteien sich gegenseitig alle Maßnahmen zunichtemachen, was vor allem dem Volk schaden würde. Diese Option bot sich aber im Verlauf der Ersten Republik nicht. Jede Koalitionsmöglichkeit wurde aber abgelehnt, da sie ein Gleichgewicht der Klassenverhältnisse bedeutet hätte, was für Bauer nicht tragbar gewesen wäre. Auch die anderen Begründungen, warum eine Koalition kontraproduktive wäre, änderten sich nicht: Die SDAP war nie stark genug (bzw. die CS nie schwach genug), sodass eine Koalition dominiert werden könnte; die Beliebtheit Bauers im bürgerlichen Lager und im kapitalistischen Ausland verbesserte sich nicht, was ein Verunglimpfen der SDAP, was langfristig der Arbeiter*innenbewegung geschadet hätte, wahrscheinlicher gemacht hätte; und das Erobern der Macht wäre in einer Koalition

²⁷³ Bauer, Um die Demokratie. In: Bauer Werkausgabe, Band 9 308f.

²⁷⁴ Brief von Otto Bauer an Friedrich Adler, 07.08.1921. In: VGA Wien Personenarchiv, Briefe Otto Bauer 1921-1938, Mappe 84, Nr. 34.

²⁷⁵ Otto Bauer an Friedrich Adler 07.08.1921.

schwieriger, da in einer Regierung unbeliebte Maßnahmen getroffen werden müssten, die potenzielle Wähler*innen vergraulen könnten, was dem langfristigen Ziel des sozialistischen Staats schaden hätte können.

3.3 Internationales

Wirtschaft und Internationalität gingen in der Ersten Republik Hand in Hand: Jegliche Wirtschaftskrisen wurden entweder durch internationale Hilfen gelöst oder aufgrund internationaler Misswirtschaft ausgelöst. Durch die Entstehung von internationalen Bündnissen wie dem Völkerbund, vernetzten sich viele Volkswirtschaften, was internationale Kooperation unausweichlich machte.

Bauer selbst hatte internationale Aspekte in seinem Denken zentral integriert; diese waren aber stets sozialistisch und teils auch deutschnational motiviert. Abhängigkeiten von kapitalistischen Ländern wollte er unbedingt vermeiden, was zu reichlich Konflikten mit anderen Parteien und Ländern führte.

3.3.1 Anschlussfantasien

Bauer legte viel Wert auf außenpolitische Aspekte: So stellte er ähnliche bis idente Forderungen bezüglich eines Zusammenschlusses europäischer Arbeiterschaften wie noch zu Monarchiezeiten. Was aber für Bauer 1918 außenpolitisch die zentralste Forderung war, war der Anschluss Österreichs an Deutschland. Dies begründete er damit, dass die Republik Deutschösterreich in ihrem verkleinerten Zustand nicht lebensfähig sei (insbesondere wirtschaftlich). Bauer war aber nicht der Einzige, der dieser Ansicht war: So gut wie die gesamte SDAP, die Großdeutsche Partei aber auch ein Großteil der CS befürworteten einen solchen Anschluss. So ist es nicht verwunderlich, dass Bauer als erster Außenminister der Republik diesen Anschlusskurs intensiv verfolgte. Den Außenministerposten erhielt er auf Drängen Victor Adlers kurz vor dessen Tod. So war Bauer an den Friedensverhandlungen nach dem Krieg beteiligt und versuchte den Alliierten seine Forderungen nahe zu bringen.²⁷⁶

Sollte ein Anschluss an Deutschland von der Entente verhindert werden, zog Bauer aber auch andere Länderbündnisse in Betracht. So schrieb Bauer an Renner, dass die politischen und geographischen Rahmenbedingungen zu diesem Zeitpunkt wohl nur eine Einigung mit Ungarn

²⁷⁶ Gerhard *Strejcek*, *Der unvollendete Staat. Adolf Julius Merkl und die Verfassung der Republik Deutschösterreich 1919/20* (Hamburg/Wien 2019) 41f.

und Tschechien ermöglichen würden. Eine Verbindung mit Ersterem wäre für Österreich aber nachteilig, da dieses Land mit denselben wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hätte und ein Zusammenschluss aufgrund einer komplexeren Verwaltung das Leid beider Völker nur erhöhen würde. Tschechien würde eine Union ablehnen, da es Österreich politisch und industriell weit überlegen wäre und somit nur Nachteile davon hätte.²⁷⁷

Andere – leicht utopische – Ideen für zukünftige Bündnisse stellte Bauer auch in den Raum: Einerseits könnte sich in geraumer Zeit Süddeutschland von Norddeutschland loslösen in welchem Fall Österreich dringend einen Anschluss an den südlichen Teil erzwingen sollte; andererseits könnte Jugoslawien zerfallen, was Unionsmöglichkeiten in diesem Raum (bspw. mit Kroatien und Slowenien) erschließen würde.²⁷⁸

Eine Union jedweder Art sah Bauer also als unumgänglich an: Um eine Union in naher Zukunft zu ermöglichen, müssten sich im Rahmen der Friedensverhandlungen also alle Möglichkeiten offengehalten werden. Idealerweise müsste die Entente sich zerstreiten, damit eine mitteleuropäische Union im Zuge einer revolutionären Welle gebildet werden kann. Dementsprechend müssten stets gute diplomatische Beziehungen zu allen in Frage kommenden Ländern gehalten werden.²⁷⁹

Bauer hatte aber auch andere Intentionen, wenn er Zusammenschlüsse mit anderen Nationen forderte, denn dann hätte das Proletariat ziemlich sicher eine Mehrheit über die Klientelen anderer Parteien und könnte den sozialistischen Staat implementieren: *„Unser deutschösterreichischer Staat ist ein Notgebilde, zu vorübergehender Leistung bestimmt. Wenn es erst in dem großen Deutschland aufgegangen sein wird, dann werden unserer Nationalversammlung keine wichtigen Aufgaben mehr bleiben. Das Schwergewicht der Gesetzgebung und der Verwaltung wird dann einerseits an das Reich fallen, andererseits an die lokalen Selbstverwaltungskörper, an Gemeinden, Kreise und Länder. Im Reiche aber kann die Arbeiterschaft auf demokratischem Wege die Herrschaft erlangen, und in den Stadtgemeinden und industriellen Kreisen und Ländern wird sie mit demokratischen Mitteln die Herrschaft erobern.“*²⁸⁰ Bauer war also der Ansicht, dass ein größeres Land die Arbeiterbewegung stärken würde, da mehr Massen mobilisiert werden könnten. In einem größeren Land wäre es zudem

²⁷⁷ Brief von Otto Bauer an Karl Renner, 31.05.1919. In: VGA Wien Personenarchiv, Teilnachlass Otto Bauer, Karton 1, Mappe 2, Nr. 3/329 3.

²⁷⁸ Bauer an Renner 31.05.1919 4.

²⁷⁹ Bauer an Renner 31.05.1919 4.

²⁸⁰ Otto Bauer, Räterediktatur oder Demokratie? (Wien 1919). In: Bauer Werkausgabe, Band 2 150.

leichter Teile der Nation (unabhängige Bundesländer) zu sozialisieren – ähnlich dem Plan, der später im ‚Roten Wien‘ verfolgt wurde.²⁸¹

Da die Friedensverhandlungen in St. Germain der Anschlussforderung einen Riegel vorschoben, legte Bauer sein Amt zurück, da er nicht verhindern könnte, dass ausländische Mächte Österreich zu ihrem eigenen Vorteil missbrauchen würden. Der Anschluss würde verhindert werden, da die Kapitalist*innen (vor allem aus Frankreich und den USA) ihre Investitionen in Österreich weiterhin ausschachten wollen würden und damit die einfache Bevölkerung ausbeuten wollen würden.²⁸² Zusätzlich würde Österreich im aktuellen Zustand zerfallen, da keine Person sich mit diesem Land identifizieren würde: *„Die Menschen dieses Landes in ihrer Mehrzahl fühlen sich nicht als Deutsche oder als Österreicher, sondern als Steirer, Kärntner, Tiroler (...). Wenn wir allein bleiben, dann wird dieser Staat nichts anderes sein, als eine sehr lose Föderation dieser kleinen Länder, und wir werden hier ein Zwergenstaatenleben führen, (...) ein Leben in dem nichts Großes gedeihen kann, am allerwenigsten das Größte, das wir kennen, der Sozialismus.“*²⁸³

Ähnlich dem Nationalitätenkonflikt während der Monarchie, würden die Bundesländer sich zerstreiten und früher oder später wäre auch das ‚neue Österreich‘ ein Land, in welchem nichts vorwärts gehen würde, weil die Menschen aus unterschiedlichen Bundesländern sich auf nichts einigen könnten. Sollte das große Ziel des Sozialismus überhaupt eine Chance haben implementiert zu werden, müsste es ein einiges (Deutsch-)Österreich geben, in welchem sich die verschiedenen Parteien und Volksgruppen nicht die Köpfe einschlagen.²⁸⁴

Daran ist zu sehen, dass Bauer zu Beginn der Republik voller Hoffnung war, dass ein Großteil der Menschen in Österreich eine Sozialisierung begrüßen würde. Während der 20er-Jahre wurde ihm aber bewusst, dass dies nicht geschehen würde, wenn die CS-Agitatoren die bürgerliche Bevölkerung mit ihren Lügen beeinflussen würde. Bauer prophezeite also schon 1919, was eine Sozialisierung aufhalten könnte – und genau dies geschah dann durch die Spaltung Österreichs bzw. vor allem durch die Gründe, die im ‚Gewalt‘-Kapitel behandelt wurden.

²⁸¹ Rauscher, Die verzweifelte Republik 77.

²⁸² Otto Bauer, Acht Monate auswärtiger Politik, Rede in Wien (29.07.1919). In: Bauer Werkausgabe, Band 2 188f.

²⁸³ Bauer, Acht Monate auswärtiger Politik. In: Bauer Werkausgabe, Band 2 189.

²⁸⁴ Bauer, Acht Monate auswärtiger Politik. In: Bauer Werkausgabe, Band 2 189-191.

3.3.2 Wirtschaftskrise(n) und deren ‚Lösungen‘

Die Erste Republik war zudem gezeichnet von wirtschaftlichen Problemen: (Hyper-) Inflation und (Welt-) Wirtschaftskrisen folgten in regelmäßigen Abständen. Die Maßnahmen, die unternommen wurden, um die Krisen abzuschwächen, waren aber nicht immer populär. So war die Genfer Sanierung von 1922 ein Versuch der CS die Inflation einzudämmen, indem der Völkerbund Österreich 650 Millionen Goldkronen übergab. Über dieses Geld könnte Österreich frei und steuerlos verfügen; jegliche Verwendung müsste aber von einem Generalkommissar – eingesetzt vom Völkerbund – abgesegnet werden.²⁸⁵ Die SDAP begrüßte die Sanierung aber nicht, da sie das Selbstbestimmungsrecht Österreichs kappen würde und weil sie den Anschluss Österreichs an Deutschland untersagt. Bauer bezeichnete sie als ‚Knechtungsvertrag‘, da der Völkerbund damit Österreich auf Dauer klein halten wollen würde. Der Generalkommissar könnte jegliche finanzpolitische Entscheidung nach eigenem Ermessen erlauben oder verhindern, ohne dass Österreich dabei Mitsprache haben würde. Somit würde das Land nach Gutdünken der Großmächte umgebaut werden – sie würden deren Wirtschaftssystem etablieren, was de facto ein Ende des Sozialismuskapitels sein würden. Zudem würde die Budgethoheit des Nationalrates gebrochen werden, was die Sozialdemokratie als Oppositionspartei aus allen finanzpolitischen Verhandlungen ausschließen würde. Die Etablierung eines solchen Vertrages wäre somit der Beginn eines diktatorisch regierenden Kanzlers Seipel, der eine ‚schrakenlose Klassenherrschaft‘ etablieren wollen würde, in welcher die Arbeiter*innen massiv zu leiden hätten.²⁸⁶

Stattdessen formulierte die SDAP ein Gegenkonzept zur Sanierung, in welcher kapitalistische, wohlhabende Institutionen einen Vermögensaustausch durchführen hätten müssen: Banken und Börsen sollten Zwangsanleihen aufgebunden werden, welche sie in Devisen, Valuten ausländischen Aktien oder Obligationen einzahlen müssten. Auch Aktiengesellschaften sollten ihre Aktien als Zwangsanleihen ausgeben müssen. Zusätzlich sollte noch eine Vermögenssteuer dazu führen, dass die Reichsten ihren Teil zum Erhalt des Staates beitragen.²⁸⁷ Diese Konzeption würde die Wirtschaft Österreichs retten, ohne dass das Land vor ausländischen Invasoren im Staub kriechen müsste. Insbesondere die Arbeiter*innen und das ‚einfache‘ Volk würden leiden müssen, da die CS mit der Sanierung zusätzliche Steuern planen würden, die

²⁸⁵ Pfoser, Weigl, Die erste Stunde Null 209f.

²⁸⁶ Otto Bauer, Der Genfer Knechtungsvertrag und die Sozialdemokratie. Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Wien (14.10.1922). In: Bauer Werkausgabe, Band 2 462-464.

²⁸⁷ Wolfgang Fritz, Sterne und Gassen. Sozialdemokratische Finanzpolitik 1890-1934 (Wien 2016) 254.

dem städtischen Volk mehr schaden würden – darunter bspw. die Erhebung einer Gas- und Stromsteuer als Bundesabgabe.²⁸⁸

Bauer positionierte sich zwar deutlich gegen diese Sanierung, nicht aber gegen Finanzspritzen aus dem Ausland im Gesamten: *„Wenn also das Ausland uns eine Kontrolle auferlegen wollte als Preis für einen (...) kommenden Kredit, eine Kontrolle, die dem Ausland Garantie dafür bietet, daß gewisse im Kreditvertrage ganz bestimmt formulierte Bedingungen erfüllt werde, und wenn das Bedingungen sind, die mit unserer volkswirtschaftlichen, sozialen und politischen Existenz vereinbar sind, dann wird niemand grundsätzlich erklären, daß er der Kontrolle wegen die Kredite ablehnen müsse.“*²⁸⁹ Das, was Völkerbund und CS aber mit der Sanierung planen würden, gehe weit über eine akzeptable Kontrolle hinaus. Das arbeitende, österreichische Volk müsste sich dauerhaft dem Kapitalismus der großen Mächte unterwerfen – dies wäre Landesverrat und Verrat an den eigenen Werten.²⁹⁰

Eine sehr ähnliche Situation ergab sich knapp ein Jahrzehnt später als die Regierung erneut beim Völkerbund eine Anfrage über eine Anleihe stellte. Die Lausanner Anleihe vom 15. Juli 1932 über 300 Millionen Schilling (nach dem Währungswechsel im Nachgang der Genfer Sanierung) war eine Folge der Weltwirtschaftskrise und dem Zusammenbruch der Creditanstalt für Handel und Gewerbe 1931 – einer der größten Banken des Landes. Arbeitslosigkeit, Inflation und ein radikales gesellschaftliches Klima sorgten dafür, dass CS und SDAP sich an einen Tisch setzten, um ein Sanierungsprogramm auszuarbeiten. Diese konnte aber nicht alle Erwartungen erfüllen; teilweise auch aufgrund eines Heimwehrputsches im September 1932. Der Putsch misslang zwar, zeigte der SDAP aber auf, wie faschistisch die CS inzwischen waren, da bspw. der Verteidigungsminister Vaugoin, der Wiener Polizeipräsident Brandl oder der steirische Landeshauptmann Anton Rintelen (alle mit CS-Assoziation/Mitgliedschaft) aktiv am Putschversuch beteiligt waren, in Folge aber nicht dafür verurteilt wurden. Bauer veranlasste dies dazu im Nationalrat die Justiz als ‚Hure der Heimwehr‘ zu bezeichnen und verweigerte eine Kooperation mit den CS, die den Faschismus in ihren Reihen fördern würden.²⁹¹

Dass sich Bauer gegen die Lausanner Anleihe nicht so sehr wehrte, wie gegen die Genfer, ist damit zu erklären, dass er hoffte, dass die Anleihe wahrhaftig zum Wohl der Bevölkerung eingesetzt werden würde. Zudem waren die Bedingungen der Anleihe sehr ähnlich zu 1922:

²⁸⁸ Das Sanierungsprogramm und die Gemeinden, Artikel in der Arbeiterzeitung Nr. 294 (02.11.1922) 2.

²⁸⁹ Otto Bauer, Die Genfer Sanierung. Rede im Nationalrat (14.09.1922). In: Bauer Werkausgabe, Bd. 5 834.

²⁹⁰ Bauer, Die Genfer Sanierung. In: Bauer Werkausgabe, Bd. 5 835.

²⁹¹ Karl Aush, Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption. Neuausgabe des Originals von 1968, hg. Alexander Emmanuely, Brigitte Lehmann (Wien 2013) 339-342.

Vor allem die Verlängerung des Anschlussverbots (welchen Bauer seit dem Erstarken des Nationalsozialismus nicht mehr so vehement verfolgte) und die Besetzung eines Völkerbundkommissars kam wieder auf. Warum Bauer beides wollte bzw. nicht wollte, war genau gleich zu begründen, wie zehn Jahre früher.

Trotz dessen, dass er die Anleihe nicht gänzlich negativ betrachtete, änderte dies nichts daran, dass Bauer die CS für ihren Plan mit der Anleihe heftig beschimpfte, denn sie wollten damit die Creditanstalt wieder aufbauen. Bauer wollte hingegen, dass das Geld verwendet wird, um Arbeitsplätze zu schaffen – Arbeit für 200000 nannte er seinen Plan. Die Menschen hätten nichts davon, wenn eine Bank wiederaufgebaut wird, welche die Bürger*innen nur ausnehmen wollen würde. Dabei wäre wieder zu sehen, dass die CS nur Politik für die Bourgeoisie machen würde und die anderen Menschen ihnen vollkommen egal wären, solange sie ausgebeutet werden könnten.²⁹²

3.3.3 Sozialistische Internationale

Wie schon besprochen, wollte Bauer einen internationalen Zusammenschluss der Arbeiter*innenbewegung. Dabei schloss er auch die Kommunist*innen mit ein. Eine solche Einheitsfront (als Synonym zum integralen Sozialismus) sollte es der Bewegung ermöglichen ihre Ziele (bzw. hauptsächlich der Kampf gegen den Kapitalismus) leichter umzusetzen und einen mächtigen Gegenpol zur Bourgeoisie zu bilden. Die Internationale teilte aber ihr Schicksal mit den beiden Vorgänger*innen: Interne Unstimmigkeiten verhinderten, dass sie wirksamen Einfluss ausüben konnte – es wurden zwar Ländergruppen vernetzt, aber eine langfristig wertvolle und wirksame Zusammenarbeit fand eher nicht statt.

Die Sozialistische Arbeiterinternationale wurde 1923 gegründet; zuvor schon wurde auf Initiative hauptsächlich Bauers und Friedrich Adlers die ‚Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien‘ (IASP) – auch die Wiener Internationale genannt - ins Leben gerufen, welche zur Gründung der Internationale 1923 in dieser aufging. Sie galt als die legale Nachfolgerin der Zweiten Internationale, welche sich während des Weltkriegs auflöste. Die IASP betrachtete sich als eine Zwischenlösung von Reformismus und Bolschewismus, was sowohl die Kommunist*innen der neuen Komintern (Dritten Internationalen – von Lenin ins Leben gerufen) als auch die Parteien aus der alten Zweiten Internationalen ansprechen sollte.²⁹³

²⁹² Otto Bauer, Arbeit für 200.000. Ein Wegweiser aus der Not. Vortrag auf der Reichskonferenz der freien Gewerkschaften (15. Juli 1933). In: Bauer Werkausgabe, Band 3 941f.

²⁹³ Zeittafel der Internationale. In: Bauer Werkausgabe, Band 6 15f.

Diese Organisationen hatten sich vorrangig das Ziel gestellt gegen jeglichen Imperialismus und Faschismus zu handeln, sowie jegliche Art von proletarischer Revolution zu unterstützen. Bauer referierte auf dem ersten Kongress der IASP, dass fast alle proletarischen Bewegungen in Europa nach dem Krieg dasselbe Schicksal wie die SDAP erlitten hätten: Sie wurden von den kapitalistischen Entente-Mächten niedergerungen, welche Abhängigkeiten aller Länder forcieren wollten. Die Mächte wurden dabei mit größter Freude von der Bourgeoisie bzw. den bürgerlichen Parteien aller Länder unterstützt, da diese nicht gewillt gewesen wären, manche ihrer Privilegien abzugeben.²⁹⁴

Die Arbeiter*innenparteien müssten sich sofort zusammenschließen, um die Übernahme ihrer Länder zu verhindern: *„Es war überdies in dem Maße, als das Ententekapital, das sich hier festgesetzt hat, die industriellen Unternehmungen und die Banken immer mehr in seine Hand bekommen hat, immer mehr dessen unmittelbares Interesse geworden, hinter unserer Bourgeoisie stehend und mit dem Säbel rasselnd und vor allem mit der täglichen Einstellung der Lebensmittel- und Kohlentransporte drohend, das heißt mit der vollständigen Hungerkatastrophe, die Interessen der Kapitalistenklasse der siegreichen Länder zu vertreten.“*²⁹⁵ Eine Kooperation und ein geeinigtes Vorgehen der Proletarier müsste das oberste Ziel sein, um die erpresserischen Mächte in die Schranken zu weisen. Dafür müsste die neue Internationale aus den zwei Vorgänger*innen bzw. ihren Fehlern lernen, welche über die Kompromisslosigkeit bestimmter Flügel bzw. bestimmter Länder gestolpert war. Durch eine bessere Vernetzung und dem Aufbau einer sozialistischen Exekutive, welche dafür sorgen sollte, dass sozialistische Handlungen in einem bestimmten Land den Rückhalt der Sozialist*innen aus anderen Ländern genießen, sollte es möglich sein einen effektiven Gegenpol zu den kapitalistischen Parteien und Ländern aufzustellen.²⁹⁶

Langfristiges Ziel müsste es sein, dass in allen Ländern die soziale Revolution vorbereitet und durchgeführt werden wird, wenn auch einzige Revolution in ganz Europa schneller und effektiver wäre; dies bedürfte aber eine geeinte Internationale und einer Einigung auf einen genauen Plan, welche eher nicht absehbar war. Bei einzelnen Revolutionen müssten die anderen Länder in der Internationalen aktiv unterstützend mitwirken, um einen möglichen Eingriff der kapitalistischen Mächte behindern zu können. Sollten die ersten Revolution geschlagen sein,

²⁹⁴ Otto Bauer, Imperialismus und soziale Revolution, Rede auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien (22.-27.02.1921). In: Bauer Werkausgabe, Band 6 63f.

²⁹⁵ Bauer, Imperialismus und soziale Revolution. In: Bauer Werkausgabe, Band 6 64.

²⁹⁶ Bauer, Imperialismus und soziale Revolution. In: Bauer Werkausgabe, Band 6 67f.

wäre es zudem leichter für andere Länder nachzuziehen. Die Parteien der Internationale wäre es dem Proletariat, welches jahrhundertlang unter widrigen Herrschaftsbedingungen schuften musste, schuldig, dass sie alles in deren Macht tun müssten, um dessen Lebensbedingungen zu verbessern; auch wenn dies mit militärischer Gewalt geschehen müsste.²⁹⁷

Grob zusammengefasst sollte die Internationale dasselbe erreichen, wie die SDAP in Österreich: Die bürgerliche Vormachtstellung brechen, sozialistische Staaten schaffen und damit Ungleichheiten und Ausbeutung beenden. Größter Unterschied ist, dass Bauer auf europäischer Ebene das Konzept Gewalt bzw. Revolution priorisierte, um das zu erreichen; er zog zwar auch eine soziale Revolution in Österreich in Erwägung, bevorzugte es aber die Macht mit demokratischen Mitteln zu erreichen. Europaweit wäre die Revolution einfacher, denn die soziale Revolution in jedem einzelnen Land wäre sehr zeitaufwändig und bedürfte eine noch nie dagewesenen Kooperation. Selbige Kooperation fehlte aber auch im Hinblick auf eine gesamteuropäische Vorgehensweise.²⁹⁸

Eben die fehlende Kooperation - das Scheitern bei der Bildung einer Einheitsfront - wäre der Untergang des Proletariats und das größte Glück des Faschismus gewesen. Die sozialistischen Parteien wehrten sich jeweils einzeln gegen Aufstieg der Diktaturen, waren dabei aber nicht effektiv/mächtig genug, um etwas zu erreichen. Im Verbund wäre dies aber möglich gewesen: Viele Verbrechen an den Menschen hätten unterbunden werden können, wenn die Parteien der Arbeiterschaft größer gedacht hätten und die Unterschiede mit ihren Genoss*innen beiseitegelegt hätten, um den gefährlicheren Feind gemeinsam zu bekämpfen.²⁹⁹

3.4 Gesellschaft

Gerade eine Demokratisierung sollte es möglich machen, dass alle Gesellschaftsschichten gleichberechtigt am System teilhaben können sollten. Demokratie sollte zusätzlich dafür eingesetzt werden, dass die benachteiligten Schichten profitieren können sollten. Dabei dürfte die politische Elite allerdings keine Klientelpolitik betreiben, was nur mit einer Sozialdemokratie möglich wäre, die ein sozialistisches System etablieren wollen würde, in welchem das Endziel ist, dass alle Menschen keine Sorgen haben müssten aber auch niemand

²⁹⁷ *Bauer*, Rede auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Berlin (02.-05.04.1922). In: *Bauer* Werkausgabe, Band 6 79-81.

²⁹⁸ *Hanisch*, *Der große Illusionist* 179-181.

²⁹⁹ *Otto Bauer*, *Theodor Dan*, *Jean Zyromski*, *Die Internationale und der Krieg* (Wien 1935). In: *Bauer* Werkausgabe, Band 4 34f.

reich genug ist, um andere unterdrücken zu können. Die Gesellschaft sollte also am meisten von diesem neuen System profitieren – dies wäre aber nur wirklich so, wenn die Sozialdemokratie ihre Ideen auf die Demokratie anwenden könnte und nicht, wenn die Bürgerlichen das neue System zu ihrem Profit ausnützen könnten.

3.4.1 Einbringungsmöglichkeiten der Gesellschaftsschichten

Bauer erhoffte sich durch die Inklusion vom Großteil der Bevölkerung bei politischen Prozessen, dass bei den meisten Menschen die Moral über den Wucher siegen würde; dass Menschen nunmehr nicht egoistisch, sondern gemeinschaftlich handeln würden, da ihre Aktionen (bspw. das Wählen) nun wahrhaftig alle Menschen betreffen würden. Durch eine bessere Inklusionsstruktur aller Gesellschaftsschichten würde das Wesen der Demokratie voll zum Ausdruck gebracht werden und bald würden alle merken, dass Demokratie der Monarchie in jeder Hinsicht überlegen wäre.

Wahlen waren der wichtigste Prozess, um die Menschen einzubinden. Sie waren schon von Beginn der Republik an recht dreckige und feindschaftliche Prozesse. Jede Wahl war quasi eine einzige ‚Schmutzkübelkampagne‘. So war der erste Wahlkampf der Republik 1919 von gegenseitigen Verunglimpfungen und Agitationen geprägt. Die zentralen Narrative, die über die restliche Republik herrschten, wurden hier auch etabliert: die CS wären die Antidemokrat*innen; die SDAP wären die Bolschewist*innen.³⁰⁰

Was die Wahlkämpfe der Republik aber von denen aus der Monarchie maßgeblich unterschied, war die neue Wahlordnung: Die Parteien buhlten nun um Schichten, die während der Monarchie noch ignoriert wurden – hauptsächlich waren das die Frauen. Diese waren die größte fast gänzlich unerschlossene Wahlgruppe, da die wenigsten Frauen während der Monarchie Parteizugehörigkeiten hatten (wenn, dann meist aufgrund der Parteizugehörigkeit der männlichen Bezugsperson). Deswegen sprachen die Parteien Frauen in ihrer Wahlwerbung explizit an.³⁰¹ Die CS warben bspw. damit, dass Frauen zu allen Bildungsstätten zugelassen werden sollten und dass sie Zugang zu allen Berufen bekommen würden, die der ‚weiblichen Eigenart‘ entsprächen. Welche Berufe dies sein sollten, wurde aber nicht genauer ausgeführt.³⁰²

³⁰⁰ Rauscher, Die verzweifelte Republik 105, 107.

³⁰¹ Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus 88.

³⁰² Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus 89.

Von der SDAP wurde die Frauenfrage in offiziellen Programmen lange ignoriert. Erst im Linzer Parteiprogramm von 1926 gab es einen eigenen geschlechtsspezifischen Abschnitt. In diesem wurde sich zum ‚Kampf gegen die Vorurteile‘ bekannt. Die Frauenfrage wurde hier aber weniger berücksichtigt als bspw. noch in Bauers Werk ‚Der Weg zum Sozialismus‘ von 1919, wobei auch darin die Frauen nur oberflächlich angeschnitten wurden. Während des ersten Wahlkampfs warb die SDAP weniger um Frauen als die CS, was aber auch daran lag, dass sie davon überzeugt war, dass die Frauen sie sowieso wählen würden, da sie die einzige Partei war, die frauenspezifische Organisationsstrukturen hatte. So hatte sie bspw. Frauenreichskonferenzen (welche aber im Schatten der ‚richtigen‘ Parteitage standen) und Frauenkomitees auf allen politischen Ebenen.³⁰³

Dass diese große Wählerinnengruppe wenig behandelt wurde, ist wohl auf die damalige Gesellschaftsstruktur zurückzuführen. Wobei es doch seltsam erscheint, dass die Partei, die sich darauf berief, so demokratisch zu sein, die Hälfte der Bevölkerung wenig beachtete. Grundsätzlich gingen die Parteien davon aus, dass Frauen ident wählen würden, wie das männliche ‚Familienoberhaupt‘ (Vater, Ehemann, Bruder, ...) und deswegen nicht allzu persönlich bzw. geschlechtsspezifisch angesprochen werden müssten.³⁰⁴

Bauer bezeichnete Wahlen als das wichtigste Mittel, um die Demokratie und Frieden erhalten zu können: *„Es dürfe im Staat keine Gewalt mehr geben, die nicht vom Volk eingesetzt und dem Volke nicht verantwortlich ist. Darum müssen die Wahlen die Republik sichern und die Rückkehr zur Monarchie unmöglich machen.“*³⁰⁵ Wahlen sollten es also möglich machen, dass das Volk sich selbst (mit Unterstützung der Partei) aus unterdrückenden Strukturen emanzipieren kann. Die gewählte Partei ist dabei nur das Sprachrohr des Wähler*innenwillens; sie sollte sich aber auch daran binden müssen, dass die Forderungen, für die sie gewählt wurde, umgesetzt werden. Zwischen den Wahlen müsste es daher regelmäßig Kontrollmechanismen geben, die es dem Volk erlauben Einblick in das Partei- bzw. Regierungsgeschehen zu bekommen. Dies sollte durch Gewerkschaften, Vertrauensmänner und Ausschüsse geschehen, welche explizit als Bindeglieder fungieren sollten.³⁰⁶

³⁰³ Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus 70.

³⁰⁴ Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus 71-73.

³⁰⁵ Otto Bauer, Gegen die kindischen Putschisten und über die Bedeutung der Wahlen, Rede in Graz (16.01.1919). In: Bauer Werkausgabe, Band 6 857.

³⁰⁶ Otto Bauer, Lehren und Wirkungen der Wahlen, Artikel in der Arbeiterzeitung (20.08.1920). In: Bauer Werkausgabe, Band 6 736-739.

Wahlen sollten für die Parteien und Politiker*innen aber auch Leistungsbewertungen sein. Kein Mensch sollte eine Partei aus Tradition oder aufgrund menschlicher Sympathien wählen; stattdessen sollte der Wahlprozess rein rational sein: Welche Partei will das, was für mich am besten ist und hat die Vergangenheit gezeigt, dass die Partei ihre Versprechen tatsächlich einhält? Bauer ging logischerweise davon aus, dass dann ein Großteil der Bevölkerung für ihn bzw. seine Partei wählen würde, da sie das beste Programm hätte; lediglich die Reichsten und die Menschen mit dem meisten Besitz hätten wahrhaftig kein Interesse daran ihn (bzw. die SDAP) zu wählen, da sie zu egoistisch wären, um einen Platz in einer sozialistischen Gesellschaft haben zu können.³⁰⁷

Dass Menschen nicht so wählten, wie Bauer dies wollte bzw. wie er meinte, dass es sein müsste, zeigte sich in der späteren Phase der Republik: 1927 traten antimarxistische Parteien als Einheitsliste zur Nationalratswahl an (als Antwort auf das Linzer Programm – neben den CS waren in dieser Liste die Großdeutschen, die nationalsozialistische Schulzgruppe und die Mittelständische Volkspartei), was für Bauer Betrug an den wählenden Menschen gewesen wäre, denn kein Mensch könnte reinen Gewissens eine Kombination dieser bürgerlichen, faschistischen und nationalistischen Parteien wählen, ohne die eigenen Werte zu verraten. Diese ‚Einheitsfront der Bourgeoisie-Republik‘ wäre deswegen lediglich ein Armutszeugnis von Parteien, die es nicht wahrhaben wollen würden, dass sie den Menschen weniger zu bieten hätten als die SDAP.³⁰⁸

Dass die bürgerlichen Parteien schon auf Wahlbetrug setzen müssten, um vor der Sozialdemokratie bleiben zu können, wäre der letzte Beweis dafür, dass diese Parteien es mit der Demokratie nicht ganz ernst meinen könnten. Die Wahl – eine der wichtigsten Prozesse in einer Demokratie – so zu missbrauchen, sollte genug Anlass dafür sein, dass die Antidemokrat*innen abgesetzt werden und für ihre Verbrechen gegenüber dem Volk zur Rechenschaft gezogen werden: *„(...) jede Wahlschlacht, sie ist eine Schlacht nur in diesem Krieg und viele Schlachten werden wir im eigenen Land (...) noch schlagen müssen. (...) Ein paar Machtpositionen mehr zum weiteren Kampf, zum Kampf mit derselben Einigkeit, selbem stillen Heldentum von Tausenden von Männern und Frauen, vorwärts von einer Schlacht zur andern, so lange, bis die rote Fahne siegreich weht über der Welt, bis der Kapitalismus gestürzt ist und im Sozialismus die Menschheit sich ihre wahre Bestimmung (...) ihre wahre Würde*

³⁰⁷ Bauer, Lehren und Wirkungen der Wahlen. In: Bauer Werkausgabe, Band 6 739-742.

³⁰⁸ Otto Bauer, Was lehren uns die Wahlen? Artikel in der Arbeiterzeitung (28.04.1927). In: Bauer Werkausgabe, Band 6 933-935.

erobert hat.“³⁰⁹ Jede Wahl wäre demnach eine eigene Schlacht und die Masse der Wahlen (Schlachten) wird schlussendlich den Krieg von Sozialismus vs. Kapitalismus entscheiden.

Für Bauer waren Wahlen also staatstragend und quasi heilig; wenn jemand versuchen würde diese zu missbrauchen, müssten die republikanischen Mechanismen greifen, um die Demokratie zu schützen. Wahlen gingen also Hand in Hand mit anderen republikanischen/demokratischen Prozessen und wer nicht gewillt wäre, sich an die Ordnungen der Prozesse zu halten, sollte dafür mit aller Härte belangt werden können.

3.4.2 Repräsentationsoptionen

Bauer schätzte den demokratischen Parlamentarismus zwar sehr; zu Beginn der Republik dachte er darüber nach, ob dieser für das Proletariat das bestmögliche wäre. Insbesondere in Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen Situation, welche auch eine Sozialdemokratie in der Regierung nicht vollends lösen könnte, müsste überlegt werden, ob eine andere Staatsform angestrebt werden sollte. Dabei hatte Bauer die Räte nach russischem Vorbild im Auge.³¹⁰ Dass er schlussendlich die Rätebewegung nicht weiter unterstützte, lag daran, dass ein Klassengleichgewicht existierte, was eine erneute Abänderung des Systems schwierig gestaltet hätte. Zusätzlich hätte eine starke Rätebewegung der SDAP selbst schaden können: Wenn sie intern über die Räte streiten würde, wäre die Gefahr einer Spaltung gegeben – Bauer hatte also Angst davor, dass die Rätebewegung die SDAP ähnlich spalten könnte, wie es in Deutschland mit der Sozialdemokratie geschah. Da der linke Flügel aber nunmehr das Sagen in der Partei hatte, wurde eine Absplitterung von Teilen der Partei zu den Kommunisten oder den Räten unwahrscheinlicher.³¹¹

Was die Arbeiterräte attraktiv machte war deren Hinwendung zu den Bedürftigen im Land: Noch während des Krieges machten sie es sich zur Aufgabe Nahrungsmittel für die Hungrigen zu beschaffen. Sie waren die Kampforgane, die Stimme und die Interessensvertretung der arbeitenden Menschen, bevor die Sozialdemokratie sich dieser Rolle gänzlich annahm. Ideologisch waren die Räte zwischen den Kommunist*innen und den Sozialdemokrat*innen anzusiedeln. Die inhaltlichen Überschneidungspunkte zu Bauers Ideologie waren aber klar

³⁰⁹ Bauer, Was lehren uns die Wahlen? In: Bauer Werkausgabe, Band 6 939.

³¹⁰ Otto Bauer, Rätediktatur oder Demokratie? In: Bauer Werkausgabe, Band 2 148.

³¹¹ Hautmann, Geschichte der Rätebewegung 90.

erkenntlich: Der Sturz der bürgerlichen Vormachtstellung, Mitspracherecht der Allgemeinheit bei politischen Entscheidungen oder Umstieg auf eine soziale Planwirtschaft.³¹²

Bauer kooperierte mit den Räten, setzte aber eher auf das Prinzip der Vertrauensmänner als Bindeglied zwischen Bevölkerung und Partei. Obwohl die Arbeiterräte grundsätzlich ihr Gedankengut mit Bauer teilten, distanzierte Bauer sich von ihnen, weil das Ziel der Räte die sofortige soziale Revolution gewesen wäre, mit welcher Gewalt die sozialistische Gesellschaft einläuten würde. Diese Meinung teilte Bauer zwar, er wollte diese Umwälzung aber mithilfe demokratischer Optionen erreichen und nicht mit Gewalt. Die Räte hätten somit das ‚gewalttätigste‘ aus Bauer herausholen wollen, wozu er zu diesem Zeitpunkt nicht gewillt war.³¹³

Im Zuge der Etablierung der Arbeiterräte entstanden auch Soldatenräte. Diese sagten sich nach der militärischen Niederlage im Krieg von den Generälen ab und wollten eine eigene deutschösterreichische Nationalarmee gründen. Diese Räte wollten Mitsprache in allen wehrpolitischen Fragen und ihre Organisationsform selbst bilden, ohne dabei von Regierungen beeinflussbar zu sein. Mit Heerfragen und damit den Soldatenräten setzte sich Bauer kaum auseinander, – in der SDAP waren dafür eher Julius Deutsch und Friedrich Adler zuständig – allzu angetan von ihnen war er aber nicht, da sich diese ideologisch zu nahe an den Kommunist*innen befinden würden, die das demokratische System abschaffen wollen würden.

Bauer war aber der Ansicht, dass die bloße Existenz der Rätebewegung als Drohung gegen die Bourgeoisie genutzt werden sollte: *„Ist die Macht des Proletariats zunächst vergrößert worden durch den Sieg der Demokratie, so wird sie jetzt neuerlich vergrößert dadurch, daß die Bourgeoisie die Demokratie bedroht sieht durch die Werbekraft des Gedankens der Rätediktatur.“*³¹⁴ Dadurch, dass die Bürgerlichen vor der Rätediktatur noch mehr Angst gehabt hätten als vor der Demokratie, konnten die Räte quasi als Drohung dafür eingesetzt werden, dass die Bürgerlichen das – für sie – geringere Übel unterstützen würden, welches zufälligerweise genau das System war, welches Bauer wollte.

Die optionale Staatsform der Rätediktatur nach russischem Vorbild, welche zur Erwägung stand, hätte somit nur mehr Gewalt bedeutet, welche für Bauer nicht notwendig gewesen wäre, wenn der sozialistische Staat auch mit Demokratie erreicht werden könnte. Bauer lehnte die

³¹² Dachs, Hanisch, Staudinger, Tálos (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs 245f.

³¹³ Hautmann, Geschichte der Rätebewegung 233.

³¹⁴ Bauer, Rätediktatur oder Demokratie? In: Bauer Werkausgabe, Band 2 148.

Rätediktatur aber nicht aus Prinzip ab; für manche Länder, wie bspw. eben für Russland wäre sie die richtige Staatsform. Österreich würde von einer Rätediktatur aber nicht profitieren können, da ein Großteil der österreichischen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig wäre (und es existierten keine Bauernräte). Somit würde eine Minderheit der Bevölkerung der Mehrheit ihre Meinung aufdrücken. Einerseits wäre dann die Möglichkeit eines Gegenschlags möglich und andererseits wäre es zielführender, wenn die Landwirtschaftstreibenden stattdessen von einer anderen Staatsform überzeugt werden und nicht dazu gezwungen werden.³¹⁵

Dass Demokratie und nicht Revolution den sozialistischen Staat erzeugen sollte, war also die Ansicht Bauers, die viele seiner Handlungen über viele Politikfelder hinweg bestimmte; schlussendlich sollte sie aber zum Trugschluss werden – die Demokratie machte in der (österreichischen) Praxis keinen Übergang möglich. Die soziale Revolution wäre im Zuge der Rätebewegung wohl am effektivsten gewesen (aber nicht unbedingt langfristig erfolgreich), diese Chance wurde aber nicht genutzt.

3.4.3 Problembekämpfung und Volkserziehung

Bauer war überzeugt davon, dass alle Probleme der Gesellschaft aus dem Übel des Kapitalismus geboren wurden. Hierbei orientierte er sich stark an Marx, der den Kapitalismus als die Wurzel allen Übels bezeichnete. Dies begann schon 1905 als Bauer in einem seiner ersten Artikel überhaupt die Marx'sche Wirtschaftstheorie diskutierte. Diese Theorie wandte er auch auf die Erste Republik an, wobei er Änderung hinsichtlich der Anwendbarkeit machte, da sich die wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten von Marx zu Bauer natürlich drastisch verändert hatten.³¹⁶

Die Probleme, die durch den ‚organisierten Kapitalismus‘ entstanden wären und die aufgrund dessen Expansion immer schwieriger zu bekämpfen gewesen wären sind hauptsächlich Arbeitslosigkeit, Hungersnot und Wohnungsnot/Obdachlosigkeit. Vermögende Menschen würden das Kapital so nutzen, dass es zur Unterdrückung anderer eingesetzt wird, sodass die Unterdrückten sich nicht mehr genügend Essen leisten könnten und in zu kleinen/schlechten Unterkünften wohnen müssten. Diese Fehlverteilung des Vermögens analysierte Bauer also so, wie es Jahrzehnte zuvor Marx mit seiner Untersuchung der Verhältnisse zwischen

³¹⁵ Bauer, Rätediktatur oder Demokratie? In: Bauer Werkausgabe, Band 2 138f.

³¹⁶ Günther Chaloupek, Harald Hagemann, Andreas Resch, Rationalisierung und Massenarbeitslosigkeit. Otto Bauers Theorie der Rationalisierung im Kontext der Zeit (Graz 2009) 9f.

Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte bei der Erarbeitung des Historischen Materialismus getan hatte.³¹⁷

Grundsätzlich war Bauer der Ansicht, dass alle die Probleme bekämpft werden könnten, wenn eine Transformation des Staates vom Kapitalismus zum Sozialismus geschieht und wenn eine zentrale Planwirtschaft die kapitalistische Marktwirtschaft ersetzt. Als Rationalisierung bezeichnete Bauer die Weiterentwicklung der Marx'schen Produktivkräfte: also alle materiellen Dinge, welche die Arbeitskraft der Menschen beeinflussen. Eine Weiterentwicklung wäre es deswegen, weil in Bauers Zeit neue Mechaniken existierten, die Marx noch nicht kannte und die deswegen den Arbeitsprozess veränderten.³¹⁸

Der Kapitalismus könnte aber nur durch eine systematische Erziehung der Massen überwunden werden, die den – schon oft erwähnten – neuen Mensch hervorbringen sollte. Es war Bauer aber auch bewusst, dass ältere, schon erwerbstätige Menschen weniger offen für eine solche Erziehung gewesen wären, weswegen er in den Schulen ansetzte. Schulen bzw. die Inhalte, die dort unterrichtet werden würden, wären seit ihrer Existenz immer von der herrschenden bürgerlichen Klasse bestimmt worden, um deren gesellschaftliche Dominanz aufrecht halten zu können. Die Republik würde es aber möglich machen, dass die Schulbildung revolutioniert werden könnte und sozialistisch legitimiert werden wird.³¹⁹ Während die Schule während der Monarchie also eine Schule war, die über die Größe des Herrscherhaus unterrichtet hatte, sollte die jetzige Schule eine sein, die Demokratie und Republik bejubelt. Die Bürgerlichen, die von der neuen Staatsform nicht angetan waren, würden an die Jungen aber immer noch die Werte der Monarchie weitergeben, was von allen anständigen Sozialdemokrat*innen bekämpft werden müsste.³²⁰

Das Hauptziel der sozialistischen Lehrer*innen müsste es sein, dass das rationalisierte Denken aus den Köpfen der Kinder verschwinden sollte: Schon in der Volksschule würde ihnen vermittelt werden, dass die rationalisierte Arbeitsweise, die Arbeitsverfahren und die Arbeitsverhältnisse etwas Natürliches wären. Dieser Indoktrinierung müsste entgegengetreten werden (insbesondere am Land), indem die kapitalistischen mit sozialistischen Narrativen ersetzt werden. Die Fehler der Kapitalist*innen dürften aber nicht wiederholt werden: Die Kinder müssten selbst erkennen, dass die sozialistische Erzählweise die richtige ist: „Die

³¹⁷ Chaloupek, Hagemann, Resch, Rationalisierung und Massenarbeitslosigkeit 9-11.

³¹⁸ Chaloupek, Hagemann, Resch, Rationalisierung und Massenarbeitslosigkeit 12.

³¹⁹ Otto Bauer, Schulreform und Klassenkampf. Ein Vortrag über die Funktionen der Schule in der Gesellschaft (Wien 1921). In: Bauer Werkausgabe, Band 2 409.

³²⁰ Bauer, Schulreform und Klassenkampf. In: Bauer Werkausgabe, Band 2 410-412.

sozialistische Schule muß die Kinder so erziehen, daß sie sagen: >>Das ist wahr, denn ich habe mich durch eigene Beobachtung überzeugt, daß es so ist. <<“³²¹ Die sozialistische Erziehung sollte also nur eine Anleitung geben; die Erkenntnis, dass dieses System besser ist, sollten die Kinder selbst bilden können.

Der konkrete Inhalt der sozialistischen Lehre ist bei den Jüngsten aber fast irrelevant. Die einzige und folglich wichtigste Doktrin ist die, dass die jungen Menschen eigenständig denken können sollten. Denn Menschen, die keinen Unterdrückern hörig sind, die sich selbst über die Zustände in der Republik bilden, wären automatisch sozialistisch. Diese Menschen würden auch nicht auf die falschen Erzählungen der Bourgeoisie hereinfließen, die in den Menschen nur eine Arbeitskraft sehen würden und nicht eine Person, die Bildung und Freiheit genießen dürfte.³²²

Sollte die Mehrheit der Menschen in Zukunft so denken (was früher oder später erreicht werden wird, mit der richtigen Erziehung), dann würde die Entstehung des sozialistischen Staats nur eine Frage der Zeit; ein Staat, in welchem Freiheiten herrschen, in welchem keine Unterdrückung herrscht und in welchem niemand arm sein müsste. Nur die Erziehung wird dafür sorgen, dass das sozialistische System, welches die SDAP aufbauen wird, eine langfristige Zukunft haben wird, in welcher alle Menschen frei sein werden: *„Aber darum handelt es sich, das freie Geschlecht zu erziehen, das fähig werden soll, die Welt neu zu gestalten nach vernunftgeleitetem, vom lähmenden Banne der Überlieferung und von der blinden Herrschaft der Instinkte gleich freien Willen.“³²³*

Fazit – Ausblick Bauers auf die sozialistische Zukunft

Auch nach dem Ende der Ersten Republik setzte sich Bauer für einen sozialistischen Staat ein; nun aber unter gänzlich anderen Voraussetzungen und an anderen Orten. Nachdem die Niederlage der Sozialdemokratie gegen die CS feststand, musste Bauer das Land verlassen, da eine Gefangennahme mit ziemlicher Sicherheit seine Exekution bedeutet hätte. Er floh nach Prag wo er weiterhin versuchte die Demokratie in Österreich wiedereinzuführen: Der Kampf und die Arbeiterzeitung wurden weiterhin publiziert und unter der Hand in Österreich vertrieben, wo alles vormals Sozialdemokratische mittlerweile verboten war. Bauer setzte sich

³²¹ Bauer, Schulreform und Klassenkampf. In: Bauer Werkausgabe, Band 2 422.

³²² Bauer, Schulreform und Klassenkampf. In: Bauer Werkausgabe, Band 2 422f.

³²³ Bauer, Schulreform und Klassenkampf. In: Bauer Werkausgabe, Band 2 425.

in seinen Artikeln dafür ein, dass die SDAP in Österreich wieder Fuß fassen sollte. Insbesondere nach dem Nazi-Putsch, bei welchem Dollfuß ums Leben kam, war Bauer der Ansicht, dass die Stunde der Sozialdemokratie bald wieder schlagen würde. Während die beiden faschistischen Parteien sich bekriegten, sollte sich die SDAP wieder formieren, den alten Schutzbund vorbereiten, um sich gewaltvoll die Macht wieder zu holen.³²⁴ Der Plan scheiterte aber wohl daran, dass die CS sich überraschend schnell konsolidieren konnten und den Nationalsozialismus vorübergehend in Schach hielten.

Bauer wollte mit einem Wiederaufstehen der SDAP jedenfalls seinen ‚größten Fehler‘ aus der Republik beheben: Einen sozialistischen Staat mithilfe der Revolution erreichen und nicht mehr durch Wahlen und Massenerziehung: *„Die austrofaschistische Diktatur hat uns diese demokratischen Kampfmittel entrissen. Sie kann nicht anders besiegt werden, als mit den Waffen der Revolution.“*³²⁵ Dazu kam es natürlich nicht; die SDAP war zu verstreut und zerstückelt und die CS konnten ihren Machtapparat konsolidieren. Bauer sollte nie wieder österreichischen Boden betreten und verweilte bis zu seinem Tod 1938 im Exil in Prag und in Paris.

In gewisser Weise kann Bauers letztes großes Werk ‚Zwischen zwei Weltkriegen‘ prophetisch aufgefasst werden, da während des Verfassens der reale Krieg noch nicht begonnen hatte; Bauer analysierte aber präzise die gesamteuropäische Politik und erkannte die Zeichen, dass ein neuer Weltkrieg ausbrechen werden müsste, um die Grausamkeit von Nazi-Deutschland und den faschistischen Diktaturen zu besiegen. Darüber hinaus formulierte er die Hoffnung, dass Österreich bei den Gräueltaten des Hitler’schen Regimes keine Hilfe leisten würde – was absolut nicht geschah, denn viele Österreicher*innen empfingen Hitler mit Freude und wirkten bei den Morden und Vertreibungen von Jüd*innen und anderen ‚unerwünschten‘ Menschen tatkräftig mit.³²⁶

Grundsätzlich liefen alle Forderungen Bauers während der Republik im Großen und Ganzen auf dasselbe hinaus: einen sozialistischen Staat durch demokratische Wahlen erschaffen. Was sich aber änderte, sind die Begründungen und Wege, wie dies erreicht werden sollte – abhängig von den jeweiligen außen- und innenpolitischen Zuständen. Zu Beginn der Republik sollte ein

³²⁴ Otto Bauer, Die Revolution geht weiter!, Artikel in der Arbeiterzeitung Nr. 23 (29.07.1934). In: Bauer Werkausgabe, Band 7 534-536.

³²⁵ Otto Bauer, Neue Wege zum alten Ziel, Artikel in der Arbeiterzeitung Nr. 4 (18.03.1934). In: Bauer Werkausgabe, Band 7 519.

³²⁶ Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus (Bratislava 1936). In: Bauer Werkausgabe, Band 4 51-53.

Anschluss an Deutschland automatisch eine Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung (und damit der Sozialdemokratie) ergeben; in der Mittelphase sollten durch gute Oppositionspolitik neue Wähler*innengruppen erschlossen bzw. abgeworben werden, um die absolute Mehrheit erreichen zu können; als die Republik dem Untergang geweiht war, sollte durch militante Präsenz die Republik erhalten werden und gleichzeitig sollten die Wähler*innen erkennen, dass die Demokratie nur mit der SDAP an der Spitze des Staates verteidigt werden würde; und als die Republik abgeschafft wurde, sollte Diplomatie dazu führen, dass Demokratie, Republik und Sozialismus überhaupt noch ein Chance gegeben werden wird.

Demokratie war dabei für Bauer eine *Staatsform*, „*innerhalb deren die Machtverteilung im Staate ausschließlich durch die sozialen Machtfaktoren bestimmt, nicht durch die Anwendung materieller Gewaltmittel zugunsten einer Klasse verschoben wird.*“³²⁷ Die sozialen Machtfaktoren dabei wären: Stärke der Organisationen (Parteien, Gewerkschaften), Beeinflussung der öffentlichen Meinung (Presse), Streikfähigkeit und allgemeine und gleiche Wahlen. Je ausgeprägter eine Partei, Organisation, Person etc. diese Faktoren ausgebaut hat, desto besser kann sie ein demokratisches Land lenken und idealerweise sozialistisch führen.³²⁸

Was Bauer sich von einer Demokratisierung erhoffte, wandelte sich aber nicht. Das Endziel jedes demokratischen Vorgangs war die Aufhebung von Ungleichheiten: Zu Monarchiezeiten hätte Demokratie diskriminierte Gruppen (Arbeiterschaft, Bauern, Frauen) stärken sollen, während Bauers Demokratievorstellung in der Republik auf die Etablierung des sozialistischen Staates hinauslief, in welchen erneut Ungleichheiten abgekratzt werden sollten. Sozialistische Demokratie war für ihn im Kern aber auch eine Frage der Moral: Wenn eine Person will, dass es allen Menschen im Land gut geht, dann wird die soziale Demokratie unterstützt; wenn eine Person aber will, dass es nur ihr selbst gut geht und dabei auch das Wohl anderer gefährdet, dann sind dies unmoralische Kapitalist*innen, die auf eine opportunistische Demokratie aus sind.³²⁹

Sein Demokratieverständnis war also seine ganze Lebenszeit an marxistisch (bzw. vom Historischen Materialismus) geprägt, ohne aber den Endschrift der Marx'schen Lehre durchsetzen zu wollen, bei welchem eine Revolution zum kommunistischen Staat geführt hätte.

³²⁷ Bauer, Bolschewismus oder Sozialdemokratie? In: Bauer Werkausgabe, Band 2 345.

³²⁸ Bauer, Bolschewismus oder Sozialdemokratie? In: Bauer Werkausgabe, Band 2 346.

³²⁹ Bauer, Die Julikatastrophe 1927, Rede im Nationalrat (26.07.1927). In: Bauer Werkausgabe, Band 5 900f.

Zu den drastischen Mitteln der Lehre Marx (die Lokomotive der Gesellschaft – Revolution) wollte Bauer nur greifen, wenn es keinen anderen Weg mehr gegeben hätte. Er war also pazifistischer als sein Idol, stimmte aber darin überein, dass der Kapitalismus mit jeglichen Mitteln bekämpft werden musste. Sollte es sich also herausstellen, dass die Demokratie es nicht schaffen wird, den Sozialismus einzuführen, wäre die Revolution unausweichlich gewesen. Schlussendlich wählte Bauer den Weg der Revolution nicht; ob sie gelungen wäre, wenn er den Schutzbund und Arbeiterschaft zu den Waffen gerufen hätte, mag nicht konkret beantwortbar sein. Tendenziell aber eher nicht, weil wahrscheinlich eine ausländische Macht den Bürgerlichen zu Hilfe gekommen wäre, da ein Erfolg der Revolution einen Anschluss an Deutschland bedeuten hätte können, was insbesondere Frankreich unter keinen Umständen unterstützt hätte.

Bauer war jedenfalls für seine unverrückbaren Meinungen bekannt: Sollte eine Forderung erstmal marxistisch bzw. sozialistisch valide legitimiert sein, setzte er sich dafür ein diese Forderung zu implementieren; ganz egal ob eine Umsetzung realistisch schien oder nicht. Er handelte stets ideologisch und baute weniger auf einen pragmatischen Politikansatz – was mitunter auch ein Mitgrund für die Radikalisierung der Parteien war.³³⁰ Als Beispiel dafür kann die Anschlussforderung dienen, welche ironischerweise kurz vor seinem Tod umgesetzt wurde, aber unter gänzlich anderen Vorzeichen als Bauer es sich erhofft hatte. Während er durch den Anschluss zu Beginn der Republik die Möglichkeit einer proletarischen Herrschaft und damit einhergehend einem sozialistischen, friedlichen Staat sah, war der tatsächliche Anschluss der Anfang einer kriegerischen Handlung, durch welche die letzten verbliebenen Sozialist*innen vertrieben oder ermordet wurden und durch welche ein neuerlicher Weltkrieg unmittelbar bevorstand.

Eben die Anschlussforderung kann retrospektiv aber auch als eine der größten Schwächen Bauers bzw. des Austromarxismus betitelt werden: Der Anschluss an Deutschland wurde erst 1933 nach der Machtübernahme Hitlers aus dem Parteiprogramm gestrichen, was den Kampf gegen den Nationalsozialismus erschwerte, da in Kreisen der Partei die Anschlussfantasien immer noch beständig waren. Eine der größten Schwächen (gleichzeitig aber auch ein Grund seines politischen Erfolges) Bauers war es folglich, dass er an seinen Ideen und Forderungen festhielt, ohne dass er die äußeren Umstände und Veränderungen berücksichtigte. So war er bis

³³⁰ Hanisch, Der große Illusionist 276.

zum Untergang der Republik damit beschäftigt den Kapitalismus mit Sozialismus zu bekämpfen; er realisierte aber erst zu spät, dass der wahre Kampf inzwischen Demokratie vs. Autoritarismus/Faschismus und Frieden vs. Krieg war.³³¹

Bauers letzte Monate vor seinem Tod am 5. Juli 1938 mussten für ihn eine pure Qual gewesen sein: Er sah wehrlos dabei zu wie seine jüdischen und sozialistischen (Partei-) Freunde im Kampf gegen Faschismus und Krieg starben; er musste miterleben, wie Demokratien der Reihe nach durch autoritäre ‚Führer‘ vernichtet wurden; und er musste mitansehen, wie sein gesamtes Lebenswerk - alles, für was er stand - vor seinen Augen zerstört wurde. Otto Leichter, der mit Bauer im Exil in Paris war, drückte es so aus, dass Bauer an gebrochenem Herzen starb, was wohl eine durchaus korrekte Analogie zu seiner tatsächlichen Todesursache, des Herzinfarktes, ist.³³²

Eben das unvollendete Lebenswerk kann wohl vereinfacht damit zusammengefasst werden, dass er es verpasste die Macht zu erobern und folgend den Staat zu sozialisieren. Die gesamte Erste Republik überarbeitete er unermüdlich, um die erhoffte Machtposition zu erhalten – er hielt hunderte Reden, er schrieb hunderte Zeitungsartikel und Aufsätze; was davon aber schlussendlich überblieb, ist nur seine Theorie; sein politisches Handeln geriet lange in Vergessenheit. Zur Gründung der Zweiten Republik wurde die Erwähnung des Namens der führenden Figur der Sozialdemokratie der letzten 30 Jahre tunlichst vermieden. Seine Werte und Forderungen wurden verworfen; Aber warum? Um eine Koalition mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP - ehemals CS) zu ermöglichen, welche nicht allzu gut auf Bauer zu sprechen war? Weil Bauer zu radikal kommuniziert hatte? Weil er und seine Forderungen nun als Utopien gebrandmarkt wurden? War die Forderung nach einem demokratischen Sozialismus so drastisch, dass eben diese Menschen dem Faschismus und dem Nationalsozialismus in die Arme trieb?

Zufriedenstellende Antworten sind nicht zu finden; wahrscheinlich wollte die Partei die Vergangenheit vergessen und neu anfangen, ohne dabei revisionistisch vorzugehen. Dass die SPÖ im Laufe der Zweiten Republik zudem der typischen Gier des Kapitalismus immer mehr verfiel (zu sehen bspw. bei den Korruptionsskandalen rund um die Verstaatlichte Industrie), schloss eine Kehrtwende zur Bauer'schen Theorie sowieso aus. Nobert Leser formulierte es so, dass die Nachkriegs-SPÖ glücklich über seine Abwesenheit gewesen wäre, da ein lebender

³³¹ Detlev Albers, Josef Hindels, Lucio Lombardo Radice (Hg.), Otto Bauer und der „Dritte“ Weg. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linksozialisten und Eurokommunisten (Frankfurt/New York 1979) 22f.

³³² Leichter, Bauer 14.

Bauer eine Auseinandersetzung mit den Fehlern der Ersten Republik erzwungen hätte. Die Realität wäre aber gewesen, dass die Partei „*die tote Ikone (...) an Feiertagen beschwor, im Alltag jedoch verleugnete.*“³³³

Erst die Nachkriegsgeneration in den 1970ern beschäftigte sich wieder mit Bauer bzw. dem Austromarxismus: deren ‚Wiederentdeckung‘ – wie es Detlev Albers beschrieb. Dies wäre einerseits daran gelegen, dass Bauers Werke kaum zugänglich waren und andererseits daran, dass ein Linkssozialismus im westeuropäischen Raum kaum vorhanden war, weil dessen Zweckmäßigkeit in einer volatilen Gesellschaft, in welcher sich die Arbeiterschaft zusehends von den sozialdemokratischen Parteien abwandte, in Frage gestellt wurde. Das Werk Bauers war außerdem von der Niederlage der Arbeiterbewegung in Österreich überschattet: Nicht wenige Sozialist*innen nach 1945 gaben Bauer die (Teil-) Schuld daran, dass die SDAP sich kaum gegen den Faschismus wehren konnte, weil er zu sehr an seinen Utopien festgehangen hätte.³³⁴

Warum gerade die 70er die Wiederentdeckungszeit Bauers sein sollten, wurde damit begründet, dass die kapitalistische Euphorie, die seit dem Ende des Weltkriegs verbreitet war, enden würde, weil die negativen Auswirkungen neuerdings zu spüren gewesen wären. Die ‚neue‘, junge Arbeiterschaft, die den Krieg nicht erlebt hatte, fühlte sich ausgebeutet und wandte sich daher an die letzte österreichische Theorie, welche dieses Dilemma behandelte – eben die austromarxistischen Texte.³³⁵

Folgend stellt sich aber doch die Frage, ob Bauer als Politiker und Sozialist versagt hat: Als Politiker ist die Antwort wohl ja, denn er konnte keine seiner Forderungen implementieren und es gelang ihm nicht die Demokratie zu retten. Seine Arbeit als Sozialist bzw. Theoretiker hat Bauer aber unsterblich gemacht, da seine Ideen heute noch diskutiert werden. Möglicherweise wird auch die Zeit noch kommen, in der seine Forderungen umgesetzt werden.

In der heutigen Welt findet sich wenig bis nichts, was der Bauer’schen Theorie entspricht; auch die jüngere Geschichte wäre für Bauer deprimierend: Weder die Entwicklung seiner Partei noch die Transformation der Gesellschaft wären in seinem Interesse gewesen. Die heutige durch und durch kapitalisierte Welt steht gegen alles, für was Bauer je gekämpft hatte. Auch die Tatsache, dass sich die Politiker*innen der SPÖ in der Zweiten Republik von seinen

³³³ Norbert Leser, „... auf halben Wegen und zu halber Tat ...“: politische Auswirkungen einer österreichischen Befindlichkeit (Wien 2000) 131.

³³⁴ Albers, Hindels, Radice (Hg.), Otto Bauer und der „Dritte“ Weg 28f, 34f.

³³⁵ Albers, Hindels, Radice (Hg.), Otto Bauer und der „Dritte“ Weg 7f.

Sozialismuskonzepten abwendeten, sowie der Verlust der Arbeiterschaft als Stammklientel, würden ihn schockieren. Natürlich sind die Entwicklungen im Kontext der Zeit zu betrachten, aber doch ändert dies nichts daran, dass die SPÖ nicht mehr ‚seine soziale Arbeiterpartei‘ wäre und dass der kapitalistische Staat Österreich keine seiner Bestrebungen implementiert hatte. Wenn er 1938 an gebrochenem Herz starb, würde dies in der heutigen Welt, die gezeichnet von Kriegen, autoritären Bestrebungen, Ungleichheiten bzw. Diskriminierung und Kapitalherrschaft ist, nicht anders sein.

Literaturverzeichnis

Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Soziologie und Sozialpolitik (Hg.), Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1989. Zur Geschichte marxistischen soziologischen und sozialpolitischen Denkens (Berlin 1989).

Detlev *Albers*, Horst *Heimann*, Richard *Saage* (Hg.), Otto Bauer: Theorie und Politik (Berlin 1985).

Detlev *Albers*, Josef *Hindels*, Lucio Lombardo *Radice* (Hg.), Otto Bauer und der „Dritte“ Weg. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linksozialisten und Eurokommunisten (Frankfurt/New York 1979).

Hannes *Androsch*, Heinz *Fischer*, Wolfgang *Maderthaner* (Hg.), Österreichische Sozialdemokratie seit 1889 (Wien 2020).

Karl *Ausch*, Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption. Neuausgabe des Originals von 1968, hg. Alexander *Emmanuely*, Brigitte *Lehmann* (Wien 2013).

Peter *Autengruber*, Sabine *Lichtenberger*, Geschichte der Sozialdemokratie und anderer politischer Strömungen der ArbeiterInnenbewegung bis 1945 (Wien 2016).

Walter *Baier*, Lisbeth N. *Trallori*, Derek *Weber* (Hg.), Otto Bauer und der Austromarxismus (Berlin 2008).

Uwe H. *Bittlingmayer*, Alex *Demirovic*, Tatjana *Freytag* (Hg.), Handbuch Kritische Theorie (Wiesbaden 2019).

Agnes *Blänsdorf*, Die Zweite Internationale und der Krieg. Die Diskussion über die internationale Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien 1914-1917 (Stuttgart 1979).

Mark E. *Blum*, William *Smaldone* (Hg.), Austro-Marxism. The Ideology of Unity. Austria-Marxist Theory and Strategy (Boston/Leiden 2016).

Gerhard *Botz*, Gerfried *Brandstetter*, Michael *Pollak*, Im Schatten der Arbeiterbewegung. Zur Geschichte des Anarchismus in Österreich und Deutschland (Wien 1977).

John W. *Boyer*, Austria 1867-1955 (Oxford 2022).

Julius *Braunthal*, Die Arbeiterräte in Deutschösterreich (Wien 1919).

Günther *Chaloupek*, Harald *Hagemann*, Andreas *Resch*, Rationalisierung und Massenarbeitslosigkeit. Otto Bauers Theorie der Rationalisierung im Kontext der Zeit (Graz 2009).

Ridvan *Ciftci*, Andreas *Fisahn*, Thilo *Scholle* (Hg.), Marxismus als Sozialwissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus (Baden-Baden 2018).

Ewa *Czerwińska-Schupp*, Otto Bauer (1881-1938). Thinker and Politician (Leiden/Boston 2016).

Herbert *Dachs*, Ernst *Hanisch*, Anton *Staudinger*, Emmerich *Tálos* (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995).

Horst *Dreier*, Kelsen im Kontext. Beiträge zum Werk Hans Kelsens und geistesverwandter Autoren, hg. Matthias *Jestaedt*, Stanley L. *Paulson* (Tübingen 2019).

Jaques *Droz* (Hg.), Geschichte des Sozialismus Band IV. Von 1875 bis 1918. Die sozialistischen Parteien Europas: Deutschland, Österreich-Ungarn, Skandinavien, Niederlande (Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975).

Jaques *Droz*, Annie *Kriegel*, Madeleine *Rebérioux* (Hg.), Geschichte des Sozialismus Band IX. Von 1875 bis 1918. Sozialismus, Zweite Internationale und Erster Weltkrieg (Berlin/Frankfurt/Wien 1974).

Malte *Faber*, Thomas *Peterson*, Karl Marx und die Philosophie der Wirtschaft. Unbehagen am Kapitalismus und die Macht der Politik (Freiburg/München 2015).

Heinz *Fischer* (Hg.), 100 Jahre Republik. Meilensteine und Wendepunkte in Österreich 1918-2018 (Wien 2020).

Wolfgang *Fritz*, Sterne und Gassen. Sozialdemokratische Finanzpolitik 1890-1934 (Wien 2016).

Georg *Fülberth*, Sozialismus (Köln 2010).

Harald D. *Gröller*, Karl Seitz (1869-1950). Ein Leben an Bruchlinien (Wien 2005).

Kelly L. *Grotke*, Markus J. *Prutsch* (Hg.), Constitutionalism, Legitimacy, and Power: Nineteenth-Century Experiences (Oxford 2014).

Ulrich *Hamenstädt*, Jonas *Wenker*, Karl Marx und der Marxismus. Ein Überblick (Wiesbaden 2023).

Ernst *Hanisch*, Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938) (Wien/Köln/Weimar 2011).

Gabriella *Hauch*, Frauen bewegen Politik. Österreich 1848-1938 (Innsbruck 2009).

Gabriella *Hauch*, Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1918-1933 (Wien 1995).

Hans *Hautmann*, Rudolf *Kropf*, Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik (München/Wien/Zürich ³1978).

Hans *Hautmann*, Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918-1924 (Wien/Zürich 1987).

Rupert *Herzog*, Zur Entwicklung der Demokratieauffassungen bei Karl Marx, Friedrich Engels, W.I. Lenin und Otto Bauer (Dissertation Uni Wien 1988).

Josef *Hindels*, Das Linzer Programm. Ein Vermächtnis Otto Bauers (Wien 1986).

Ralf *Hoffrogge*, Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich. Von den Anfängen bis 1914 (Stuttgart 2017).

Marco *Iorio*, Karl Marx – Geschichte, Gesellschaft, Politik. Eine Ein- und Weiterführung (Berlin/New York 2003).

Pieter M. *Judson*, The Habsburg Empire. A New History (Cambridge 2016).

Stefan *Karner* (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich 1918-1938 (Innsbruck/Wien 2017).

Ilias *Katsoulis*, Sozialismus und Staat. Demokratie, Revolution und Diktatur des Proletariats im Austromarxismus (Meisenheim am Glan 1975).

Fritz *Kaufmann*, Sozialdemokratie in Österreich. Idee und Geschichte einer Partei von 1889 bis zur Gegenwart (Wien/München 1978).

Hans *Kelsen*, Staatsform und Weltanschauung (Tübingen 1933).

Larsen *Kempf*, Schicksal, Vorhersehung und Kontingenz als politische Motive: Zur Wirkmächtigkeit von Geschichtsmetaphysik. In: Zeitschrift für Politik Vol.59 N1. (März 2012).

Richard *Kende*, Otto Bauer. Person und Politik (1881-1938). In: Leviathan Vol. 17 N. 3 (1989) 409-431.

Louis *Kontos*, American Carnage: Political Carnage in the Age of Trump. In: Socialism and Democracy Vol.32 Nr.2 (2018).

Stefan *Koslowski* (Hg.), Lorenz von Stein und der Sozialstaat (Baden-Baden 2014).

Reinhard *Krammer*, Christoph *Kühberger*, Franz *Schausberger*, Der forschende Blick. Beiträge zur Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert. Festschrift für Ernst Hanisch zum 70. Geburtstag (Wien/Köln/Weimar 2010).

Michael R. *Krätke*, Otto Bauer (1881-1938). Die Mühen des dritten Wegs. In: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft Nr. 98 (1998) 54-59.

Josef *Kreiner* (Hg.), Der Russisch-Japanische Krieg (1904/05) (Göttingen 2005).

Börries *Kuzmany*, Vom Umgang mit nationaler Vielfalt. Eine Geschichte der nicht-territorialen Autonomie in Europa (Berlin/Boston 2024).

Otto *Leichter*, Glanz und Ende der Ersten Republik. Wie es zum österreichischen Bürgerkrieg kam (Wien 1964).

Otto *Leichter*, Otto Bauer. Tragödie oder Triumph (Wien/Frankfurt/Zürich 1970).

Hannes *Leidinger*, Verena *Moritz*, Die Republik Österreich 1918/2008, Überblick. Zwischenbilanz. Neubewertung (Wien 2008).

Hannes *Leidinger*, Verena *Moritz*, Die Russische Revolution (Köln/Weimar/Wien 2011).

Hannes *Leidinger*, Verena *Moritz*, Lenin. Die Biografie. Eine Neubewertung (Salzburg/Wien 2023).

Olaf *Leiß*, Der Untergang des österreichischen Imperiums. Otto Bauer und die Nationalitätenfrage in der Habsburger Monarchie (Marburg 2012).

Nobert *Leser*, „... auf halben Wegen und zu halber Tat ...“: politische Auswirkungen einer österreichischen Befindlichkeit (Wien 2000).

Nobert *Leser* (Hg.), Werk und Widerhall. Große Gestalten des österreichischen Sozialismus (Wien 1964).

Norbert *Leser*, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis (Frankfurt/Wien/Zürich 1968).

George *Lichtheim*, Kurze Geschichte des Sozialismus (München 1975).

Harald *Lidauer*, Das Demokratieprinzip und seine Entwicklung in Österreich im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert (Linz 2015).

Wolfgang *Maderthaner*, Wolfgang C. *Müller* (Hg.), Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889-1995 (Wien 1996).

Wolfgang *Maderthaner* (Hg.), Sozialdemokratie und Habsburgerstaat (Wien 1988).

Wolfgang *Merkel* (Hg.), Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie (Wiesbaden 2015).

Thomas *Meyer*, Sozialismus (Wiesbaden 2008).

Thomas *Meyer*, Theorie der Sozialen Demokratie (Wiesbaden ²2011).

Thomas *Meyer*, Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung (Wiesbaden 2009).

Herfried *Münkler*, Grit *Straßenberger*, Politische Theorie und Ideengeschichte. Eine Einführung (München 2016).

Otto *Naderer*, Der bewaffnete Aufstand. Der Republikanische Schutzbund der österreichischen Sozialdemokratie und die militärische Vorbereitung auf den Bürgerkrieg (1923-1934) (Graz 2004).

Siegfried *Nasko*, Karl Renner. Zu Unrecht umstritten? Eine Wahrheitssuche (Salzburg/Wien 2016).

Thomas *Olechowski*, Hans Kelsen. Biographie eines Rechtswissenschaftlers (Tübingen ²2021).

Henning *Ottmann*, Geschichte des politischen Denkens. Band 3: Neuzeit. Teilband 3: Die politischen Strömungen im 19. Jahrhundert (Stuttgart/Weimar 2008).

Parlamentsdirektion (Hg.), Umbruch und Aufbruch. Parlamentarische Demokratie in Österreich (Wien 2019).

Alfred *Pfoser*, Andreas *Weigl*, Die erste Stunde Null. Gründungsjahre der österreichischen Republik 1918-1922 (Salzburg/Wien 2017).

Walter *Rauscher*, Die verzweifelte Republik. Österreich 1918-1922 (Wien 2017).

Hanno *Rebhan*, Demokratie ohne Demokraten? Die Demokratieverständnisse in den politischen Parteien der Ersten Republik Österreich 1918-1933/34 (Göttingen 2024).

Hanno *Rebhan*, Entwicklung zur Demokratie in Österreich. Verfassung, Kampf um Gleichstellung und Demokratiedebatten in der Habsburgermonarchie (1867-1918) (Marburg 2014).

Hanno *Rebhan*, Österreich wird Verfassungsstaat. Entstehung und Entwicklung moderner Verfassungsstaatlichkeit (1848-1918) (Marburg 2012).

Viktor *Reimann*, Zu gross für Österreich. Seipel und Bauer im Kampf um die Erste Republik (Frankfurt/Wien/Zürich 1968).

Wolfgang *Ruge*, Lenin. Vorgänger Stalins. Eine politische Biografie (Berlin 2010).

Richard *Saage*, Das Ende der politischen Utopie? (Frankfurt am Main 1990).

Richard *Saage*, Demokratietheorien. Historischer Prozess – Theoretische Entwicklung – Soziotechnische Bedingungen. Eine Einführung (Wiesbaden 2005).

Richard *Saage*, Elemente einer politischen Ideengeschichte der Demokratie. Historisch-politische Studien (Berlin 2007).

Richard *Saage*, Otto Bauer. Ein Grenzgänger zwischen Reform und Revolution (Berlin 2021).

Samuel *Salzborn* (Hg.), Handbuch Politische Ideengeschichte. Zugänge – Methoden – Strömungen (Stuttgart 2018).

Günther *Sandner*, Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie (Wien 2012).

Franz *Schausberger*, Rudolf Ramek (1881-1941). Konsenskanzler im Österreich der Gegensätze (Wien/Köln/Weimar 2017).

Manfred G. *Schmidt*, Demokratietheorien (Wiesbaden 2025).

Ernst *Schraepler*, Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830-1853. Die politische Tätigkeit deutscher Sozialisten von Wilhelm Weitling bis Karl Marx (Berlin/New York 1972).

Michaela *Sohn-Kronthaler*, Markus *Zimmermann* (Hg.), Ignaz Seipel (1876-1932). Im Spannungsfeld von Kirche, Partei und Politik (Wien 2024).

Juliane *Spitta*, Gemeinschaft jenseits von Identität? Über die paradoxe Renaissance einer politischen Idee (Bielefeld 2013).

Alexander *Spritzendorfer*, Karl Seitz. Bürgermeister des Roten Wien. Eine Biografie (Wien 2023).

Gerhard *Strejcek*, Der unvollendete Staat. Adolf Julius Merkl und die Verfassung der Republik Deutschösterreich 1919/20 (Hamburg/Wien 2019).

Walter *Theimer*, Geschichte des Sozialismus (Tübingen 1988).

Klaus von Beyme, Sozialismus. Theorien des Sozialismus, Anarchismus und Kommunismus im Zeitalter der Ideologien 1789-1945 (Wiesbaden 2013).

Quellenverzeichnis

Otto Bauer Werkausgabe, Band 1, hg. von der Arbeitergemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Manfred Ackermann, Karl Czernetz, Heinz Fischer, Gottfried Hatzl, Ernst K. Herlitzka, Heinz Kienzl, Fritz Klenner, Wanda Lanzer, Eduard März, Hugo Pepper, Alois Pipperger, Erich Pogats, Hans Schroth, Joseph T. Simon, Karl R. Stadler, Ernst Winkler, Stefan Wirlander (Wien 1975).

Otto Bauer Werkausgabe, Band 2, hg. von der Arbeitergemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung et al (Wien 1976).

Otto Bauer Werkausgabe, Band 3, hg. von der Arbeitergemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung (Wien 1976).

Otto Bauer Werkausgabe, Band 4, hg. von der Arbeitergemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung et al (Wien 1976).

Otto Bauer Werkausgabe, Band 5, hg. von der Arbeitergemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung et al (Wien 1978).

Otto Bauer Werkausgabe, Band 6, hg. von der Arbeitergemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung et al (Wien 1979).

Otto Bauer Werkausgabe, Band 7, hg. von der Arbeitergemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung et al (Wien 1979).

Otto Bauer Werkausgabe, Band 8, hg. von der Arbeitergemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung et al (Wien 1980).

Otto Bauer Werkausgabe, Band 9, hg. von der Arbeitergemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung et al (Wien 1980).

Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie (Wien 1907).

Otto Bauer, Proletariat und Religion, Leitartikel in Der Kampf (1908).

Otto Bauer, Rede am Reichenberger Parteitag der SDAP (19.-24.09.1909).

Otto Bauer, Rede am Innsbrucker Parteitag der SDAP (29.10-02.11.1911).

Otto Bauer, Eine Rede des Staatssekretärs Bauer, Artikel in der Arbeiterzeitung (24.11.1918).

Otto *Bauer*, Der Weg zum Sozialismus (Wien 1919).

Otto *Bauer*, Rätediktatur oder Demokratie? (Wien 1919).

Otto *Bauer*, Gegen die kindischen Putschisten und über die Bedeutung der Wahlen, Rede in Graz (16.01.1919).

Otto *Bauer*, Acht Monate auswärtiger Politik, Rede in Wien (29.07.1919).

Otto *Bauer*, Bolschewismus oder Sozialdemokratie? (Wien 1920).

Otto *Bauer*, Lehren und Wirkungen der Wahlen, Artikel in der Arbeiterzeitung (20.08.1920).

Otto *Bauer*, Rede auf dem Parteitag der SDAP 1920 (05.-07.11.1920).

Otto *Bauer*, Schulreform und Klassenkampf. Ein Vortrag über die Funktionen der Schule in der Gesellschaft (Wien 1921).

Otto *Bauer*, Imperialismus und soziale Revolution, Rede auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien (22.-27.02.1921).

Otto *Bauer*, Die Weltlage des Sozialismus und unsere nächsten Aufgaben, Rede auf dem Parteitag der SDAP (25.-27.11.1921).

Otto *Bauer*, Rede auf der Internationalen Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees in Berlin (02.04-05.04.1922).

Otto *Bauer*, Die Genfer Sanierung. Rede im Nationalrat (14.09.1922).

Otto *Bauer*, Der Genfer Knechtungsvertrag und die Sozialdemokratie. Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Wien (14.10.1922).

Otto *Bauer*, Die österreichische Revolution (Wien 1923).

Otto *Bauer*, Demokratie und Waffengewalt, Artikel in Der Schutzbund (1924).

Otto *Bauer*, Rede am Linzer Parteitag der SDAP (30.10.-03.11.1926).

Otto *Bauer*, Linz und die Wahlen, Artikel in Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift, Band 20 (1927).

Otto *Bauer*, Der Schattendorfer Arbeitermord, Artikel in der Arbeiterzeitung (03.02.1927).

Otto *Bauer*, Was lehren uns die Wahlen? Artikel in der Arbeiterzeitung (28.04.1927).

Otto *Bauer*, Die Julikatastrophe 1927, Rede im Nationalrat (26.07.1927).

Otto *Bauer*, Wir Bolschewiken, Artikel in der Arbeiterzeitung (23.10.1932).

Otto *Bauer*, Um die Demokratie, Artikel in Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift, Band 26 (1933).

Otto *Bauer*, Arbeit für 200.000. Ein Wegweiser aus der Not. Vortrag auf der Reichskonferenz der freien Gewerkschaften (15. Juli 1933).

Otto *Bauer*, Die politische Lage, Rede auf dem außerordentlichen Parteitag der SDAP (14.-16.10.1933).

Otto *Bauer*, Neue Wege zum alten Ziel, Artikel in der Arbeiterzeitung Nr. 4 (18.03.1934).
Otto *Bauer*, Die Revolution geht weiter, Artikel in der Arbeiterzeitung Nr. 23 (29.07.1934).
Otto *Bauer*, Zur politischen Verständigung (Prag 1934).
Arbeiter. Seine Ursachen und seine Wirkungen (Prag 1934).
Otto *Bauer*, Theodor *Dan*, Jean *Zyromski*, Die Internationale und der Krieg (Wien 1935).
Otto *Bauer*, Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus (Bratislava 1936).

Brief von Otto Bauer an Karl Renner, 02.02.1919.

Brief von Otto Bauer an Karl Renner, 31.05.1919. In: VGA Wien Personenarchiv, Teilnachlass Otto Bauer, Karton 1, Mappe 2, Nr. 3/329.

Brief von Otto Bauer an Karl Kautsky, 26.01.1920. In: VGA Wien Personenarchiv, Teilnachlass Otto Bauer, Karton 2, Mappe 13, Nr. 58.

Brief von Otto Bauer an Friedrich Adler, 07.08.1921. In: VGA Wien Personenarchiv, Briefe Otto Bauer 1921-1938, Mappe 84, Nr. 34.

Gabriele *Proft*, Rede am Parteitag der SDAP (19.10.1917).

Das Sanierungsprogramm und die Gemeinden, Artikel in der Arbeiterzeitung Nr. 294 (02.11.1922).

Friedrich *Austerlitz*, Die Mörder von Schattendorf freigesprochen, Artikel in der Arbeiterzeitung Nr. 193 (15.07.1927).

Ferdinand *Lassalle*, Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig (1. März 1863). Marxists Internet Archive online unter:

<https://www.marxists.org/deutsch/referenz/lassalle/1863/03/antwortschreiben.htm>

(21.02.2026).

Renner Institut Oberösterreich, 125 Jahre Einigungsparteitag der SPÖ (2014), online unter:

https://renner-institut.spooe.at/wp-content/uploads/sites/202/2018/10/125Jahre_SPOE-Geschichten-zum-Einigungsparteitag.pdf (21.02.2026).